links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 271/272 **Dezember 92 / Januar 93**
24./25. Jahrgang W: DM 7,—/O: DM 4,—

5.30 f lean production
in neue Bundesländer!

Thema: Deutschland im Herbst

Demokratie und Rassismus

Rostock und die Menschenwürde

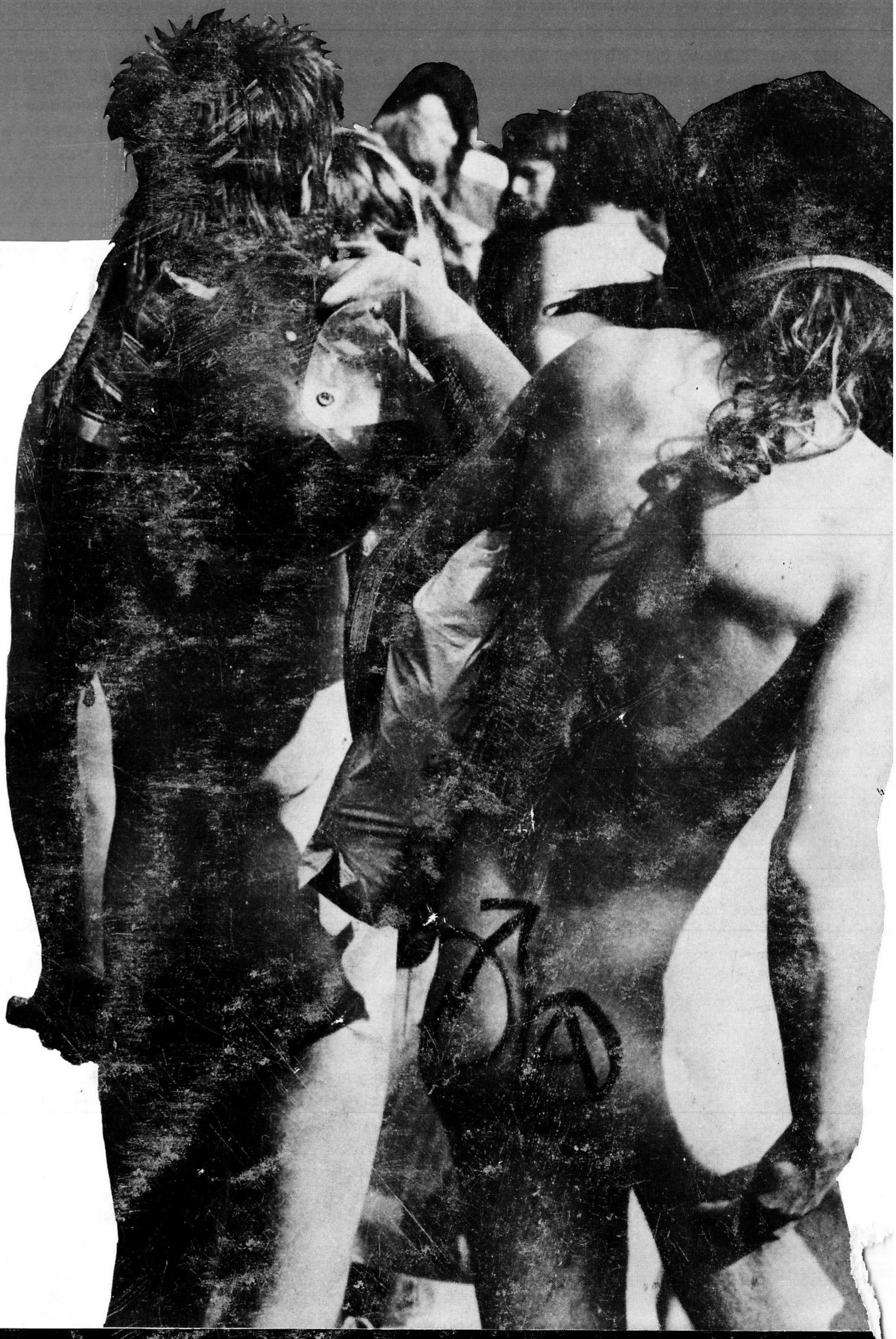
SPD und Asylrecht

Thema: Opposition in Kroatien

Krise in Italien

Südafrikanische Wirren

Kurdistans Befreiungsbewegung



Gewalt darf in unserem Lande kein Tabu mehr sein

Helmut Kohl bei der Bundestagsdiskussion um Mölln

Liebe Leserinnen und Leser,

die Wahlen in den USA kommentieren wir nicht, da wir es für sinnvoller halten, in der nächsten Nummer ein Schwerpunktheft zur Lage der USA zu machen. Manche Schwerpunkte kann man planen, andere diktieren die Verhältnisse. Nicht Steine und Eier sind unser Thema, sondern die gesellschaftlichen und politischen Verschiebungen in der Republik. Und die sind nicht ohne. Nach der Berliner Demonstration redeten fast alle von den bösen Nestbeschmutzern, aber kaum einer wußte, wovon er sprach, wenn er auf Autonome und Chaoten staatsmännisch-verantwortungsbewußt herunterschimpfte. Wir dokumentieren in den Artikeln von Jörg Lauterbach und der „autonomen l.u.p.u.s.-gruppe", wie jene, die das politische Schmierenstück in Berlin durchschauten und zum Platzen brachten, ihr Handeln begründen — politisch. Daß wichtige Teile der Verfassung in autonomen Händen sicherer aufgehoben wären als bei den Regierer-Opponierer-Groß-Koalitionären, ist trivial, muß aber gesagt werden. Die Flüchtlings- und Asylpolitik der Bonner Parteien wird in der Redaktion nicht kontrovers eingeschätzt. Differenzen gibt es jedoch in der Beurteilung der politischen Folgen der parteipolitischen Kalküle nicht nur für die Asylsuchenden und Flüchtlinge, sondern für die gesamte innenpolitische Entwicklung: Joachim Hirsch, Christoph Görg und Felix Schneider kommentieren mit unterschiedlichen Akzenten.

Das Gesundbeten erledigen oft ebenso bibelferne wie negationsresistente Wissenschaftler, denen fast alles näher liegt als ein im Bewußtsein gesinnungssicherer „Verantwortung" ins Abseits spediertes Ethos der Machtferne von Wissenschaft und politischer Opposition. Diesem Ethos gilt jedes Bekenntnis zur Gewaltfreiheit, das seinerseits auf gehörige Distanz zu Machtbesitzern, Herrschaftsverwaltern und Gewaltmonopolisten verzichtet, bestenfalls als verlogen.

Ein Gesellschaftswissenschaftler versorgte in den „Tagesthemen" das Staatstheater mit einem sachdienlichen Hinweis zur Selbstentsorgung. „Schule und Familie" sowie „die kalte Gesellschaft" sind dem Wissenschaftler zufolge für die Morde an einer türkischen Frau und zwei türkischen Kindern in Mölln verantwortlich. Das hörten sie gern in Bonn, und H.-U. Klose (SPD) machte sich den Vers drauf, daß „der Erziehungsgedanke unterschätzt worden" sei, und jetzt gebe es halt Mord und Totschlag im Land. Als er das sagte, hagelte es Szenenapplaus von allen Seiten des Hohen Hauses. Respekt werden die Bonner dem akademischen Stichwortlieferanten dafür zwar nicht zollen, aber kuschelig machtnah und zustimmungswürdig empfinden darf er sich jetzt allemal. Nichts kennzeichnet den verrotteten Zustand polierter Wissenschaftler besser als die Austauschbarkeit ihrer Sätze mit jenen von Innenministern, oder Polizeipräsidenten oder D. Heßlings.

Auch jene, die in den 70er und 80er Jahren den Terror der RAF mit den vier Chiffren „Sympathisant", „Umfeld", „Generation" und „1968" hinauf- und hinunterdeklinierten, kriegen jetzt wieder zu tun. Sie werden den neuen Terror sowenig begreifen wie den der RAF-Klempner, solange sie sich nur an „1989" und am offiziösen Utopieverbot als Krücken festklammern, auf denen sie die Geschichte umschreiben möchten.

Kein Wort mehr davon, daß der Beischluß der DDR unter den deutsch-nationalen Vorzeichen des Art. 23 das Halali war für die Brandschatzer und Mörder. Kein Wort mehr davon, daß es eine nennenswerte parlamentarische Opposition nicht mehr gibt, seit die SPD zu jeder „legalen" Verfassungsamputation bereit ist. Während die Konservativen die SPD noch mit dem Gerede von „Staatsnotstand", „Asylsicherungsgesetz" und „Entsendungsgesetz" weichkochen, handeln die Nachwuchsleute von rechts. Die Rechten verstanden den Beischluß unter nationalen Vorzeichen, wie er gemeint war: als Signal fürs stiernackige Heraustreten aus dem „Schatten der Vergangenheit", wie einst Strauß formulierte, und als Feinderklärung gegen Ausländer und Flüchtlinge. „links", Nr. 147 vom Juni 1982: „Für die BILD-Zeitung ist kein Hund einfach Hund, sondern wenigstens ein deutscher Hund. *Der* Ausländer dagegen ist ohne wenn und aber Türke". Die FAZ meinte dasselbe, als sie vor zehn Jahren fragte: „Was tun mit den Türken?" Nun sind die Deutschen zusammengekommen — und die Häuser der Türken brennen. Die Realitäten haben die schwarzen Prognosen überall eingeholt. Mit Hilfe der SPD soll die Welt wieder die Möglichkeit erhalten, deutsche Soldaten in action zu sehen. Der Spießer darf beim nächsten Krieg im Sofa in der ersten Reihe sitzen und das Gefühl kultivieren „Wir sind wieder dabei". Was uns jetzt noch fehlt: eine freihändig herumspekulierende „Analyse" der Motivlage jener Minderheit aus den sozialen Bewegungen, Kirchen und oppositionellen Gruppen, die zu Zehntausenden (kürzlich in Bonn zu Hunderttausenden) gegen rechten Terror, Allparteien-Konformismus und „Weltordnungs"träume ganz altmodisch demonstrierte. Bei solchen Leuten muß doch irgendetwas faul sein. Oder? Spätestens zum Jahresbeginn werden wir in den zuständigen Organen nachlesen können, was der Meßdienerchor davon hält, daß Menschen nicht nur verbrannt werden, sondern daß es auch noch Oppositionelle gibt, die — wie immer mit falschen Motivkostümen und ebenso falschen Transparenten — dagegen demonstrieren.

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Felix Schneider, Sigrid Schönecker.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, ,,Sovjeticus"

REDAKTIONSBÜRO:
Sigrid Schönecker (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELFOTO Geschichte(n) des A
Karin Kramer Verlag

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
Februar-Ausgabe 93 ist der 14.1.1993

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Ludi Lodovico
Kriegsmänner, Männerkriege, Kriege gegen Frauen **4**

AKTUELLE DEBATTE

Joachim Hirsch
Deutscher Herbst **5**

Christoph Görg
Das Neue Deutschland **8**

Jörg Lauterbach
Rebellion ist berechtigt
Zur Demonstration am 8.11.92 in Berlin **10**

DOKUMENTATION

Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe
VerKOHLte Leichen oder der anständige Rassismus **12**

HINTERGRUND

Gabriele Herbert
Jugoslawien. Von der Krise zur Katastrophe **42**

INTERNATIONAL

Petra Bonavita-Lindloff
Die alles umfassende Krise Italiens oder das Ende einer Ära **46**

Bernward Causemann
Südafrikanische Wirren. Machtpoker und Deklassierungsängste **50**

Ali Behrokhi
Kurdistan: Imperialistische Großmachtpolitik und die Widersprüche der Befreiungsbewegung **52**

THEMA: Deutschland im Herbst

Felix Schneider
Die Würde des Menschen ist antastbar
Ein Kommentar **14**

Luc Rosenzweig
Grober Klotz und gröberer Keil **15**

Serge Klarsfeld
Was ich in Rostock sah **16**

Uwe Fahr
Demokratie und Rassismus
Zum Frankfurter Kongreß ,,Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit 17

Otto Diederichs
Ein Scheingefecht:
Die Bundesregierung im Kampf gegen Rechts **18**

Dieter Schimang
Nicht rassistisch zu sein, erscheint als das Wunder ... **20**

Felix Schneider
Auch, aber nicht nur.
Ein Kommentar zum Artikel über den SPD-Sonderparteitag **22**

Felix Schneider
Im Dschungel der Ziffern und Buchstaben
Zum SPD-Sonderparteitag **23**

Carl-Wilhelm Macke
Ab nach Mogadischu
Die Radikalisierung der CSU **25**

Bernd Röttger
Der Sog des Sumpfes
Wirtschaftskrise, Neorassismus... **27**

Holm-Detlev Köhler
Lean-production und Standortpoker
Ein Gespräch mit Wolfgang Schaumberg **30**

THEMA: Über die Opposition in Kroatien

Christoph Görg / Mirko Loncar
,,Zwischen Hammer und Amboß"
Interview mit Milorad Pupovac **34**

Christoph Görg / Mirko Loncar
,,Jetzt muß man die Souveränität begrenzen"
Interview mit Zarko Puhovski **35**

Christoph Görg / Mirko Loncar
Im Lande des ,,Ban Jelacic"
Demokratische Opposition in Kroatien **38**

LEKTÜRE

Lothar Baier
,,Ich erkläre mich"
Louis Althussers nachgelassene Autobiographie in Frankreich erschienen **54**

NACHRUF

H.J. Giegel
Zur Erinnerung an Renate Damus **57**

RUBRIKEN

Editorial 2
Leserbrief 26
Termine 26, 49
cosa nostra:
Abonnement **43**
Aufruf **60**

KOMMENTAR

LUDI LODOVICO

Kriegsmänner, Männerkriege, Krieg gegen Frauen

Wenn man den Begriff Krieg im Titel metaphorisch versteht, kommt man aus dem Talk-show-Geschwätz gar nicht heraus. Bezieht man sich auf wirkliche Kriege, in die Frauen immer mitverstrickt, wenn auch selten aktiv dabei waren, so könnte man vielleicht nach intensiver Forschung eine historische Typologie zum Verhältnis von Männern und Frauen zum Krieg und im Krieg präsentieren; vielleicht ließen sich den drei Varianten im Titel unterschiedliche Epochen und Formen der Kriegsführung zuordnen. Das alles kann in diesem Rahmen nicht geleistet werden.

Seit Monaten tauchen in deutschen Zeitungen vom „Allgemeinen deutschen Sonntagsblatt“ bis zur „taz“ Berichte auf über grauenhafte Verbrechen an muslimischen bosnischen Frauen, Mädchen und selbst Kindern. Diesen Berichten zufolge fangen serbische Kriegerbanden muslimische Frauen, Mädchen und Kinder und sperren sie in Hotels sowie andere Häuser ein. Hier werden sie von ganzen Männerhorden vergewaltigt.

An den Taten gibt es nichts herumzudeuteln und nichts zu entschuldigen. Auch die Frage, wie es um das Verhältnis von Taten und berichteten Tatsachen bestellt ist, spielt zunächst keine Rolle. Man steht solcher Barbarei ohnmächtig gegenüber und kann sie nur denunzieren. Zu helfen ist den Opfern nur indirekt, wozu die „links“ seit Beginn des Krieges bzw. Bürgerkrieges auffordert —, durch Spenden für die zivilen Opfer (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Sonderkonto: Verständigung statt Krieg, Volksbank Odenwald, Kt. 8024618, BLZ 80863513).

„Wir rechtfertigen nichts und niemanden“ (Merleau-Ponty), aber drei Anmerkungen sind angebracht:

Erstens: Auf dem Balkan herrscht ein Krieg, den die EG-Staaten nicht nur nicht verhindert, sondern durch ihre kurzsichtige Unterstützung und völkerrechtliche Anerkennung der nationalistischen Territorialisierung angeheizt haben. Zum Krieg (und speziell zum Bürgerkrieg, was der Krieg zumindest zeitweise war und ist) gehört, daß jede Seite auch darum kämpft, unbeteiligte Dritte, in diesem Fall die „westlichen“ Zeitungsleser und Fernsehzuschauer, auf ihre Seite zu ziehen. Der Balkankrieg ist *auch* ein Medienkrieg, in dem nichts zu abscheulich ist, um nicht doch noch propagandistisch eingesetzt werden zu können. Durch die kriegsjournalistische Instrumentalisierung werden die Verbrechen an vergewaltigten Frauen und geschändeten Mädchen verdoppelt. Am 9./10.8.92 stand in der Neuen Zürcher Zeitung: „Zweifel am spezifischen Wahrheitsgehalt vieler Berichte über Greueltaten sind am Platz.“ Dieser Zweifel, der kein Verbrechen — und schon gar nicht solche Greuel — leugnet, zielt nicht auf die Opfer, sondern einzig und allein auf interessierte Berichterstatter und Nachrichtenagenturen, die perverse „Kommunikationsbedürfnisse“ befriedigen, indem sie Artikel grell „aufmachen“ oder die trüben Quellen, aus denen die „Nachrichten“ stammen, gar nicht erst überprüfen.

Zweitens: Der Krieg war seit jeher auch eine Fortsetzung des zivilen Geschlechterkampfes unter militärischen Bedingungen. Was auch die Motive für die sexuellen Verbrechen gewesen sein mögen, Soldaten pressen ihren Triumph traditionell nicht nur aus militärischen Taten, sondern auch aus den Opfern ihrer sexuellen Gewalt. Man könnte darüber streiten, ob derlei Verhalten kriegerisch-rauschhaft kompensiert, was dem männlichen Triebhaushalt zivilisatorisch verboten oder abgewöhnt worden ist. Neben solchen legitimen Versuchen, Krieg und sexuelle Gewalt als genuinen Ausdruck von Männlichkeit zu begreifen und psychologisch tief zu verankern, gibt es andere Erklärungsmuster.

Drittens: Die berichteten Greueltaten provozieren dazu, erneut auf die jüngst wieder modisch gewordene Unterscheidung zwischen dem „sauberen und gerechten“ und dem „schmutzigen und ungerechten Krieg“ zurückzukommen. Die Unterscheidung ist so alt wie die Kriegsberichterstattung, aber mit dem Alter nicht richtiger geworden. Schönredner („Lehrmeister Krieg“) und Vernagelte bieten den ideologischen Ramsch unentwegt an, seit es Kriege gibt. Jacob Burckhardt konnte nur spotten über Leute, die den Griechen „heilige Gesetze der Milde im Krieg“ andichteten. Das sog. Kriegsrecht kennt von der Antike bis zur Haager Landkriegsordnung zwar ein paar herzerweichende und das Gemüt beruhigende Generalklauseln, von denen die Kriegspraxis notorisch nichts wissen will, aber im Grunde nur einen Kern- und Hauptsatz: „Menschen und Habe (somata und chremata) gehören dem Sieger“. Der Form und den Wirkungen nach ändert sich die nach diesem Satz verfahrende Kriegspraxis im Laufe der Geschichte gewaltig — substantiell und für die Opfer dagegen kaum.

Bereits der Sophist Aelianus berichtet, wie Sikyonier nach der Einnahme einer Stadt diese zerstörten, die Männer und Jugendlichen töteten und die Frauen und Töchter in Bordelle schickten. Die „milden“ griechischen Bräuche haben sich im Laufe der Zeit verfeinert; man hackte z.B. den Männern nur noch die Daumen ab, damit sie als Rudersklaven brauchbar blieben, und verkaufte die Frauen und Töchter als (Arbeits-) Sklavinnen. Nicht verändert haben sich quer durch die Geschichte Rechtfertigungen, Verniedlichungen und Verbrämungen des Krieges.

Kein subalternes Machwerk, sondern ein Standardhandbuch zur römischen Antike preist „die Römer“ als „das Rechtsvolk par excellence“. Selbst Theodor Mommsen sprach im Blick auf Rom vom „Rechtsstaat in höchster Potenz“ („Potenz“, sagt er!). Das reimt sich auf die Kriege der Römer — z.B. im heutigen Spanien, wo Galba 150 v.Chr. rund 30000 einheimische Lusitanier besiegte, entwaffnete, in drei Gruppen aufteilte, zum Schein auf fruchtbares Land umsiedelte, aber dann einfach umbringen ließ: „Rechtsstaat in höchster Potenz“?

Die Berufs-Dresdener bei der FAZ haben es alle Jahre hindurch nie unterlassen, am 13./14. Februar den alliierten Luftkrieg gegen deutsche Städte, insbesondere Dresden, als barbarische Vernichtungsaktion anzuklagen. Das hinderte dieses elende Blatt jedoch nicht daran, den amerikanischen Luftkrieg der Westmorelands und Schwarzkopfs gegen die zivile Bevölkerung Vietnams und die vietnamesischen Wälder („Entlaubungsaktionen“) als „Politik aus der Luft“ (FAZ 4.3.1965) zu vermarkten. ■

JOACHIM HIRSCH

Deutscher Herbst

„Brutale Gewalt, deren Opfer in den vergangenen Wochen in mehreren deutschen Städten Ausländer geworden sind, hat jetzt nach den Politikern gegriffen, die sich in Berlin versammelt hatten, um öffentlich Gewalt zu verurteilen. Wiederum ein entsetzliches Schauspiel. Aber zum Verzweifeln besteht kein Grund. Alle Demokraten in Deutschland ... sind sich darin einig, daß es vor den Gewalttätern kein Zurückweichen, daß es für sie keine Milde geben darf.“ (Aus einem Kommentar der FAZ vom 9.11.92 zur Berliner Großkundgebung vom 8.11.)

„Berlin ist nicht Weimar“, wie dasselbe Blatt am folgenden Tag bemerkte. Aber die Parallelen zum „Deutschen Herbst“ 1977 sind unverkennbar.

Wieder wird der Staatsnotstand ausgerufen, führende Politiker reden vom Verfassungsbruch — ohne ihn allerdings gleich zu praktizieren wie damals. Öffentlich herrschen aggressiv gewendete Demokratensolidarität und Gewalthysterie gegen links, als ließen sich Trillerpreifen und Eier mit marodierenden Mörderbanden vergleichen. Der 8. November, der Tag der Berliner Großdemonstration für die „Würde des Menschen“ — aber wogegen eigentlich? — könnte sich als Signal einer erneuten Wende in der politischen Entwicklung Deutschlands erweisen. Die Art und Weise, wie auf einige fliegende Eier und ein Pfeifkonzert reagiert wurde, legt die Vermutung nahe, daß es sich um mehr als eine politische Manifestation, nämlich um einen nationalen Weiheakt gehandelt hat. Und derartiges zu stören, ist allemal schlimmer als simpler Mord, zumal an Ausländern.

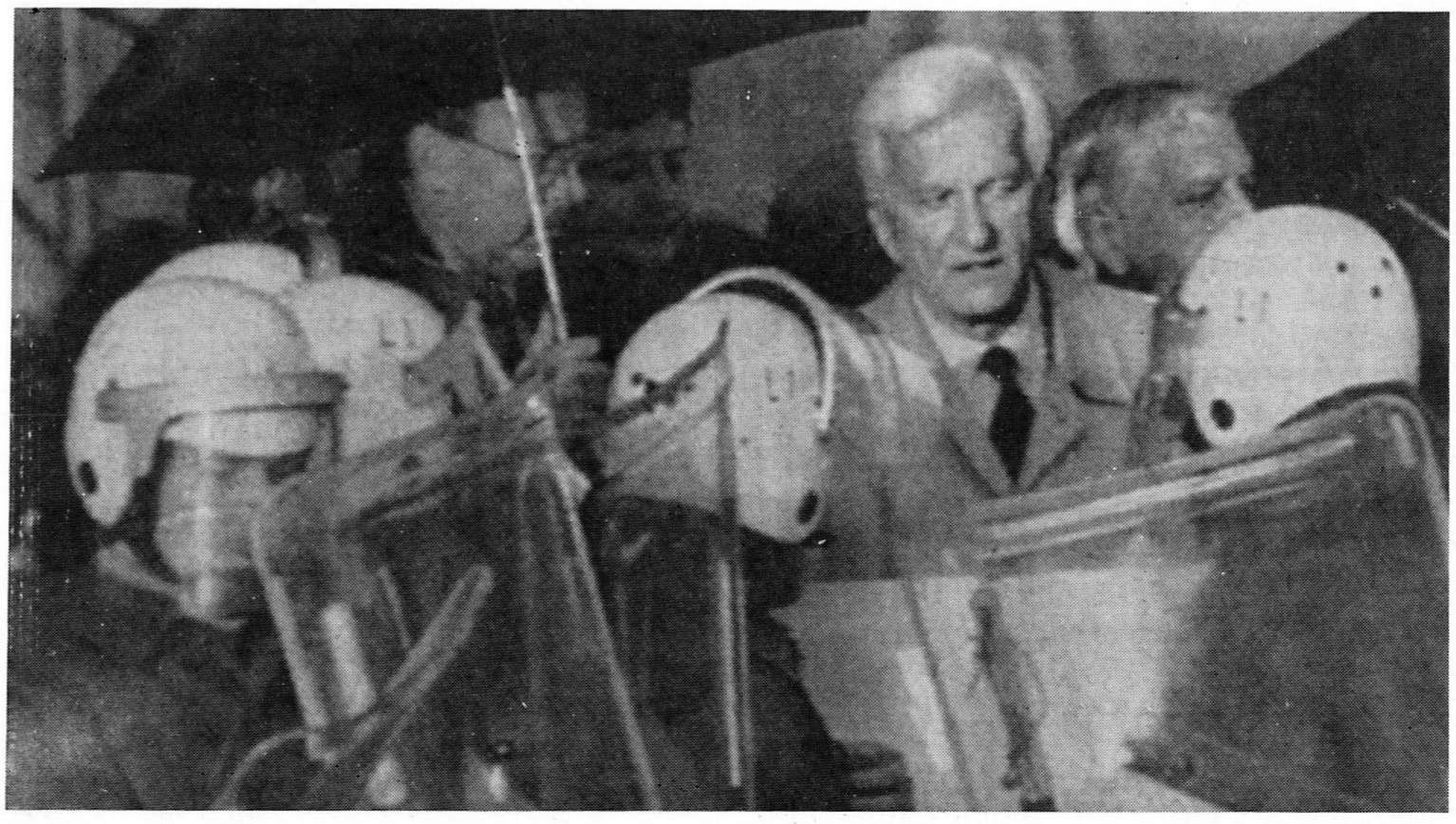
Was in Berlin passiert ist, läßt sich nur verstehen, wenn die politische Bedeutung dieser Inszenierung begriffen wird. Natürlich war es eine Heuchler- und Schaufensterveranstaltung. Die Brandstifter haben Feuerwehr gespielt. Diejenigen, die das böse Wort von der „Asylantenschwemme“ in die Welt gesetzt haben, um damit ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen, haben kalte Füße bekommen. Weniger in der Sorge um demokratische und humane Verhältnisse, sondern weil offener und gewalttätiger Rassismus und Antisemitismus das Image des Kapitalstandorts Deutschland zu schädigen droht. Ihnen ging es nicht um die Ursachen, wozu sie selbst zählen, sondern vor allem darum, daß das Thema aus der internationalen Presse verschwinden sollte.

Aber das war nicht alles und nicht das wesentlichee. Die Berliner Inszenierung diente vor allem dazu, eine nationale Einheitsfront zu zimmern, von ganz „rechts“ bis weit „links“, von der CDU bis zu den Grünen. Sie war die Bekräftigung dessen, daß es in diesem Land keine handlungs- und artikulationsfähige Opposition mehr gibt — es sei denn die inzwischen offen rechtsradikal gewendete von Waigel, Streibl & Co ... Das Berliner Verbrüderungsritual mit den Tätern diente dazu, grundsätzliche Kritik an den herrschenden Verhältnissen auszugrenzen und mundtot zu machen. Um was es ging, war die Demonstration einer repressiven und alternativlosen Normalität. Diese galt es im umfassenden nationalen Konsens zu legitimieren, einschließlich der schon längst abgesprochenen Demontage des Asylrechts.

Schlimm ist, wie die vielen tausend Menschen für diesen Zweck funktionalisiert wurden, die auf die Straße gegangen sind, weil in diesem Lande die Würde des Menschen wieder ganz unverholen antastbar geworden ist und die gerade von denen angetastet wird, die zur Kundgebung aufgerufen haben. Katastrophal ist, daß es nicht mehr gelang, den Charakter dieser Manifestation öffentlich politisch zu diskutieren, daß die nationale Einheitsfrontstrategie auch von denen mitgetragen wurde, die es aus eigener Erfahrung besser wissen müßten.

Wenn die Fassade des Schauspiels alles und sein Inhalt Lüge ist, sind auch die kleinsten Inszenierungsfehler folgenreich. Deshalb haben es ein paar hundert „Autonome“ geschafft, die Veranstaltung glatt in die Hosen gehen zu lassen. Man darf annehmen, daß sie über diese Wirkung selber gestaunt haben. Wenn die Hauptdarsteller nachher auf die wie üblich effekthascherischen Medien schimpfen, so ist das erneut pure Heuchelei: Schließlich ging es ihnen selbst um nichts anderes als einen Medieneffekt. Sie sind über genau den medialen Mechanismus gestolpert, von dem sie sonst profitieren. Das gilt nicht nur für die bekannte Gewaltgeilheit bei oppositionellen Demonstrationen. Die Strategie, Ausländerhetze als politisches Mittel einzusetzen, hätte ohne die absolut realitätsverzerrende mediale Inszenierung des „Ausländerproblems“ gar nicht so erfolgreich sein können.

In der Erschütterung über die autonomen „Gewalttäter“ war man sich hinterher von FAZ bis TAZ schnell einig. Auch die Veranstalter der Bonner Kundgebung beeilten sich, die „beschämenden Ereignisse“ und das „Chaos“ von Berlin zu verurteilen und ihre eigene Friedfertigkeit hervorzuheben. Anstelle politischer Kritik dominierte unverdrossen das neue nationale Gemeinschaftsgefühl. Statt unisono über die „Autonomen“ herzufallen, wäre es indessen zu realisieren gewesen, daß allein Vorgeschichte und politischer Kontext der Berliner Inszenierung den Eklat geradezu zwangsläufig gemacht hatten. Weder mehr Polizei noch



Werbung „Dort nicht, aber hier", Jena 1992 ***Photo: Thomas Kunz***

ein geschickterer Einsatz von Jubelpersern — Kohls Lehre — hätten daran etwas geändert. Und es gälte darüber nachzudenken, was es bedeutet, daß offensichtlich diese kleinen Grüppchen von „Autonomen" die einzig noch klar politisch praktisch Stellung beziehende Opposition in diesem Lande zu sein scheinen. Daß sie das mit ihrem Mitteln und nach ihrem Verständnis tun und daß sie eben deshalb zum Zentrum und Angelpunkt der Auseinandersetzung werden, dürfte eigentlich nicht verwundern.

Auf was die Berliner „Störer" mit sicherlich einigermaßen problematischen und angesichts ihrer Möglichkeiten natürlich auch unzureichenden Mitteln hingewiesen haben, ist die Tatsache, daß Gewalt, Nationalismus, Chauvinismus und Rechtsradikalismus aus der Mitte dieser Gesellschaft und aus ihren Institutionen kommen. Die Ursachen von Rostock, Mannheim und Sachsenhausen liegen ja nicht in pädagogischen Fehlern oder sozialen Nöten, sondern in der grundsätzlichen politischen und gesellschaftlichen Verfaßtheit dieses Landes. Das eigentlich Bedrohliche ist die Normalität, in der gewalttätiger Rechtsradikalismus keine so isolierte Erscheinung ist.

Das zu sehen, bedarf keiner komplizierten Analyse. Es genügt ein Blick in den Alltag. Auf deutschen Straßen hat die „freie Fahrt für freie Bürger" längst zu einem Klima von Mord und Totschlag geführt, offenbar von Todessehnsüchten getriebene Motorradfahrerhorden terrorisieren wochenends die Landbevölkerung, an den Schulen herrscht, glaubt man einschlägigen Berichten, das pure Recht des Stärkeren. Wer einmal versucht, sich hierzulande in eine ordentliche Warteschlange einzureihen, wird rasch seiner Dummheit belehrt. Ellbogenmentalität, materielle Vorteilssicherung um jeden Preis, politische Machterhaltung ohne Rücksicht auf Kosten und Folgen sind die beherrschenden und kaum mehr angezweifelten Maximen gerade bei denjenigen, die gesellschaftlich nicht zu kurz gekommen sind. Nicht einige tausend Skinheads sind das Problem, sondern der Zustand der Gesellschaft insgesamt.

Ursachen dieser Entwicklung lassen sich benennen. Deutlich ist, daß die vor einem Jahrzehnt eingeleitete neoliberale Wende ihre Früchte trägt, weniger in den politischen Institutionen als im allgemeinen Bewußtsein, sub-politisch sozusagen. Der negative Individualismus einer entfesselten Marktgesellschaft feiert seine Triumphe. Solidarität, Rücksicht, Respekt vor anderen, gar Mitleid, sind so unmodern wie nie. Zu erinnern ist, daß eine Gesellschaft, deren Produktions- und Lebensweise auf schrankenloser Zerstörung beruht, diese Gewalt nicht nur nach außen, sondern auch nach innen wenden muß. Der nicht nur hierzulande wiederauferstandene Rassismus ist, auch wenn er darin nicht aufgeht, die Begleitmusik zum Sieg des Kapitalismus.

Aber Deutschland ist nicht nur eine kapitalistische Metropole wie andere, sondern bleibt ein Sonderfall. Der Gründungskonsens der Bundesrepublik war bestimmt durch Antikommunismus, politischen Privatismus, repräsentativen Autoritarismus und das „Beschweigen" der nationalsozialistischen Vergangenheit. Dieses Bewußtsein normalisierte und kittete eine Gesellschaft, deren staatliche Existenz auf den Frontstellungen des kalten Krieges gründete und auf unbegrenztes kapitalistisches Wachstum baute. Die 68er-Protestbewegung hat, wie man heute sieht, dies nicht grundsätzlich revidieren können.

Rassistisch gewendete Privilegiertenverteidigung

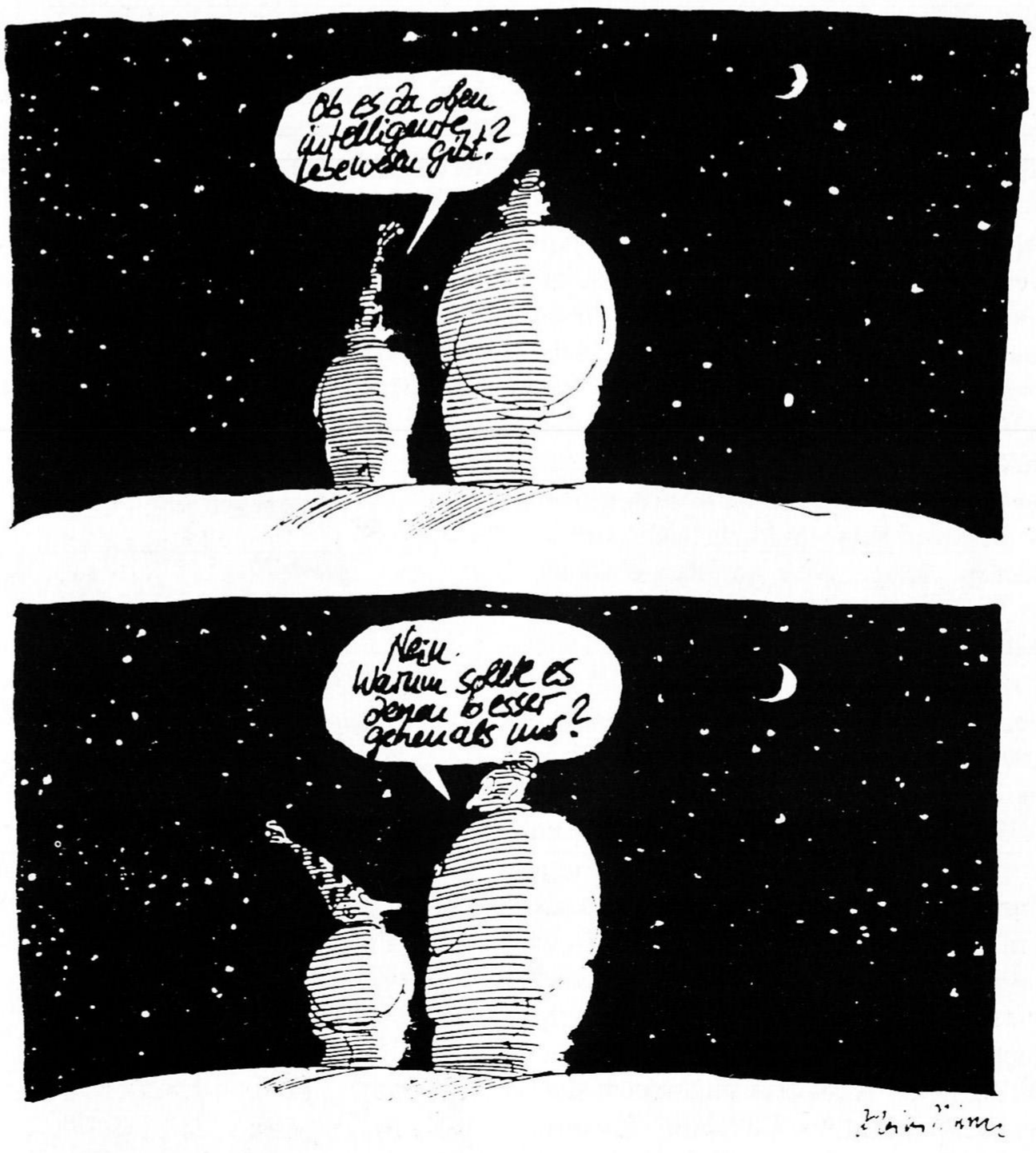
Nachdem der Antikommunismus seine Grundlage verloren hat und die auf der West-Ost-Blockkonfrontation beruhende Nachkriegs-Weltordnung zusammengebrochen ist, bedarf dieser nationale Konsens einer neuen Begründung, und in in diesen Zusammenhang gehört der produzierte Rassismus: es geht um die politische Selbstdefinition des zusammengeschlossenen Deutschlands und um den Versuch, diese auf eine neue Mischung von privatistischem Materialismus und Feindbildproduktionen zu gründen. Wachstumsglauben und traditioneller Antikommunismus greifen nicht mehr und werden ersetzt durch aggressive, rassistisch gewendete Privilegienverteidigung. Wir haben es mit dem Versuch zu tun, nationale „Identität" angesichts des Zusammenbruchs alter Ordnungen nun ganz offen auf einen aggressiven Wohlstandschauvinismus nach innen und außen zu gründen, und dieser treibt in den Rassismus, den Rechtsradikalismus und Antisemitismus, auch wenn das einigen wirtschaftlichen und politischen Eliten nicht unbedingt recht ist. Entsprechend sehen die neuen Bedrohungsmuster aus: an die Stelle der roten Soldateska vor und fünften Kolonnen hinter den Grenzen treten Flüchtlingsströme aus der verelendenden kapitalistischen Peripherie, Asylantenfluten, Ausländerfreunde und all die dunklen Mächte, die den Anschlag auf die D-Mark planen.

Die Zusammenschlußpolitik seit 1989 ist nur vor diesem historischen Hintergrund und im Zusammenhang mit dieser ideologischen Neukonstitution Deutschlands zu verstehen. In der Art und Weise, wie er als liberalkapitalistisches Expansionsprojekt autoritär durchgesetzt wurde und werden konnte, manifestierte sich noch einmal der Charakter der selbst in bürgerlich-kapitalistischem Sinne höchst defizitären westdeutschen Nachkriegs-Demokratie. Die Folge ist ein nicht nur ökonomisches, sondern mehr noch politisch-kulturelles Desaster. Weil es nicht einmal ansatzweise zu dem Versuch kam, den neuen Staat demokratisch, durch offene Auseinandersetzung über seine gesellschaftliche und politische Verfaßtheit, seine internationale Rolle und seine Perspektiven zu begründen, scheint nur noch der Rückgriff auf besitzindividualistisch unterfütterte autoritäre Denk- und Verhaltensmuster übrig zu bleiben. Sicherlich ist die von den herrschenden Parteien und den mit ihnen verquickten Medien produzierte Asyldebatte auch ein gezieltes Propagandamanöver, das von den katastrophalen Folgen der Vereinigungspolitik und der Unfähigkeit der Politiker ablenken soll. Aber es geht dabei mehr noch um den Versuch einer autoritären, nach innen wie außen agressiven Neubegründung „nationaler Identität". Sie ist das Korsett, mit der eine sowohl ökonomisch wie politisch-kulturell rapide auseinanderfallende Gesellschaft zusammengehalten und die etablierten politischen Machtfilze stabilisiert werden sollen. Daß sich die

Agressionen erneut nicht gegen die Täter, sondern gegen die Opfer richten, steht in der Tradition des deutschen politischen Privatismus und Autoritarismus. Was sich aktuell abzeichnet, ist nicht nur ein bloßer „Rechtsruck", sondern der Versuch, mittels einer Mobilisierung von Ressentiments und aggressiver Gewalt ein neues und in der Tat furchterregendes neues Deutschland zu begründen.

Hilflos und blind ist es, nur auf die Schläger, die Skinheads und die sich herausbildende neue rechtsradikale Bewegung zu schauen. Trotz aller historischen Kontinuitäten ist 1992 nicht 1932. Sowohl die internationalen Verhältnisse als auch die inneren Machtstrukturen und Interessenkonstellationen sind anders. Das Kapital liebt keine Revolutionen und selbst eine von rechts paßt kaum in seine aktuellen ökonomischen Kalküle. Die Gefahr kommt aus dem, was sich als „demokratische Mitte" bezeichnet, aus den etablierten politischen Institutionen selbst. Die politische Umwandlung dieses Landes wird von den in solidarischem Machterhaltungsinteresse zusammenstehenden und sich selbst so nennenden Demokraten inszeniert.

Ohne diesen Zusammenhang zu realisieren, kann keine Politik, schon gar keine antirassistische, gemacht werden. Der blindwütige Haß, der nach den Berliner Ereignissen gerade aus linkeren und liberaleren politischen Ecken wieder einmal gegen die „Autonomen" losgebrochen ist, hat vor allem mit Verdrängung zu tun. Wenn Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus bekämpft werden sollen, dann nicht gemeinsam mit denen, die sie produzieren und damit Politik machen. Wenn es eine politisch artikulationsfähige Opposition noch gäbe, dann hätte sie die Berliner Veranstaltung kritisiert, ihren politischen Charakter benannt und sich von vorneherein und nicht erst nach den „Krawallen" dagegen gewandt. Trotz des großen Mobilisierungserfolgs ist die Bonner Demonstration vom 14.11. politisch daran gescheitert, daß dies nicht getan wurde. Daß grüne und sozialdemokratische PolitikerInnen unangefochten auf beiden Hochzeiten tanzen konnten, zeigt, daß auch hier das nationale Einheitsbedürfnis bestimmend war. Und es zeigt auch, was es bedeutet, daß es keine starke außerparlamentarische Opposition mehr gibt, die in der Lage ist, frei von parteipolitischen und wahltaktischen Kalkülen zu handeln. Die beiden großen, mehr aber noch die sehr vielen kleinen Demonstrationen der letzten Monate haben immerhin gezeigt, daß es in diesem Lande noch etwas anderes gibt als die Stammtische und den Zynismus von Politikern, denen es nur noch darum geht, die „Lufthoheit" zu erobern, indem sie sich vom Aufwind ihres Bierdunstes tragen lassen. Es tut not, zu erkennen, daß es durchaus „Parteien" und nicht nur „Deutsche" gibt. Und gleichzeitig gilt es zu realisieren, wie verhängnisvoll es ist, wenn oppositionelle Politik parteiförmig aufgesogen wird. Aus der Geschichte wissen wir, daß es diesem Land nie sonderlich gut bekommen ist, wenn Zusammenstehen in der Stunde der Not die Parole war. ■



Nicht täglich - aber gründlich

In jedem Heft
Nachrichten und Analysen zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Rüstung . . .

Themenschwerpunkte der letzten Hefte:
Nr. 179: Tourismus und Menschenrechte
Nr. 180: Kolonialismus III - Asien
Nr. 181: Ökologie und Entwicklung
Nr. 182: Nahost-Friedensverhandlungen
Nr. 183: Nationalismus II

8 mal im Jahr für DM 48,-
Einzelheft DM 6,-

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

blätter des iz3w

❑ Bitte schickt mir Eure Materialliste
Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
❑ Im Abonnement
❑ als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM/ sfr. 10,-
❑ in bar
❑ per Scheck

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerruten kann.

Datum/Unterschrift

CHRISTOPH GÖRG

Das Neue Deutschland

Die Ereignisse rund um die Berliner Demonstration können nicht in die Geschichte der Bundesrepublik einsortiert werden. Sie verweisen auf die Neubegründung nationaler Identität in Deutschland, auf eine Neuformierung, die in Rechtsextremismus, Rassismus und den Diskussionen um die Veränderung des Grundgesetzes nur ihre sichtbarsten Ausdrucksformen hat. Diese Neuformierung muß jedoch von beiden Seiten aus betrachtet werden: Sie muß als Herrschaftsstrategie und als Produkt gesellschaftlicher Desintegration interpretiert werden. Auch jede Gegenstrategie muß im Auge behalten, daß die Herrschaftsstrategien ohne diese entgegenkommenden Momente in die Leere laufen würden. Zumindest wäre ihnen nicht dieser leichte Erfolg beschieden gewesen.

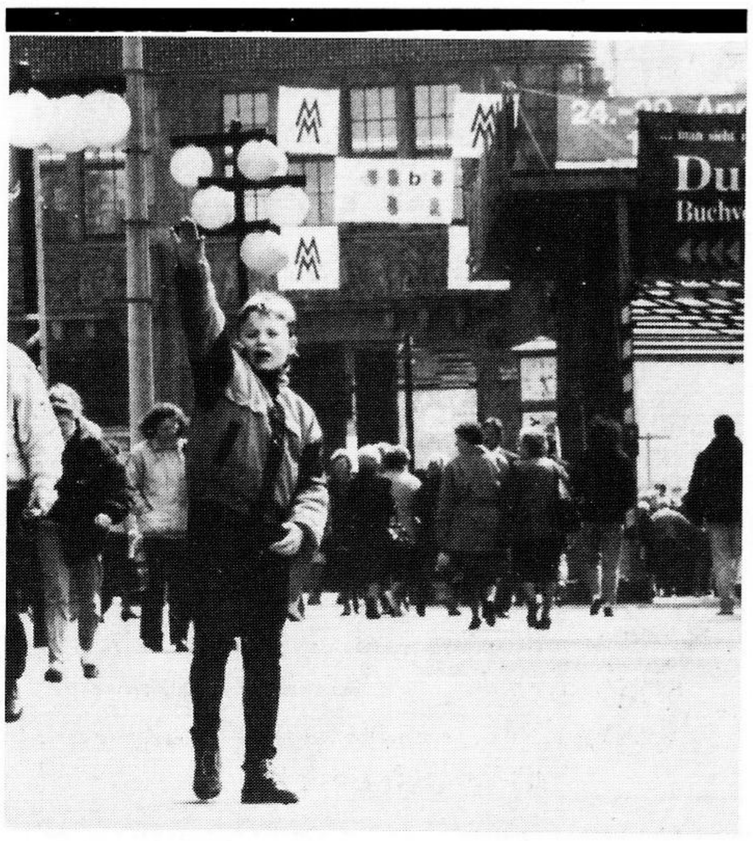


Photo: Thomas Kunz Leipzig 1991

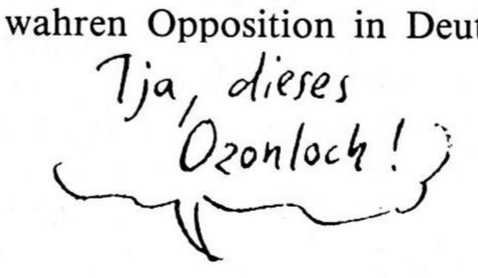
Die Neuformierung ist zum einen eine Strategie der rassistischen Ausgrenzung, bei der für die vielfältigen und teilweise diffusen Bedrohungslagen ein Sündenbock in Gestalt von Flüchtlingen und Asylsuchenden präsentiert wird. Sie ist eine gezielte Strategie aber auch in der Hinsicht, daß der innenpolitische Gegner, die mutmaßliche oder tatsächliche Opposition, mit allen Mitteln diffamiert wird, wenn sie sich eine Kritik an der Neuformierung zu Schulden kommen läßt. Bei der Rede von Manfred Frank anläßlich der Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht in der Frankfurter Paulskirche wurde exemplarisch deutlich, womit in Zukunft zu rechnen ist. Der Kreisgeschäftsführer der CDU Daum erfand zum Zweck der Sicherung des nationalen Konsenses gleich eine neue Dolchstoßlegende: Derzufolge sei die Weimarer Republik nicht zuletzt durch Beschimpfungen Intellektueller entscheidend geschwächt worden! Dabei meinte er offensichtlich nicht die antidemokratische Grundeinstellung fast aller ihrer tragenden Eliten in Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Militär. Aus dem Kontext der Rede von Frank ist die Stoßrichtung der Diffamierung eindeutig zu erkennen, warnte dieser doch vor der 'Anpassung der Politik ans unqualifizierte Volksempfinden'. Diese Tendenz, die nicht nur bei führenden Vertretern von CDU/CSU, sondern auch bei SPD und Grünen ganz deutlich zu Tage tritt, macht den politischen Kern der Neuformierung aus — aber keineswegs nur so, wie der direkte Vergleich von Frank nahelegt, als bloße Anpassung. Vielmehr müßte das von Frank verwendete Zitat von Goebbels zur besseren Kenntlichkeit leicht verändert werden. Statt: „Wir dachten einfach, weil das Volk einfach ist", müßte es heißen: „Wir gaben einfache Losungen aus, weil wir wollten, daß das Volk primitiv denkt!" Die Orientierung der innenpolitischen Auseinandersetzung auf den Artikel 16 des Grundgesetzes ist als Anpassung an ein vorgebliches Volksempfinden nicht zu verstehen. Es ist eine gezielte Strategie zur Kanalisierung des Ohnmachts- und Agressionspotentials von den Teilen der Gesellschaft, die die in ihr eingelassene latente und die vermehrt manifest werdende Gewalt anders nicht zu bewältigen wissen.

Wenn man die Kanalisierung von Fremdenfeindlichkeit und die politische Formierung des Rassismus hervorhebt, dann muß man gleichzeitig auch die gesellschaftliche Desintegration ernst nehmen, auf deren Grundlage die politischen Strategien erst greifen können. Zwar war die gesellschaftliche Solidarität in der Bundesrepublik im 'Modell Deutschland' schon immer so organisiert, daß sie die Gewaltverhältnisse nach innen nur partiell stillstellen konnte und ansonsten versuchte, die Konsequenzen daraus nach außen hin abzuwälzen. Insofern scheint es zutreffend zu sein, die Ursache für die zunehmende manifeste Gewaltförmigkeit dieser Gesellschaft im Aufbrechen bisher schon latent vorhandener Gewaltverhältnisse zu suchen. Aber es macht einen großen Unterschied, ob diese Regulation gelingt oder ob die aufgespeicherte Gewalt sich einen mehr oder weniger direkten Ausdruck verschafft. Und es wäre politisch fatal, diesen Unterschied einfach zu ignorieren. Die Auseinandersetzungen, die sich unter dem Obertitel 'Neubegründung nationaler Identität' zusammenfassen lassen, sind vor allem auch Ausdruck dieses Unterschiedes: Außenpolitisch die Frage nach der Legitimität militärischer Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele, innenpolitisch die Suche nach einem 'Solidarpakt', das heißt nach neuen Strategien der Ausgrenzung und der Abwälzung von Kosten. Beide Aspekte verbinden sich aber in der Asyldebatte: Die Verteidigung des Reichtums nach Außen und die Suche von Sündenböcken im Inneren.

Angesichts dieser Situation ist es ein Fehler, die angeblich so zivile Gesellschaft der alten Bundesrepublik zu beschwören und in die neue Gesellschaft herüberretten zu wollen. Aber es wäre genauso falsch, nur die Verlogenheit derer zu brandmarken, die um die erreichte Zivilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse besorgt sind oder ihnen gar einen versteckten Nationalismus, die Suche nach dem besseren Deutschen, zu unterstellen. Mit dem Artikel 16 (und dem Artikel 19, der Rechtswegegarantie) stehen wesentliche Inhalte dessen auf dem Spiel, was am Grundgesetz bewahrenswert ist. Aber diese Verfassungsgrundsätze sind nicht durch die angeblich unzivile Gesellschaft der ehemali-

gen DDR bedroht, wie dies manche zu glauben scheinen. Vielmehr zeigt sich wieder die alte, schon ins Vergessen geratene Weisheit, daß Rechtsgrundsätze immer in Beziehung stehen zu materiellen Verhältnissen: Der Artikel 16 war nicht nur solange kein Problem, als es keine größeren Flüchtlingszahlen gab. Sein Gehalt, ein Rest an politischer und sozialer Solidarität mit Nicht-Deutschen auf der Grundlage universaler menschlicher Würde, konnte solange akzeptiert werden, als das 'Modell Deutschland' funktionierte und der Reichtumstransfer in die Bundesrepublik genügend Spielraum für Almosen abgab, um das Gewissen etwas zu beruhigen. Wo aber die Verteilungsspielräume enger werden, da wächst auch die Bereitschaft, die damit einhergehende Angst in rassistische Denkformen zu packen. Das ist keine ökonomistische Erklärung von Rassismus, denn ohne die gezielte Strategie von Rühe, Schäuble, Stoiber u.a., das Asyl-Thema zum symbolischen Ersatz-Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung zu machen, hätte es vielleicht kein Hoyerswerda, kein Mannheim und kein Rostock gegeben. Aber in dieser Situation reicht es keinesfalls aus, nur die Zerstörung der Verfassungsgrundlage der alten Bundesrepublik zu beklagen und dessen gänzlich unzivile soziale Verhältnisse zu unterschlagen oder die veränderte Situation des neuen Deutschland zu vergessen.

Die Demonstration in Berlin war der sichtbare Ausdruck dafür, daß für die Herrschenden und die staatstragenden Medien die symbolische Inszenierung des guten Deutschlands das Hauptproblem ist. Deren Verlogenheit kommt ja nicht nur darin zum Ausdruck, daß die gleichen, die für die Würde des Menschen demonstrieren lassen, unbeeindruckt deren nationalstaatliche Gebrochenheit und damit ihre Antastbarkeit vorexerzieren, indem sie den Schutz von Flüchtlingen einschränken wollen. Der ganze Zynismus wird erst dort richtig sichtbar, wo die Eierwürfe gegen einen Politiker mit Brandsätzen gegen Flüchtlinge gleichgesetzt werden. Durch diese Kommentierung haben viele in Politik und Medien ein weiteres Mal die Ausschreitungen gegen Ausländer verharmlost und damit stillschweigend gerechtfertigt. Aber diese Tatsache darf nicht dazu verführen, nun den Spieß einfach rumzudrehen und allein die Strategie der Autonomen zur einzig wahren Opposition in Deutschland zu verklären. Die Zerstörung der Grundlagen gesellschaftlicher Integration, d.h. all das, was den Strategien der Herrschenden entgegenkommt, muß ernst genommen werden, auch wenn sich der Protest gegen den produzierten Rassismus damit in eine schwierige Situation bringt. Denn dieser Protest muß unterscheiden können zwischen der Neuformierung nationaler Identität und den gemeinsamen Grundüberzeugungen, die die Gewaltförmigkeit sozialer Verhältnisse zu begrenzen versuchen. So mag die Solidarisierung aller angeblichen Demokraten gegen die Störer von Berlin, gegen die Störer des Bildes vom guten Deutschen, bei vielen dem Wunsch nach Aufgehobensein in der nationalen Identität entspringen. Aber die Bedeutung dieser Demonstration wie vieler anderer in diesen Tagen kann darauf nicht reduzieren werden. In der Empörung über die Anschläge gegen Ausländer und in der Sorge um die Einhaltung humanitärer Prinzipien artikulieren sie den in dieser Form unzureichenden Protest gegen die Verletzung des Hintergrundkonsenses, der diese Gesellschaft trägt. Es bleibt eben ein Unterschied, ob Politiker wenigstens heucheln müssen, wenn sie von der Würde des Menschen sprechen — statt Flüchtlinge, Roma und Juden als 'Untermenschen' abzutun.



Bei aller Funktionalisierung dieses Protestes durch die Herrschenden bleibt das Problem, daß die Gesellschaft auf einen wenigstens minimalen Konsens darüber angewiesen ist, was erlaubt und was nicht erlaubt sein soll. Und nicht jeder gesellschaftliche Konsens ist gleichermaßen auf Ausgrenzung und Repression gegründet. Wer jetzt glaubt, mit pseudoradikalem Gestus jeden Verweis auf humanitäre und rechtsstaatliche Grundüberzeugungen in der Gesellschaft als Verschleierung der wirklichen Verhältnisse vom Tisch wischen zu können, sägt mit am Ast, auf dem er selbst sitzt. Der Protest gegen die Abschaffung des Asyls und gegen die Militarisierung der Außenpolitik entspringt zum Teil wenigstens dem Bestreben, Inhalte eines Konsenses zu definieren, der nicht repressiv nach innen und außen, der nicht ausgrenzend und rassistisch, der weniger gewaltsam ist. Gerade angesichts der gesellschaftlichen Desintegration ist aber die Verteidigung bestehender und die Etablierung neuer Kriterien dieses Konsenses absolut notwendig. Angesichts der Tatsache, daß es keine politische Kraft gibt, die diese Desintegration in ihren sozialen Ursachen zu beheben in der Lage wäre, muß darüberhinaus mit einem sich weiter einengenden Spielraum gerechnet werden. Es ist daher nicht der Zeitpunkt für Selbstgerechtigkeiten aller Art. In Deutschland steht nicht die Abschaffung des Nationalstaates zur Disposition, sondern allenfalls der Grad an Repression und Ausgrenzung, den das neue Deutschland haben wird. Es steht sogar die Frage im Raum, ob die Auseinandersetzungen über den neuen Konsens überhaupt noch im nicht nationalistisch ausgrenzenden Sinne beeinflußbar sind. ■

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Zur Produktion von Rassismus (Heft 45)

Gerhard: Politik und Pogrome. Versuche einer diskursiven Spurensicherung ● *Leiprecht:* Ein Problem nur für „Fremde"? Rassismus — die Macht der Zuschreibung ● *Kalpaka:* Das Eigene und das Fremde. Zur antirassistischen Praxis mit Jugendlichen ● *Dokumentation:* Was heißt Toleranz bzgl. Rassismus und Jugendarbeit ● *Niko Diemer:* Verliererproduktion. Über Arbeit und Sozialpädagogik nach Hoyerswerda und Bremen ● *Scherer:* Zum Verhältnis von deutscher Vergangenheit und Fremdenhaß ● *Vinnai:* Fremdenfeindlichkeit und die Krise der Linken. Zur Sozialpsychologie von Rassismus ● *Lutz:* Sind wir uns immer noch fremd? Konstruktionen von Fremdheit in der Frauenbewegung ● *Bitzan:* Mädchen und Rechtsextremismus. Eine Bibliographie ● *Völker/Düchting:* Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Fremde. Verschiedener Erklärungsansätze ● *Völker:* Kern, Rand und Elitediskurs. DISS-Texte zu Rassismus und politisch rechten Orientierungen
128 Seiten, 15,— DM

Armut in Frankfurt (Heft 44)

Jaschke: Neue Armut und Stadtentwicklung ● *Scherer:* Kommunale Armutsberichterstattung. Eine Bibliographie ● *Karsten:* Die Produktion armer Frauen. Kommunale Armutsberichterstattung ● *Koch:* Armut in Frankfurt. Eine Übersicht ● *v. Freyberg:* Städtische Modernisierung und soziale Polarisierung. Anmerkungen zur Armutsentwicklung in Ffm ● *Hausmann:* Frankfurt am Main. Metropole und Moneten ● Magazin
120 Seiten, 15,— DM

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

JÖRG LAUTERBACH

Rebellion ist berechtigt

Zur Demonstration am 8.11.92 in Berlin

Am 8.11.92 haben in Berlin autonome Gruppen die Abschlußkundgebung der Großdemonstration ,,für die Würde des Menschen'' gesprengt. Erklärtes Ziel der Störaktionen war, den ,,heuchlerischen Charakter'' der offiziellen Veranstaltung ins öffentliche Bewußtsein zu heben, die ,,fürs Ausland inszenierte Propaganda-show'' zu verhindern. Dieses Ziel haben die Autonomen erreicht und sie werten das als ,,großen Erfolg''.

,,300 gegen 300000'' lautete dagegen die offizielle Reaktion. Die ohnehin spärlichen Differenzen der politischen Parteien waren eingeebnet: ,,Pöbel der Straße'' (Kohl), ,,Demonstrationsterroristen'' (Diepgen), ,,Dieser Personenkreis muß genauso bekämpft werden wie Rechtsradikale (von Plottnitz/Grüne), ,,autonome Faschisten'' (K. Weiß/Bündnis 90). Und bei der Liveübertragung der Abschlußkundgebung im Fernsehen sprach ein Professor der Hamburger Bundeswehrhochschule von ,,bürgerkriegsähnlichen Zuständen''. Diesen Äußerungen liegt die Absicht zugrunde, die mit Trillerpfeifen und Eiern ,,bewaffneten'' autonomen Gruppen in die terroristische Ecke zu stellen. Daß dem kaum widersprochen wird, hängt vor allem damit zusammen, daß es an einer kritischen Auseinandersetzung mit den Inhalten und Positionen der autonomen Bewegung, insbesondere im — zugebenermaßen verunsicherten und diffusen — ,,linken Spektrum'' mangelt. Eine solche Auseinandersetzung könnte zu dem Ergebnis führen, daß die von Autonomen in Gang gesetzte Flüchtlingskampagne, von der die Berliner Aktion nur ein kleiner, wenngleich spektakulärer Teil war, Ansätze enthält, mit denen weitergehende Politisierungsprozesse ausgelöst werden könnten. Dies würde bedeuten, daß die Störaktion autonomer Gruppen in Berlin nicht nur eine medienwirksame Show bleibt, sondern zum Ausgang einer Debatte über Inhalte und Perspektiven linker Politik wird.

,,Die Würde des Menschen ist unantastbar'' — Artikel 1 des Grundgesetzes der BRD und Motto der parteiübergreifenden Großdemo am 8.11.92 in Berlin. Daß das Gegenteil der Wahrheit näher kommt, ließe sich schon durch eine oberflächliche Betrachtung der hiesigen Verhältnisse veranschaulichen: Allein 1992 verübten Rechtsradikale mehr als 1600 Gewalttaten, darunter über 500 Brand- und Sprengstoffanschläge. Seit Januar dieses Jahres haben diese Anschläge bislang rund 800 Verletzte gefordert, mindestens 11 Menschen wurden umgebracht. Zahlen, die ständig korregiert werden müssen: In der Nacht zum 21.11.92 wurde in Berlin Silvio Meier von Rechtsradikalen ermordet, in Mölln (Schleswig-Holstein) wurden drei Tage später bei einem Brandanschlag auf ein Mehrfamilienhaus zwei türkische Frauen und ein türkisches Mädchen getötet. Die Schändung jüdischer Friedhöfe, Zerstörung von Denkmälern, die an das Grauen des Nationalsozialismus erinnern, ausländerfeindliche Parolen, Hakenkreuzschmierereien und neofaschistische Demonstrationen gehören zum bundesdeutschen Alltag. Ein neues, rassistisches Lebensgefühl hat sich ausgebreitet, charakterisiert vor allem dadurch, daß das Anzünden von Asylantenwohnheimen von einer Menge applaudierender und johlender Bürger unterstützt und begleitet wird. Für einen Teil der in der BRD lebenden Menschen gilt Artikel I GG offensichtlich nicht mehr.

,,Die Würde des Menschen ist antastbar'', formuliert Ulrike Meinhof schon 1962 in einer Konkret-Kolumne — übrigens auch vor dem Hintergrund einer Verstümmelung des ,,ursprünglichen Geistes'' des Grundgesetzes, nämlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Heute geht es um eine andere Art der Verstümmelung: die Einschränkung des Artikel 16 (2) GG: ,,Politisch Verfolgte genießen Asylrecht''. Damals wie heute geht es um die Substanz der Demokratie, die sich nicht zuletzt danach bemißt, wie ein Staat mit politischer Opposition und Minderheiten umgeht. Die Würde des Menschen ist antastbar. Und in der BRD wird sie tagtäglich angetastet. Dagegen haben autonome Gruppen in Berlin demonstriert. Ihr Protest richtete sich gegen einen Staat, in dem die Verfolgung und Kriminalisierung der linken politischen Opposition Tradition hat und der Rechtsradikalismus systematisch verharmlost wird. Daß dabei schon mal übers Ziel hinausgeschossen wurde — ,,Was früher Recht war, kann heute nicht Unrecht sein'' (Filbinger) — liegt in der Natur der Sache. Und der Protest der Autonomen richtete sich gegen die Repräsentanten dieses Staates, die mit ihren Beiträgen zu der von ihnen angezettelten ,,Asyldebatte'' ('Flüchtlingsschwemme', 'massenhafter Asylmißbrauch', 'Staatsnotstand', 'Asylsicherungsgesetz' etc.) zu ,,Schreibtischtätern'' geworden sind. Diese Einschätzung —

nicht die daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen — teilen die Autonomen übrigens auch mit Teilen der bürgerlichen Presse: ,,Sie (die Regierung, J.L) zeigt sich geneigt, gegen das Grundgesetz zu putschen. Sie schürt Angst vor Fremden und Ablehnung gegen Ausländer und löst die wachsende Gewalt gegen diese Bevölkerungsgruppe mit aus" (FR, 3.1.92).

Heuchelei war es nicht nur für die Autonomen, daß in Berlin die Repräsentanten eines Staates für die Verfassung demonstrierten, die sie zugleich ändern und einschränken wollen. Deshalb konnte Kohl auch nur wenige Meter in dem Demonstrationszug mitlaufen und mußte aufgrund von verbalen Attacken und Eierwürfen schließlich einen einsameren Weg zur Abschlußkundgebung einschlagen, deshalb wurde die Demo zum ,,Spießrutenlaufen" (FR) für die Politikprominenz. Daß es den Autonomen gelungen ist, die Abschlußkundgebung so massiv zu stören, lag daher nicht nur daran, ,,zur rechten Zeit am rechten Ort zu sein" (taz), sondern hatte seine Ursache auch in der Skepsis vieler DemonstrationsteilnehmerInnen gegenüber der herrschenden Politik, in den weit verbreiteten Zweifeln über die angebliche Notwendigkeit, das Grundrecht auf Asyl einschränken zu müssen.

An diese Widersprüche und Unsicherheiten knüpften die Autonomen mit ihrer Aktion an. So heißt es in einer Erklärung, die am 10.11.92 in der taz veröffentlicht wurde: ,,Was sind Eierwürfe gegen die Auslieferung von Tausenden von Roma? ... Das Grundgesetz ändern, die PolInnen vom ,,Schmuddeleck" am Reichpietschufer vertreiben, die Sozialhilfe für Flüchtlinge auf 75 Prozent reduzieren und Waffen in die Türkei exportieren — und sich dann an die Spitze des Protestes gegen Ausländerfeindlichkeit setzen! Das ist ihnen nicht gelungen. Und das halten wir für einen großen politischen Erfolg".

Daß bei der Störaktion der Autonomen ,,Infektionsgefahr" bestand, war den Veranstaltern offensichtlich bewußt. Denn anstatt Kohl, Engholm oder Lambsdorff trat das Nationaldenkmal R. von Weizsäcker ans Rednerpult. Er sollte eine Glaubwürdigkeit ausstrahlen, die andere schon längst verspielt hatten. Gerade weil er, insbesondere für das linksliberale Spektrum, das ,,anständige", das ,,moralisch bessere Deutschland" verkörpert, war von Weizsäcker prädestiniert, einer Demonstration vorzustehen, die primär darauf ausgerichtet war, das Bild Deutschlands im Ausland aufzupolieren. Diese Strategie und ,,Inszenierung" haben die autonomen Gruppen verhindert und gerade darin besteht ihr ,,größtes Verbrechen" (Kohl).

Die ,,neue rassistische Lebensfreude" (autonome lupus-gruppe) hat ihre Ursache nicht zuletzt in der 1982 proklamierten ,,geistig-moralischen Wende". Diese schlägt sich nicht nur ideologisch (Schmettern der Nationalhymne bei Fußballänderspielen, Historikerstreit, ,,Deutschland einig Vaterland"), sondern auch materiell nieder, wie folgender Vergleich beweist: 1991 betrugen die Kosten für die Unterbringung und Sozialhilfe für Flüchtlinge in Deutschland 4 Milliarden DM. Im gleichen Jahr zahlte die BRD 20 Milliarden DM an die Golfkriegsalliierten (FR, 13.11.92). Die seit Mitte der 80er Jahre feststellbare kulturelle Hegemonie der Rechten sollte auch mit der Berliner Demonstration gefestigt und weiter ausgebaut werden. Öffentliche und massenhafte Bestätigung der herrschenden Spielregeln, d.h. der Politik des ,,autoritären Etatismus" (Poulantzas) war das erklärte Ziel. Das war gemeint, als Kohl von einer ,,fröhlichen Demonstration für diesen Staat" sprach — ,,... alles weitere regelt ihre Parteiführung", war auf einem Flugblatt zu lesen.

Daß das Politikverständnis der Autonomen öffentlich nicht diskutiert wird, liegt zum einen in der Integration eines Teils der ehemaligen Neuen Linken, der nachhaltigen Desavouierung des Sozialismus und dem Niedergang der neuen sozialen Bewegungen. Andererseits liegt ein zentraler Grund auch darin, daß die autonome Bewegung von der nicht parteimäßig organisierten ,,Rest-Linken" schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen wird. Die massenmedienwirksam verbreiteten Klischees, die autonome Gruppen ausschließlich als ,,vermummte Gewalttäter", ,,Chaoten" und ,,Zwillenfraktion" zeigen, werden weitgehend unhinterfragt reproduziert. Stereotypen, auch das sollte Berlin zeigen, die zwar ständig wiederholt, aber deshalb nicht richtiger werden. Die Ignoranz gegenüber autonomen Gruppen ist umso verständlicher, als diese Politik-, Lebens- und Widerstandsformen wieder entwickelt haben, die für die Behebung einer politisch wirksamen linken außerparlamentarischen Opposition durchaus fruchtbar gemacht werden könnten. Dazu gehört

- der Vorrang ,,außerinstitutioneller" gegenüber institutioneller Politik;
- die Ausdehnung des Staatsbegriffs, d.h. der Aufhebung der geläufigen Trennung von Staatsapparaten i.e.S. und bürgerlicher Gesellschaft;
- die Entwicklung einer Subkultur;
- die Kritik der dogmatischen Marx-Rezeption. Dies soll an der antifaschistischen Mobilisierung der Autonomen erläutert werden.

Die ersten Demonstrationen gegen rechtsradikale Übergriffe (Hoyerswerda, Mannheim-Schönau, Rostock) wurden nicht zuletzt von Autonomen organisiert und getragen. Autonome entwickelten Konzepte, wie Flüchtlinge und Asylantenheime vor rassistischen Anschlägen geschützt werden können. Sie stellten Kontakte zu MigrantInnen her und machten die Bedingungen in den Flüchtlingslagern transparent. Hier konnte wer wollte erfahren, wie die Lebensbedingungen von Flüchtlingen tatsächlich aussehen.

Neben den Versuchen einer praktischen antirassistischen Kampagne, gibt es durchaus differenzierte theoretische Ansätze, die sich mit dem Wiedererstarken des Rechtsradikalismus in der BRD auseinandersetzen, die Argumente gegen die scheinbare Progressivität ,,Grüner Visionen" (Multikulturelle Gesellschaft) liefern und die linksradikale Gegenstrategien diskutieren. Natürlich, auch hier ist nicht alles Gold was glänzt: Die Wirksamkeit der Konzeption der ,,Strafexpedition" (Motto: ,,Zerschlagt den deutschen Mob") ist durchaus begrenzt. Sie reproduziert eine Arbeitsteilung, in der die Autonomen wieder einmal für die ,,Praxis" zuständig sind und greift, indem sie sich auf die ,,Faschos" konzentriert, zu kurz. Problematisch ist auch die Tendenz, Flüchtlinge aufgrund ihrer Marginalisierung und ihrer gesellschaftlich sanktionierten Diskriminierung zu einem potentiell ,,revolutionären Verbündeten" zu instrumentalisieren.

▶ Autonome Widerstandsformen ◀

Eine Strategie der ,,begrenzten Kooperation" mit undogmatischen Linken und den Resten der sozialen Bewegungen ist m.E. aussichtsreicher. Das Beispiel der Hamburger Hafenstraße zeigt, daß eine solche Zusammenarbeit durchaus erfolgreich sein kann. Für die Mobilisierung einer antirassistischen Bewegung könnte das im einzelnen bedeuten:

- Kampf für den Erhalt des Asylrechts;
- Kampf für ein allgemeines Bleiberecht;
- Praktische Verhinderung von Abschiebungen;
- Kampf für ein allgemeines Ausländerwahlrecht;
- Kampf für eine freie Arbeitswahl von AsylbewerberInnen;
- Herstellung einer Gegenöffentlichkeit, die über die Bedingungen in den Flüchtlingslagern, aber auch über die Verhältnisse in den Heimatländern informiert;
- Fortsetzung der z.B. in der *links* geführten Debatte über die Bedeutung des Sozialismus-Begriffs für die Antifa-Bewegung. Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß gemeinsame Diskussionen zwischen Autonomen und anderen linken Gruppen und Menschen in Gang gesetzt werden können.

Zugegeben, die genannten Punkte sind kein revolutionäres Modell, sondern bezeichnen sehr bescheidene Ansätze, wie Staat und Gesellschaft demokratisiert werden können. Dies ist aber die notwendige Voraussetzung dafür, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Linken zu verändern. Gerade weil die revolutionären Inhalte unklar geworden sind — was ja auch seine positiven Seiten hat — führt das Festhalten an einem dogmatischen Revolutionsbegriff in die politische Bedeutungslosigkeit. Und gerade weil es z.Zt. keine progressiven Antworten auf die aktuellen Transformationsprozesse des Kapitalismus gibt, bedarf es einer Debatte über Formen und Perspektiven linker Politik. Diese muß mit den Autonomen geführt werden, das ist (m)eine Erkenntnis aus den Berliner Ereignissen. ■

AUTONOME L.U.P.U.S.-GRUPPE

VerKOHLte Leichen oder der anständige Rassismus

Nachdem sich in den vorangegangenen Artikeln Mitglieder der Redaktion mit dem Berliner Theaterstück ,,Rassismus hat nichts mit Politik zu tun. Politiker waschen sich die Hände rein'' beschäftigt haben, kommen nun die Störer zu Wort.

Die *links* dokumentiert im folgenden die Stellungnahme der Frankfurter Autonomen-Gruppe l.u.p.u.s.

Am Samstag, den 22.11.92 bekamen wir über das anti-rassistische Notruftelefon die Nachricht, daß in Berlin-Friedrichshain in der Nacht auf Samstag ein Mann von Neonazis erstochen wurde. Zwei weitere wurden lebensgefährlich verletzt. Bis Sonntag Abend herrschte Nachrichtensperre. Am Montag, den 23.11.92 erfuhren wir aus der Zeitung, daß am 14.11.92 zwei Neonazis einen 53jährigen Mann zusammengeschlagen und verbrannt haben, weil er für sie ein Jude war. Nachrichtensperre. Jetzt kann man ja die Leiche — fast unbemerkt — dazulegen. Am Montag, den 23.11.91 zeigt das Fernsehen die Bilder von zwei abgebrannten Wohnhäusern in Mölln, in denen türkische Familien lebten. 3 Menschen wurden bei diesem rassistischen Brand- und Mordanschlag verbrannt. 'Heil Hitler'. In der ‚Monitor'-Sendung vom selben Abend berichten taubstumme Kinder, eine Frau im Rollstuhl, eine spastisch-gelähmte Frau, ein Mann, dessen Bein amputiert war, daß sie in den letzten Wochen beschimpft, gedemütigt und geschlagen wurden, weil sie noch leben. 'Unter Hitler wär' sowas längst vergast worden'. Der Mann, dessen Bein amputiert war, nahm sich einige Wochen nach diesem Ereignis — selbst — das Leben.

Ralf Giordano erklärt am selben Tag, daß jüdische Menschen hier nicht mehr sicher leben können, daß diese Regierung für Rassismus und Antisemitismus (mit-)verantwortlich ist. Vor laufender Kamera erklärt er, daß jüdische Menschen nicht länger Opfer sein werden. Sie seien bereit, ihren Schutz selbst zu organisieren — wenn es sein müßte, bewaffnet. Ralf Giordano ist kein Autonomer.

Die Ankündigungen, daß sich die potentiellen Opfer rassistischer Angriffe zur Wehr setzen werden, wenn nötig bewaffnet, die Ankündigungen, daß sie es satt haben, Objekt bürgerlicher Bestürzung und tiefen Entsetzens zu sein, rief sofort einen taz-Kommentar auf den Plan. Als hätte der Kommentator zum ersten mal von einem rassistischen Brand-und-Mord-Anschlag gehört, spricht er sich selbst und seiner Leserschaft das erste Gebot ,,einer zivilen Gesellschaft'' vor: die Gewährleistung der ,,körperlichen Integrität ihrer MitgliederInnen, sonst verliert sie ihre Legitimität'' (Jürgen Gottschlich, taz v. 24.11.92). Statt die Tatsache endlich zur Kenntnis zu nehmen, daß das 'anständige Deutschland' nicht die potentiellen Opfer rassistischer Gewalt schützen kann, weil es voll damit beschäftigt ist, das Ansehen Deutschlands zu schützen und zu bewahren, beschwört er die unendliche Geschichte von der Gewaltspirale. ,,Gewalt provoziert Gegengewalt''. Statt sich in dieser Situation, bewaffnet oder nicht, den wenigen Ansätzen von Gegenwehr und Selbstorganisierung anzuschließen, ruft er zuallererst nach Entwaffnung:

,,Wer verhindern will, daß Selbstbehauptung in diesem Land zukünftig bewaffnet vor sich geht, sollte sich jetzt überlegen, wie aktive Nachbarschaftshilfe organisiert werden kann.'' Jetzt. Auf einmal.

Viel länger und geübter macht sich hingegen die 'liberale, kritische Öffentlichkeit' von SPD bis Grünen, von FR bis taz, Gedanken darüber, wie sie das staatliche Gewaltmonopol schützen kann.

Während oben Weizsäcker von der Menschenwürde sprach, und unten die Polizei auf 'Autonome' einprügelte — als wollte die Polizei jedem Mißverständnis zuvorkommen — wußte das 'andere' Deutschland tags darauf sofort, wer ihr wahrer Feind ist. Nicht den Heuchlern von oben galt ihre erbitterte Kritik, sondern den 'autonomen Gewalttätern', die die Galaveranstaltung des anständigen Deutschlands am 9.11.92 in Berlin störten.

Ziehen wir uns den ein wenig zu großen Stiefel an: Wir Autonome haben — was viel zu selten vorkommt — ganz konkret den Zusammenhang von völkischem Rassismus (von unten) und institutionellem Rassismus (von oben) (an-)greifbar gemacht, haben mit äußerst bescheidenen Mitteln die Brand- und Mordspur von unten nach oben sichtbar gemacht. Wenn wir uns etwas vorzuwerfen haben, dann die Tatsache, daß Eier dafür äußerst unzureichende Mittel sind. Verharmlosungen, die unseren Möglichkeiten und nicht den realen Gewaltverhältnissen Rechnung tragen.

,,Der Traum ist aus...'', titelt die taz am 10.11.92 und spielt bewußt das Lied der 'Ton, Steine und Scherben' an, um es im Völkischen ausklingen zu lassen. Welchen ,,Traum'' meint eigentlich die taz, wenn sie am 9.11. spircht: Den Traum vom anständigen Deutschland, das kein oben und unten mehr kennt, kein links und rechts, kein arm und reich, sondern nur noch das 'eine' und/oder 'andere' Deutschland?!

,,Autonome stürzen die antirassistische Manifestation ins Chaos'' untertitelt die taz ihren Reißer. ,,Steine auf den Bundespräsidenten'' — Eier, die offensichtlich ihre Konsistenz im Flug oder im Kopf der BerichterstatterInnen ändern können. Man muß sich die Dreistigkeit mehrmals reinziehen. Eine antirassistische Manifestation mit Kohl, Diepgen, Weizsäcker, Engholm, Weiß u.s.w.! Was ist an der Ausweisung sowjetischer Jüdinnen und Juden, die in Deutschland bleiben wollten, antirassistisch?

Was ist an der Deportation von Roma und Sinti, im Rahmen des deutsch-rumänischen Abkommens antirassistisch?

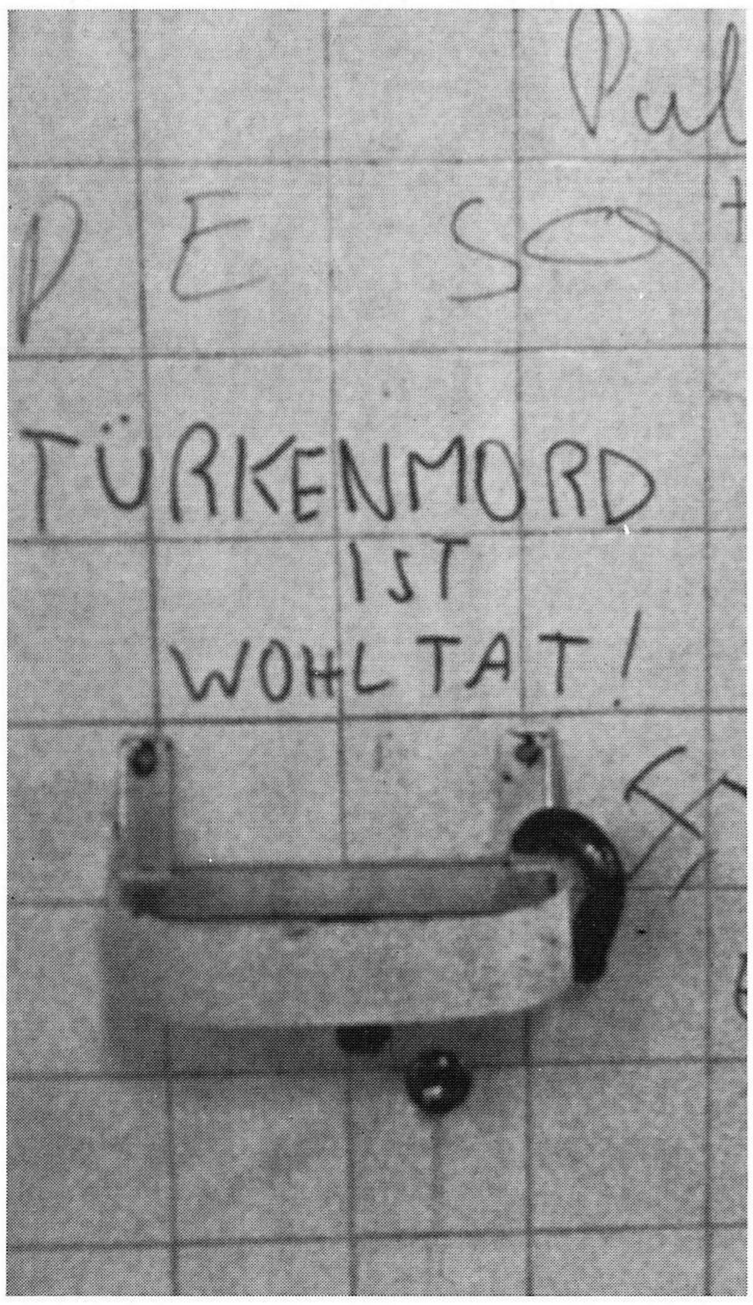


Photo: ,,... weil wir Türken sind'', Express-Redaktion.

Besetztes Haus, Weimar 1992 ***Photo: Thomas Kunz***

Was ist an der geplanten 25 % Sozialhilfekürzung für Flüchtlinge antirassistisch? Was ist, verdammt nochmal, an der Ausweisung von KurdInnen in die Türkei antirassistisch? Muß man heute wirklich Autonome/r sein, um den tödlichen Zusammenhang zwischen Abschiebung von KurdInnen und Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei und im Irak zu erkennen? Ist es wirklich so schwer zu begreifen, daß eine 25 % Sozialhilfekürzung für Flüchtlinge signalisiert, wieviel weniger wert Flüchtlinge sind? Muß man Militante/r sein, um den mörderischen Zusammenhang zwischen den Pogromen gegen 'Zigeuner' in Rostock z.B. und dem deutsch-rumänischen Abkommen zu erkennen?

Ganz sicher: Es ist ein Unterschied, ob 'Zigeuner' hier diskriminiert und verfolgt werden, oder ob das in Rumänien von der faschistischen Bewegung ,,Vatra Romaniasca'' z.B. erledigt wird. Es ist ein Unterschied, ob 'überflüssige Esser' hier totgeschlagen werden oder mittels Grundgesetzänderung erst gar nicht hierher kommen bzw. sofort wieder abgeschoben werden. Und es macht einen Unterschied, ob KurdInnen hier verfolgt werden, oder ob man das dem türkischen Regime, dem Bündnispartner überläßt.

Das eine schadet dem Ansehen Deutschlands, hemmt das Investitionsklima und beeinträchtigt die Wirtschaft, das andere dient ihr. Dieser kleine Unterschied trennt in der Tat völkischen vom wirtschaftlichen Rassismus. Der völkische Rassismus erkennt sich erst in der Vernichtung des 'anderen' selbst — dem institutionellen Rassismus genügt das Wissen, daß es passiert, daß es erledigt wird, je unspektakulärer und leiser, desto effektiver.

,,Wie schön hätte es sein können'' (taz v. 10.11.92) — der nationale Volkskörper hätte sich um seine Häupter scharen können, friedlich, vereint, versöhnt. ,,Alleine die Tatsache, daß diese Demonstration stattfinden konnte, wäre schon ein Erfolg gewesen'' (Erich Rathfelder, taz) — wenn es, wie gesagt, nicht die Autonomen gäbe, diese Fremdkörper, die alles vergiften... ,,Die Chance für ein breites Bündnis gegen Rechtsradikalismus ist vorerst vertan... Die Steinwürfe auf Weizsäcker und Kohl (...), die Pfiffe gegenüber anderen RednerInnen haben diese Hoffnung zerstört.'' (taz) Lassen wir uns einen wunderbaren Augenblick auf diese lächerliche Begründung ein: Stellen wir uns vor, die geballte Macht der Wirtschaft und der politischen Elite ließe sich tatsächlich mit ein paar 'Steinwürfen' und Pfiffen von irgendetwas abhalten. Das macht Hoffnung...

Was meint eigentlich die taz mit einem ,,breiten Bündnis gegen Rechtsradikalismus''?

Erinnert sich die taz dabei vielleicht an das Modell Mannheim-Schönau, wo der SPD-Ehrenbürgermeister Widder höchst persönlich seine lieben Schönauer BürgerInnen in Schutz nahm, die fünf Tage lang ungestört ein Flüchtlingsheim belagerten, während seine Polizei 'Stillschweigen' bewahrte und die überregionale 'freie' Presse durch Nachrichtensperre ihrem Namen alle Ehren machte. Eine SPD-geführte Stadtregierung, die eine antirassistische Demonstration in Mannheim zusammenknüppeln ließ und ihre 'Ausländerfreundlichkeit' mit einem generellen Demonstrationsverbot in Mannheim-Schönau krönte.

Meint die taz als möglichen Bündnispartner z.B. jene aus Wirtschaft und Politik, die die ,,Wunderwaffe'' der Nazis, den ersten Abschuß der V2 auf England würdig und ausgelassen feiern wollten?

▶ Politiker als Bündnispartner? ◀

Meint die taz als Bündnispartner vielleicht die große Koalition in Rostock, wo rassistische AngreiferInnen unter Schirmherrschaft der Polizei und begeisterter (An-)teilnahme der Bevölkerung ein Flüchtlingsheim in Brand steckten, während ein paar Wochen später dieselbe Polizei eine Gruppe von französischen Jüdinnen und Juden zusammenschlug, festnahm und auswies, weil sie versucht hat, eine Mahntafel am Rostocker Rathaus anzubringen? Oder meint die taz das rot-grüne Bündnis in Frankfurt, wo im Rahmen kommunaler Hygienemaßnahmen (BAVIS = Bahnhof als Visitenkarte) die Taunusanlage und alles drum herum von Menschen 'gereinigt' wird, die im Herzen dieser glitzernden, keimfreien Bankenmetropole nichts zu suchen haben? Weil sie weder das richtige Einkommen und Aussehen, noch die richtige Kleidung und Herkunft haben — geschweige denn die richtige Droge konsumieren. Eine Politik, die weiß, was den gesunden Volkskörper angreift und versteht, mithilfe extra dafür eingerichteter 'Bürgertelefone', das gesunde Volksempfinden aktiv einzubinden.

Wir wissen — nicht erst seit dem 9.11. in Berlin —, daß für die liberale Öffentlichkeit nicht das Zusammenwirken und Ineinandergreifen von völkischem und wirtschaftlichem Rassismus eine Provokation darstellt, sondern seine Kenntlichmachung.

Die Auswertung und Kommentierung der Berliner Ereignisse stellt nur die systematische Verlängerung einer 'kritischen' Berichterstattung dar, die von Hoyerswerda über Mannheim-Schönau bis nach Rostock reicht. Jede militante, autonome Intervention wird zur Beschreibung von 'Geisterarmeen' aus einer vergangen geglaubten Zeit — die die heute staatstragende Ex-Linke so vortrefflich entsorgt und umgerüstet hat. Nur Fremdheit — gepaart mit Feindschaft prägt ihre Kommentierung.

Wir stören nur noch, heizen unnötig auf, tragen zur Eskalation bei — kurzum, verhindern den nationalen Gesundungsprozeß, das Bemühen um die Wiederherstellung der Normalität. Wir tragen zur Häßlichkeit bei, wo sie doch um das bessere, von 'Grund auf zivilisierte' Deutschland ringen.

In diesem Sinne rufen wir dazu auf, den Bundestag anläßlich der Grundgesetz'änderung' zu blockieren. Es geht uns dabei um zweierlei:

1. Zum ersten Mal in der Geschichte des Nachkriegsdeutschland soll aus Pogromen, völkischer Gesinnung und wirtschaftlichem Rassismus ein 'Gesetz' werden. Die Einkesselung des Bundestages (wir bitten dabei um die Beachtung des Hamburger Urteils ...) könnte kaum deutlicher machen, wo der rassistische Konsens seine legale Mitte hat.

2. Es geht um die Entsorgung und Tilgung einer historischen Verpflichtung, die der BRD bisher nicht jede Option imperialistischer Politik gewährte. ■

FELIX SCHNEIDER

Die Würde des Menschen ist antastbar

Ein Kommentar

Zuerst hörten wir von nächtlichen Mordversuchen, die ihr Ziel insofern erreichten, als die Flüchtlinge aus Rostock abgezogen wurden. Dann lasen wir die Reportagen über die begeisterten Sympathisanten und ihre Kinder, die da äußerten: „Man hätte die Zigeuner ihre Scheiße auflecken lassen sollen, mit einer Stahlkette um die Füße." Oder: Das „beste Verfahren" im Umgang mit allen Ausländern „ist: Anpassen oder Erschießen". Zumindest in den Phantasien und in der Sprache scheint es also ungebrochene deutsche Kontinuitäten zu geben. Wenig später wurden in Rostock Juden verhaftet, die am Rathaus der Stadt eine Gedenktafel angebracht hatten, welche an das Schicksal der Zigeuner erinnern sollte. Die Gedenktafel ist unterdessen entfernt worden. Jüngst drohte ein Rostocker Stadtrat dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, mit der rhetorischen Frage, die Heimat eines jüdischen Deutschen sei doch Israel, oder?? Rostock ist nur ein Beispiel für die Situation Deutschlands im Herbst 1992. Der Stadtrat mußte zurücktreten. Wenigstens das. Über die Geschichte mit der Gedenktafel hat man in deutschen Zeitungen merkwürdig wenig gelesen. Ausführliche Berichterstattung und Reportagen fand ich nur in der „taz" und im „Freitag". Wir dokumentieren deshalb einen Bericht von Serge Klarsfeld, der zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn die Aktion organisiert hatte, und einen Kommentar des Journalisten Luc Rosenzweig. Beide fanden wir, immerhin, in „le monde".

Im Vorfeld der Aktion hatte die Vereinigung FFDJF (Söhne und Töchter der deportierten Juden Frankreichs) mit dem Rostocker Senat über eine Gedenktafel korrespondiert, aber eine Einigung über den Text und den Ort, an dem er anzubringen sei (die Klarsfelds wollten ein öffentliches Gebäude) war nicht zustande gekommen. Während der Aktion wurden 46 Teilnehmer festgenommen, drei von ihnen blieben mehrere Tage in Haft. Der Journalist Richard Szkloz besuchte zwei von ihnen im Gefängnis Neustrelitz. Aus seiner Reportage dokumentieren wir ebenfalls einen Auszug, samt dem Wortlaut der Tafel, die entfernt wurde, weil der Text nicht gefiel: Den ersten Satz wollte der Präsident der Bürgerschaft, Christoph Kleemann (Bündnis 90) streichen und durch die Worte „Wehret den Anfängen" ersetzen. Satz drei, der Hinweis auf die Vernichtung der Zigeuner in Auschwitz, sollte ersatzlos gestrichen werden, denn — so der Referent des Präsidenten, Holger Jahns — „Man kann doch Lichtenhagen und Auschwitz nicht gleichsetzen."

Nein, das kann man, das darf man nicht, und das tut der Text ja auch nicht. Er nimmt die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen zum Anlaß, sich zu erinnern. Und die Frage ist, was Erinnerung an die Vernichtung der Juden und Zigeuner heute bewirkt. Luc Rosenzweig spricht vom Keim einer Zuspitzung. Die Rostocker Parteien, auch das „Bündnis 90" bezeichneten den Protest der Juden als „provokativ", der Oberbürgermeister verhandelt um eine „entschärfte" Version des Textes. Unterdessen hat ein „Solidaritätskomitee" mit den inhaftierten (und inzwischen freigelassenen) Juden Fensterscheiben des Goethe-Instituts in Paris zerschlagen. Soweit subjektive Beobachtung und Meinungsumfragen reichen, sind in Deutschland die Menschen, die sich als Juden verstehen oder damit rechnen müssen, unter Umständen als Juden definiert zu werden, deutlich stärker beunruhigt als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Der Antisemitismus ist nicht Staatsideologie, die Pogrome gegen Ausländer wurden nicht vom Staat oder einer staatstragenden Partei organisiert. Es gibt sogar Gegenwehr, Gegenkräfte und Abscheu vor dem Ausländerhaß. Vermutlich ist auch der Teil der Bevölkerung, der die physische Gewalt gegen Flüchtlinge zwar ablehnt, dafür aber keinen politischen Ausdruck findet, grösser als man denkt. Die Politiker verurteilen die offene Brutalität gegen Flüchtlinge. Beim Antisemitismus ist es (im Unterschied zur Diskriminierung von Ausländern) sogar so, daß selbst verbale Äußerungen tabuisiert sind. Der Herbst 1992 ist also trotz Parallelen nicht der Herbst 1938.

Man kann das alles wissen und kann sich auch klar machen, was die Vernichtung der Juden und Zigeuner vom tradierten, der Vernichtung vorhergehenden Antisemitismus und Rassismus unterscheidet. Trotzdem kann sich niemand dem objektiven Zusammenhang entziehen, daß Antisemitismus und Rassismus eben nach der Vernichtung nicht mehr dasselbe sind wie vorher. Post crimen ist die Welt nicht mehr dieselbe. Vor der Judenvernichtung konnten viele Juden mit dem Antisemitismus leben und Kompromisse schließen, insbesondere assimilationswillige Juden im westlichen Europa. Sie konnten resignieren, dulden, ertragen, ausweichen. Wer den oder jenen Posten nicht bekam, begnügte sich mit einem anderen. Wer beschimpft wurde, mied die Antisemiten. Wer ein Pogrom überlebte, zog vielleicht in eine andere Gegend und hoffte, kein zweites erleben zu müssen, wer von einem hörte, konnte sagen: dort, aber nicht hier. Oder sogar: Das trifft nur die anderen, die Ostjuden z.B. Diese Kompromisse beruhten auf der zumeist unbewußten Überzeugung, daß gewisse Grenzen nicht überschritten würden. Genau diese Überzeugung und damit die Kompromisse sind nach der Vernichtung unmöglich geworden. Seither weiß man, daß alles möglich ist. Noch der nebensächlichste und kleinste antisemitische Akt hat eine Tiefendimension des Grauens bekommen. Und man weiß auch seither, daß die Decke, die uns vom Weg in den Abgrund trennt, dünn ist. Denn die Vernichtung der Juden und Zigeuner war eben nicht der Einbruch einer Barbarei von außen, sondern die Umstellung einer modernen Gesellschaft auf ein absolut böses Ziel. Und es bedurfte eben keiner großen Verän-

Textwortlaut der Tafel, die in Rostock nicht angebracht werden durfte:

In dieser Stadt gingen Menschen in August 1992 erneut mit rassistischen Gewalttaten und Brandstiftungen gegen unschuldige Familien, Kinder, Frauen und Männer vor. Wir erinnern an die Millionen Kinder, Frauen und Männer, die — weil als Juden oder Sinti oder Roma geboren — dem nationalsozialistischen Völkermord zum Opfer fielen. In einer einzigen Nacht unvergeßlichen Grauens wurden am 2. August 1944 die 3000 noch lebenden Menschen im ,,Zigeunerlager'' von Auschwitz-Birkenau durch Gas ermordet. Diese Erfahrungen und historische Verpflichtungen für das deutsche Volk müssen wachgehalten werden, um zu verhindern, daß sich die Gewalt und Menschenverachtung jemals wiederholen.

derungen, um die Gesellschaft auf das Ziel der Vernichtung hinarbeiten zu lassen. Im Wesentlichen waren es die bestehenden gesellschaftlichen Institutionen und die in ihnen tätigen Menschen, die, jeden Tag, die Arbeit der Vernichtung neben ihrer sonstigen Arbeit miterledigten.

Die Eltern des Grundgesetzes haben das gespürt, als sie die Garantie der Menschenrechte und des Rechtsweges jedem gesetzgeberischen Zugriff entzogen. Sie wollten die dünne Decke sichern, die uns von der abschüssigen Bahn trennt. Was Angst macht, sind nicht so sehr die Folgen der in Angriff genommenen Gesetzesänderungen für die Flüchtlinge. Deren Lage ist schon heute so furchtbar, daß man realistischerweise so zynisch sein muß zu sagen: Was auch immer an deutschen Gesetzen geändert wird, es ändert am Flüchtlingsproblem kaum etwas. Angst macht die Tatsache, daß aus tages- und parteipolitischen Gründen der Gedanke aufgekommen ist, genau an den beiden Punkten Menschenrechte und Rechtswegegarantie herumzumanipulieren. Wer sich erinnert, muß Angst kriegen, unabhängig davon, welche Position er im aktuellen Asylstreit vertritt — Unterschiede gibt es nur in der Verdrängung oder im Zulassen der Angst, die eine der Ursachen dafür ist, daß die Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik zunehmend hysterische Züge trägt. ■

Photo: El Pais

LUC ROSENZWEIG

Grober Klotz und gröberer Keil

Das Ziel, das Serge und Beate Klarsfeld erreichen wollen, verdient ohne jede Einschränkung Respekt: den nach Deutschland geflüchteten und von Ausweisung bedrohten Zigeunern die Unterstützung jüdischer Franzosen, die sich an die Zeit erinnern, als die Nazis für beide Völker das gleiche Schicksal bestimmt hatten, zu geben.

Die Gefahr, daß tausende Zigeuner, die in den letzten Monaten aus Ländern wie Rumänien und Jugoslawien nach Deutschland geströmt sind, im Zeichen einer von der Bundesregierung verfolgten Politik der drastischen Beschneidung des Asylrechts in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden, ist durchaus real. Nicht weniger real ist für dieses nomadische Minderheitsvolk die Gefahr, die ihm in seinen Herkunftsländern von Kräften drohen, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus durch das wiedererwachende nationalistische Fieber freigesetzt worden sind.

Das zwischen Bonn und Bukarest im September geschlossene Abkommen, das die Zurückführung sich illegal in Deutschland aufhaltender rumänischer Bürger vorsieht, läßt Schlimmes befürchten: Die Vorstellung zugeschweißter Züge, in denen Zigeuner dorthin zurückgeführt werden, wo sie hergekommen sind und ihnen neue Verfolgungen bevorstehen, erschreckt zu Recht.

Aber mußte man sich dazu hinter französischen und israelischen Fahnen auf den Weg machen, um der Stadt Rostock, deren aus Sozialdemokraten und Grünen bestehende politische Führung seit den dortigen fremdenfeindlichen Ausschreitungen im August eher Verständnis für die Asylsuchenden gezeigt hat, eine Lektion zu erteilen?

Daß zu diesem Zweck die französische jüdische Organisation Betar, eine äußerst rechts, dem Likud nahestehende Bewegung mit einem Hang zur Gewalttätigkeit, mobilisiert wurde, war sicher keine Gewähr für eine würdige Demonstration.

Auf den groben Klotz wurde dann der noch gröbere Keil gesetzt. Die Rostocker Polizei und Justiz bewiesen ungleich mehr Eifer, die jüdischen Demonstranten aufzubringen, zu verklagen und einzusperren, als wirksam gegen die in den letzten Monaten wiederholten Übergriffe auf Ausländer vorzugehen.

Die Inhaftierung dreier jüdischer Demonstranten im Rostocker Hafen birgt in sich den Keim einer Zuspitzung, bei der das primäre Ziel von Serge und Beate Klarsfeld, die Solidarität mit den Zigeunern nämlich, in den Hintergrund zu rücken droht. ■

(Le Monde, 23. Oktober 1992)

SERGE KLARSFELD

Was ich in Rostock sah

Ich bin gerade aus Rostock zurück, wo ich gemeinsam mit einer Gruppe von Juden gegen die Pläne protestiert habe, Zigeuner aus Deutschland auszuweisen. Ich sah dort eine Roma-Delegation, die auf unseren Bus wartete, um uns willkommen zu heißen und die Gedenktafel in Empfang zu nehmen, die wir als Mahnung an den Leidensweg der Zigeuner und als Aufforderung an Deutschland, den Brutalitäten gegen Ausländer ein Ende zu setzen, entworfen hatten. Die Delegation sollte diese Tafel an der Stirnseite des Rathauses anbringen.

Ich sah dort Wimpel der beteiligten Organisationen FFDJF (Söhne und Töchter der deportierten Juden Frankreichs) und Betar, überwiegend aber sah ich Spruchbänder mit Losungen wie *„Die Juden sind solidarisch mit den Zigeunern“, „Gestern vergast! Heute deportiert?“, „Nein zu dem deutsch-rumänischen Abkommen“* im ersten Geschoß des Rathauses, am Fenster des CDU-Büros, das von unseren Jugendlichen höflich besetzt worden war, und ich sah Tricolore- und Davidsternfahnen über einer Straße wehen. Es war die erste jüdische Versammlung in Rostock seit der Kristallnacht vom 9. November 1938, allerdings nicht versammelt von der Polizei, um in die Lager abgeführt zu werden, sondern selbstgewollt versammelt, um ohne Komplexe den Deutschen zu zeigen, welchen Weg sie nicht einschlagen sollten, um ihre Füße wieder in die Abdrücke der Nazistiefel zu setzen.

Ich sah in Rostock, wie sich die Polizei mit Gewalt vier Jugendliche griff und in Autos abführte, und ich sah andere Juden — unter ihnen ich selbst — sich auf diese Autos stürzen, einem Dutzend Polizisten trotzen, die sich rasend ihrer Knüppel bedienten. Wir befreiten unsere Freunde, was die Polizisten derart in Panik brachte, daß sie nervös versuchten, ihre Revolver aus der Halterung zu ziehen. Nachdem wieder Ruhe eingekehrt war, sah ich in Rostock Dutzende von Polizeifahrzeugen unseren Bus umzingeln und Hunderte wie Gladiatoren ausstaffierte Polizisten uns dingfest machen, als hätten sie es mit den rechtsextremistischen Verbrechern zu tun, gegen die vorzugehen, wenn sie die Asylantenheime angreifen, dieselben Polizisten allerdings unterlassen.

Ich sah in einem Rostocker Gymnasium die Parodie eines noch ganz vom Nationalkommunismus durchdrungenen Gerichtsverfahrens, ein Heer von Polizisten die Schikanen vervielfachen, in durch und durch gesetzwidriger Manier Personalien feststellen, drei aus der Fassung geratene Staatsanwälte sich unentwegt gegenseitig widersprechen und ein Strafgesetzbuch konsultieren, für das ihnen das Verständnis noch nicht aufgegangen war. Nur der Intervention des französischen Konsuls in Hamburg ist es zu verdanken, daß die Lage bereinigt wurde und alte, kränkelnde Leute eine eiskalte Sporthalle verlassen konnten, die wieder einmal Juden in ungeklärter Rechtslage zugewiesen worden war.

Den ersten Schritt zur Verhinderung der Ausweisung von Roma aus Deutschland haben in Rostock, den 19. November, eine Handvoll Juden im Alter zwischen siebzehn und siebenundsechzig Jahren getan. ■

(Le Monde, 24. Oktober 1992)

Im Gefängnis von Neustrelitz

Bevor wir in die Besucherzelle geführt werden, bittet uns der Gefängnisleiter, den Gefangenen zuzureden, in Zukunft beim Hofgang nicht die Yamaka, das jüdische Käppi, auf dem Kopf zu tragen. Wir möchten sein Anliegen nicht mißverstehen, nein, er respektiere die religiösen Gewohnheiten der Gefangenen, aber in diesem Gefängnis säßen auch siebzehn Neonazis. Selbstverständlich würden die jüdischen Franzosen von den rechtsgerichteten Gefangenen getrennt zum Hofgang gebracht, zusammen mit anderen gefangenen Ausländern. Für die psychische Unversehrtheit der beiden Juden sei gesorgt, aber vor beleidigenden Zurufen aus den über dem Hof liegenden Zellen könne er die beiden nicht schützen. Das täte ihm wirklich leid. Nein, nein, der Rabbiner solle es nicht mißverstehen, natürlich könnten die beiden ihr Käppi tragen, wenn sie es wünschten. Auch im Hof.

Nachts gibt es böse Zurufe, sagt Armand. Die stoische Gelassenheit, mit der er darüber berichtet, mag von dem Umstand begünstigt sein, daß er kaum ein Wort Deutsch versteht. Auch David kann nur am Tonfall der Stimmen erahnen, daß das, was nachts aus den Nachbarzellen zu ihm rüberkommt, nichts Freundliches bedeuten kann. Gott hat beide mit dem Fehlen von Deutschkenntnissen gesegnet.

(Aus der Reportage von Richard Szklorz im ‚freitag‘, 30.10.92)

DISS:
SchlagZeilen
Rostock: Rassismus in den Medien
Wie die Berichterstattung über den Pogrom von Rostock die Opfer zu Tätern machte.
Redaktion: Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn und Joachim Pfennig.
104 Seiten, DIN-A4, 16,- DM.

Rudolf Leiprecht (Hg.):
Unter Anderen
Rassismus und Jugendarbeit
Mit Beiträgen von:
Robert Miles, Helma Lutz, Dimitra Kongidou, Georgios Tsiakalos, Phil Cohen, Rudolf Leiprecht, Annita Kalpaka, Meral Akkent, Jürgen Kimmich und Uli Schubert.
220 Seiten, 19,80 DM.

Siegfried Jäger:
BrandSätze
Rassismus im Alltag
Analyse rassistisch motivierter Haltungen und Handlungen in alltäglichen Gesprächen.
310 Seiten, 28,- DM.

Siegfried Jäger (Hg.):
Alltäglicher Rassismus
22 Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern aus Deutschland
Materialband zum Buch BrandSätze.
260 Seiten DIN-A4, 38,- DM.

Foitzik, Leiprecht, Marvakis (Hg.):
Ein Herrenvolk von Untertanen
Rassismus - Nationalismus - Sexismus
Mit Beiträgen von: Georgios Tsiakalos, Helma Lutz, Birgit Rommelspacher, Walter Moßmann, Farideh Akashe-Böhme, Martha Mamozai, Gottfried Mergner, Klaus F. Geiger und der Unterstützerinnengruppe "Bleiberecht für Roma" (Tübingen).
202 Seiten, 18,- DM.

Vokmar Wölk:
Natur und Mythos
Ökologiekonzeptionen der "Neuen" Rechten im Spannungsfeld zwischen Blut und Boden und New Age
77 Seiten, 8,- DM.
Bitte Gesamtverzeichnis anfordern.

DISS
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
DISS
Realschulstr. 51
DW-4100 Duisburg 1
☎ 0203-20249

UWE FAHR

Demokratie und Rassismus

Zum Frankfurter Kongreß

„Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit"

„Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit" war der Titel eines Kongresses, den die hessische Landeszentrale für politische Bildung, das Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt und die Herausgeber der „KulturAnalysen" (das theoretische Organ der tiefenhermeneutischen Schule Alfred Lorenzers) vom 23.-25. Oktober in FFM veranstalteten. Die Initiatoren gingen von der Annahme aus, daß das Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen nicht nur politische und ökonomische Dimensionen hat, sondern auch die Einzelnen vor die Aufgabe stellt, die Erfahrung des Fremden psychisch zu bewältigen. An drei Tagen gingen die Referenten der Ideologie des Nationalstaates und des Konservativismus, der Erfahrung der Ausgrenzung, den psychischen Reaktionen auf die Erfahrung des Fremden, den Ursachen jugendlichen Rechtsextremismus und den politischen Folgerungen, die sich daraus ergeben, nach.

Die Tatsache, daß diese Veranstaltung sowohl von staatlichen und kommunalen Institutionen wie auch von den „KulturAnalysen" getragen wurde, ließ zunächst offen, ob die „KulturAnalysen" an eine politische Intervention dachten oder an die Unterstützung eines Teils der etablierten, wenngleich realogrünen Macht. Die Tiefenhermeneutiker (B. Görlich, Ulrike Prokop) übernahmen die Leitung des Kongresses, verzichteten aber auf einen eigenen Beitrag — wäre er nun wissenschaftlich oder politisch gewesen. Das erstaunt deshalb, weil diese Schule sich als politische Psychoanalyse versteht. Lorenzers Werk gilt der Vermittlung von historisch-materialistischer Gesellschaftstheorie und Psychoanalyse von Marx und Freud. Wie fiel demnach die politische Stellungnahme der Tiefenhermeneutiker aus? War von einer radikalen, an Marx orientierten Gesellschaftskritik etwas zu spüren? Die Antwort läßt sich nur indirekt geben: sie schwiegen oder zollten Daniel Cohn-Bendit Beifall. Dieser ist zur Zeit unterwegs, um Werbung für ein Einwanderungsgesetz zu machen. Die „Systemfrage" (Cohn-Bendit), d.h. die Frage nach dem Zusammenhang von Klassenstruktur, politischer Auseinandersetzung um die soziale Struktur der expandierten BRD und Rassismus, stellt Cohn-Bendit nach eigenem Bekunden nicht. Für ihn ist klar, daß die Frage nach dem cui bono eines Einwanderungsgesetzes mit „den Flüchtlingen" zu beantworten sei.

Signalisierten die Tiefenhermeneutiker derart den Abschied von radikaler Gesellschaftskritik, zeigten sich manche Referenten von Anbeginn an als Apologeten des Bestehenden. So erkannte beispielsweise Konrad Schacht von der Landeszentrale für politische Bildung in der „Individualisierung" die Ursache des Rechtsradikalismus in Deutschland. Für ihn ist der Erfolg der Republikaner ein Zeichen davon, daß die Individualisierung, die bei den Mittelschichten ein progressives Gesicht gezeigt hatte — die Grünen! —, nun auch zu der Unterschicht gekommen sei und dort ihr häßliches Gesicht zeige. Die Republikaner werden, so Schacht, von der Gruppe derjenigen unterstützt, die die Modernisierung negativ getroffen habe. Diese versuchten der Orientierungslosigkeit zu entgehen und fixierten sich zunehmend ideologisch rechts. Die Verschärfung komme so im unteren Drittel der Wohlstandsgesellschaft zustande. Es sei der staatliche Sicherheitsappart und die geschärfte Wahrnehmung der Parteien auf die Bedürfnisse der Unterschicht, die die Gegenmittel darstellen. Schacht schwor die Kongreßteilnehmer als Mittelstandsangehörige zu einer ausländerfreundlichen Gruppe zusammen, die sich klar abgrenzt von der Unterschicht. Diesen bekommt die Individualisierung nicht und sie entdecken nicht — was ein Wunder! — wie der Mittelstand die postmaterialistischen Werte, sondern die materialistischen. Wohlstandschauvinismus ist für ihn ein Charakteristikum der Modernisierungsverlierer. Diejenigen, die durch den Strukturwandel des Kapitalismus am meisten verloren haben (sollten sie es denn je besessen haben) werden denunziert. Sie, die anderen, die Armen sind das Problem. Aber wohlgemerkt: problematisch ist ihr Rassismus, nicht die Armut. Und genausowenig problematisch ist für ihn der naturwüchsig erscheinende Modernisierungsprozeß und seine Gewaltförmigkeit. Die Kategorie der „Individualisierung" ist selbst schon eine Verharmlosung des von Marx zuerst beschriebenen Prozesses der Durchsetzung des Weltmarktes und der „ur-

sprünglichen Akkumulation“ (der doppelten Freisetzung der Menschen aus traditionalen Lebens- und Produktionszusammenhängen) — jenes Prozesses, der Lebensformen ohne Rücksicht auf ihren Wert zerstört und dessen Gewalt die Menschen der zweiten und dritten Welt zu Flüchtlingen in der ersten macht. Ganz tabuisiert wurde die Rolle der Eliten. Untersucht werden stets die politischen Orientierungen der Unterschicht, niemals die der Privilegierten. Wie der Wissenschaftsgestus solcher Forscher herrschaftssichernd ist, so sind ihre politischen Lösungsvorschläge autoritär. Sie zielen auf den autoritären Staat und nicht auf Demokratisierung, (inter)nationale Umverteilung des Reichtums von oben nach unten und soziale Gerechtigkeit. Viele Wissenschaftler, Intellektuelle und Politiker wie Hauke Brunkhorst, K. Schacht, D. Cohn-Bendit u.a. scheinen sich immer mehr darin einig zu sein, daß die parlamentarische Demokratie das non plus ultra demokratischen Zusammenlebens ist. Die Verfaßtheit einer Gesellschaft durch Rechtsnormen wird pauschal mit dem autoritären Rechtsstaat identifiziert. Ausgeblendet sind die Einsichten in die Funktionsweise autoritärer Demokratien: daß sie ihrer Verfassungspraxis nach eine konstitutionelle Oligarchie ist, die eine kapitalistisch produzierende, bürgerlich bestimmte Gesellschaft zusammenhält und ökonomischen, politischen und kulturellen Eliten die Herrschaft sichert. Hier gewinnt die Asyldiskussion ihren Ort. Diese Diskussion dient, was immer ihre möglichen rationalen Motive sein möchten, der Stabilisierung von Machtverhältnissen. Die ökonomische und politische Gestaltung findet ohne die Massen statt.

Kongresse, die den Ursachen des Rechtsextremismus nachgehen und sich gleichzeitig beim Bestehenden bescheiden, werden auch in der Zukunft nicht in der Lage sein, politisch angemessen auf eine Situation zu reagieren, die der Kritik der Politik ebenso bedarf wie der Kritik der politischen Ökonomie. Dienen solche Kongresse jedoch dazu, Ressentiments der Mittelklasse zu stärken, sind sie nicht mehr nur noch wirkungslos, sondern gefährlich. ■

OTTO DIEDERICHS

Ein Scheingefecht:

Die Bundesregierung im Kampf gegen Rechts

„... Die DDR, mein Vaterland, ist sauber immerhin. Die Wiederkehr der Nazi-Zeit ist absolut nicht drin. So kräftig haben wir geschrubbt mit Stalins hartem Besen, daß rotverschrammt der Hintern ist — der vorher braun gewesen“, sang Wolf Biermann zu Beginn der 70er Jahre. Heute wissen wir, daß er irrte. Während Rechtsradikalismus und Neo-Nazismus in der Bundesrepublik stets latent sichtbar war, ist er durch den in der ehemaligen DDR staatlich verordneten Antifaschismus lediglich unterdrückt worden. Daß dies im Ergebnis zu einer 40jährigen Konservierung geführt hat, wird nun auf schreckliche Weise sichtbar. Solchermaßen ermutigt, erstarkt die extreme Rechte nach der deutschen Vereinigung nun im gesamten Bundesgebiet zusehends.

Die Bundesregierung, normalerweise schnell mit Gesetzesänderungen u.ä. zur Hand wenn es gilt gegen Proteste, die gegen ihre Politik oder von ihr vertretene Interessen gerichtet sind, vorzugehen, verhielt sich anfangs ähnlich wie die berühmten weisen Affen: Nichts sehen — nichts hören — und vor allem nichts tun.

Erst nach den tagelangen Ausschreitungen eines jugendlichen Mobs (angefeuert von Eltern und Nachbarn) gegen zumeist rumänische Asylbewerber und der Brandstiftung in der ‘Zentralen Aufnahmestelle (ZAST)‘ in Rostock-Lichtenhagen sah sich die Bundesregierung zum Handeln gezwungen. Ein etwas genauerer Blick auf die zögernd und widerwillig angelaufene Diskussion um die Bekämpfung des neuen Rechtsradikalismus lohnt.

▶ Demonstrationsrecht ◀

Da ist zunächst die Forderung von Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU), den Tatbestand des Landfriedensbruches neu zu fassen: „Wer sich einer gewalttätigen Zusammenrottung anschließt und auf Aufforderung nicht auseinandergeht, trägt die Verantwortung für all das mit, was aus der Gruppe heraus geschieht, auch wenn er nicht selbst aktiv wurde“. Des weiteren seien erweiterte Möglichkeiten zeitlich befristeter und räumlich begrenzter Demonstrationsverbote zu prüfen, „um gewalttätige Angriffe auf Leib und Leben von Personen in Angriffsobjekten zu verhindern“. Auch an erweiterte Möglichkeiten der Sicherungshaft sei zu denken. Im wesentlichen handelt es sich um nichts weiter als den Abbau des ohnehin nie geliebten liberalisierten Landfriedensbruchparagraphen, § 125, und einer Rückkehr zum Demonstrationsstrafrecht vor 1970. Dieses ‘alte Demo-Recht‘ hat in der Vergangenheit längst bewiesen, daß es nicht geeignet ist, Friedhofsruhe zu gewährleisten, sondern eher zu ausufernder Kriminalisierung beiträgt. Wichtiger ist in diesem Zusammenhang, daß selbst ein im CDU/CSU-Sinne reformierter § 125 im Falle der momentanen ausländerfeindlichen Ausschreitungen kaum oder garnicht greifen kann! Daß ein nächtlicher, mit Steinen und Molotow-Cocktails ausgeführter Angriff auf Unterkunft und Leben von Menschen künftig ordnungsbehördlich angemeldet wird und somit von einem evtl. Verbot erfaßt würde, ist kaum zu erwarten. Ähnliches gilt für eine in diesem Zusammenhang diskutierte Sicherungshaft nach bayerischem Vorbild.

▶ Sondereinheiten und Gummigeschosse ◀

Die Polizei könne, so der Innenminister und Gleichgesinnte, bei der Vielzahl möglicher Angriffsziele nicht überall hinreichend präsent sein. Aus diesem Grunde seien neue polizeiliche Sondereinheiten in der Nähe von Brennpunkten zu stationieren. Richtig ist der Ausgangspunkt dieser Argumentation. Hier wären jedoch Konzepte zu erarbeiten, die — etwa über Direktleitungen zwischen Polizei und Asylbewerberheim — im Ernstfall schnelle Alarmierungen ermöglichen. Desweiteren wäre eine regelmäßige

Bestreifung im Rahmen von Objektschutzmaßnahmen etc. durchzuführen. Solange ein Großteil von Heimen nicht einmal über ein Telefon verfügt, kann von ernsthaften Schutzbemühungen kaum die Rede sein.

Eine Scheindebatte hingegen ist die Diskussion um die Aufstellung von Sondereinheiten. Solche Einheiten bestehen mit dem Bundesgrenzschutz (BGS) und den Bereitschaftspolizeien (Bepo) der Länder bereits seit den 50er Jahren. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die eine oder andere Verlegung des BGS an die „Brennpunkte" sinnvoll und möglich sei, nach welchen Kriterien werden die stets wechselnden Ziele rassistischer Angriffe zu „Brennpunkten" erklärt?

Die vom CSU-hardliner Wolfgang Bötsch in die Diskussion geworfene Anregung des Einsatzes von Gummigeschossen würde allein die Zahl von Schwer- und Schwerstverletzten bei einem Polizeieinsatz erheblich steigern. Zu einer Befriedung indes haben (Hart)Gummigeschosse bislang noch in keinem Falle beigetragen, wie Beispiele aus der Schweiz, Nordirland, Israel usw. blutig belegen. Es ist bezeichnend für den (Un)Geist dieser Forderung, daß sie ausgerechnet nach der Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit in Berlin am 8.11.92 erhoben wurde: Nicht ein in Tötungsabsicht vorgetragener Angriff gegen AusländerInnen war der Auslöser, sondern einige Eier- und Tomatenwürfe auf Bundeskanzler und -präsident.

▶ Verfassungsschutz und Organisationsverbote ◀

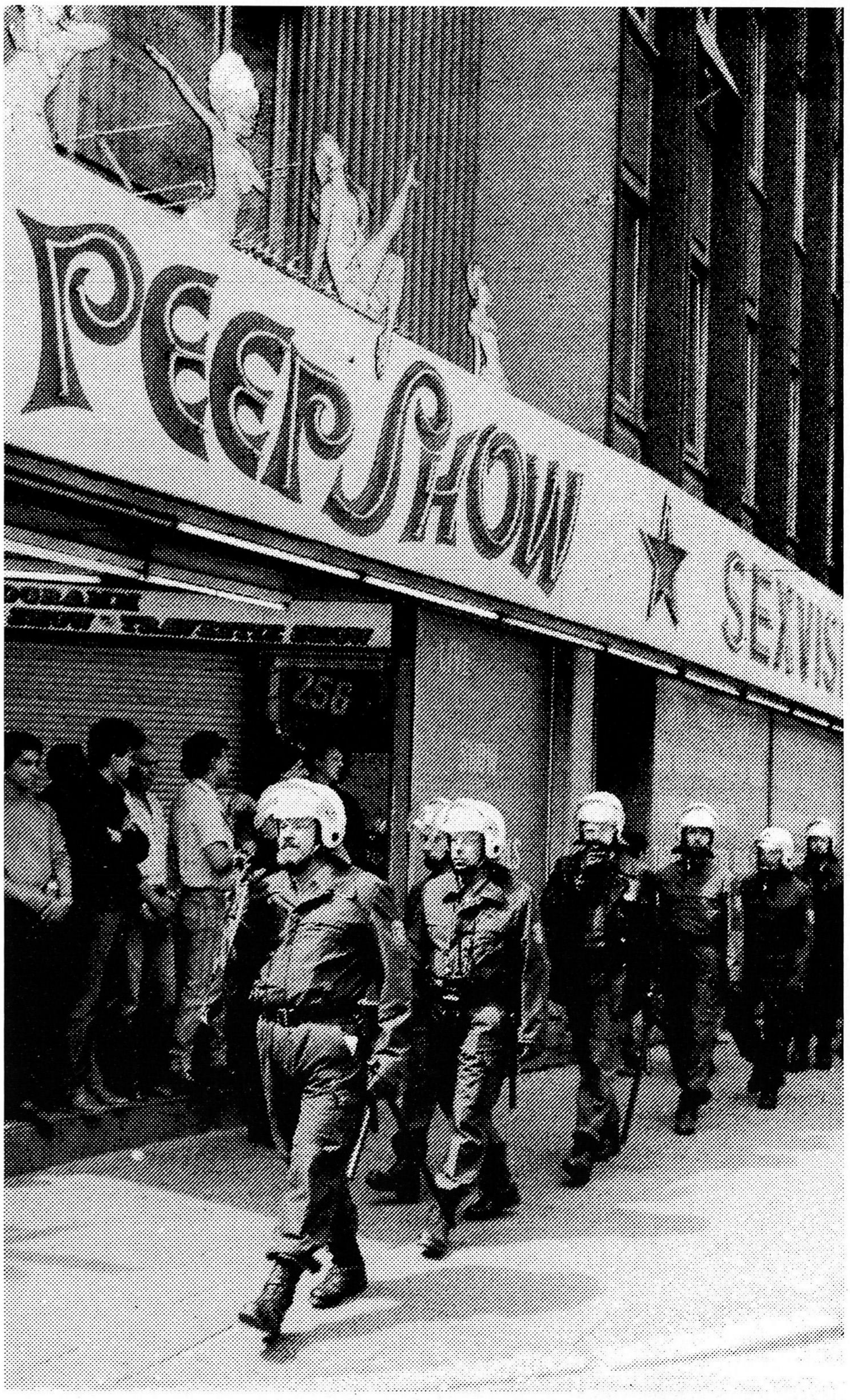
Man habe zuwenige Informationen über die rechtsradikalen TäterInnen und ihre Strukturen, ist ein häufig zu hörendes Argument der verantwortlichen Politiker. Daher müsse man sie überwachen, registrieren und speichern — und gegebenenfalls verbieten.

Für die fehlenden Informationen über Strukturen, Ziele etc. soll wieder einmal der Verfassungsschutz sorgen. Nach der letzten Ministerkonferenz am 20.11.92 verkündete Seiters, das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) nun nicht weiter (zögerlich) abzubauen, sondern angesichts der neuen Bedrohung zur verstärkten Beobachtung des Rechtsradikalismus/-extremismus kräftig aufzustocken. Hatten noch im Herbst 1991 in seltener parteienübergreifender Eintracht CSU, SPD und FDP die nahezu vollständige Auflösung des Verfassungsschutzes (VfS) verlangt, da man die Beamten „besser in den Verwaltungen der neuen Länder gebrauchen" könne, so scheint nun der Fortbestand gesichert. Sinnvolle Beiträge zur Eindämmung der gegenwärtigen Exzesse hingegen sind von dieser Seite kaum zu erwarten.

Bleiben schlußendlich die dem VfS übertragenen Prüfungen hinsichtlich möglicher Parteien- und Organisationsverbote. Selbst wenn ein derartiges Verbot im Einzelfall sinnvoll und verfassungsrechtlich geboten sein sollte, eine Lösung ist hiervon nicht zu erwarten — zumindest dies sollten die 40 Jahre verordneter Antifaschismus in der Ex-DDR lehren.

Rechtsradikalismus ist ein gesellschaftspolitisches und kein primär polizeiliches Problem. Gleichwohl haben Polizei und Justiz (die hier unberücksichtigt bleiben mußte) die Aufgabe, gewalttätige Ausschreitungen nach Möglichkeit zu verhindern, zumindest jedoch zu bekämpfen und zu ahnden. Hierfür reichen die vorhandenen Mittel aus; sie müssen nur angewandt werden. Dazu jedoch muß auch der Wille vorhanden sein. In den letzten 2 Jahren sind durch rechtsgerichtete Anschläge 21 Menschen zu Tode gekommen (Stand 23.11.92) — mehr als nach rund 20 Jahren „bewaffnetem Kampf" auf das Konto der RAF gehen. Solange Politiker sich nach rechtsradikalen Anschlägen jedoch lediglich „erschüttert" zeigen, um im gleichen Atemzug über die Notwendigkeit einer Änderung des Asylrechts zu schwadronieren, ist Besserung nicht in Sicht. Im Gegenteil, die TäterInnen müssen sich in ihrem Tun bestätigt fühlen. ■

Otto Diederichs ist Redakteur des Informationsdienstes Bürgerrechte & Polizei/CILIP in Berlin.



DIETER SCHIMANG

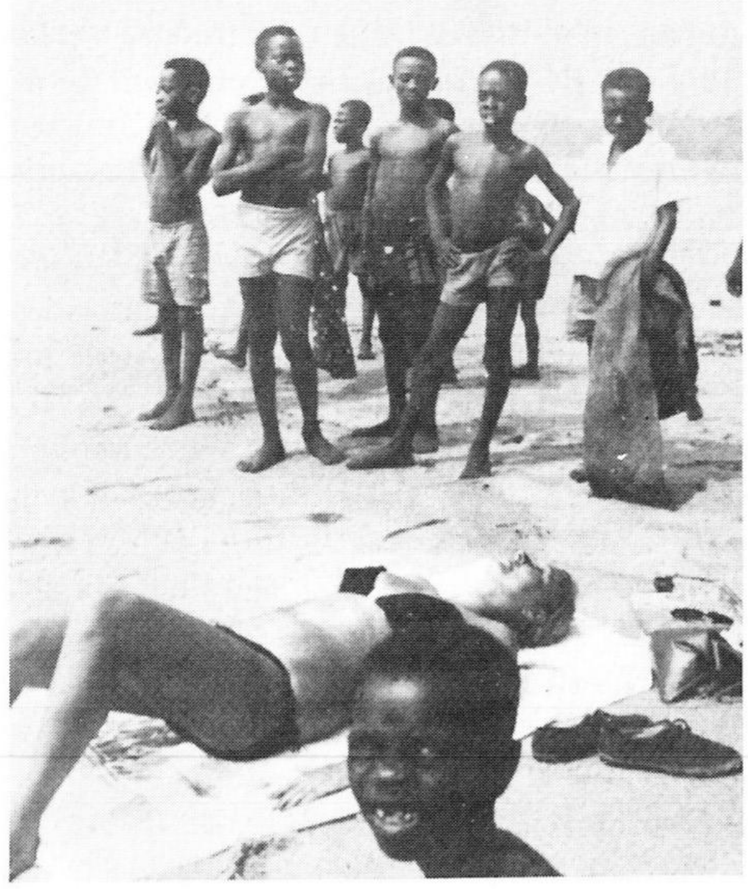
Nicht rassistisch zu sein, erscheint als das Wunder ...

„Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein" lautet der Titel eines Büchleins von Annita Kalpaka und Nora Räthzel. Das scheint mir in der Tat sehr schwierig zu sein, wenn wir Entstehung, Selbstverständnis und Verfaßtheit unserer Gesellschaft, der bürgerlich-westlichen, unter dieser Fragestellung betrachten. Wenn ich im folgenden den Terminus der „bürgerlichen Gesellschaft" verwende, so erscheinen mir von den vielen möglichen Kriterien des Bürgerlichen vor allem das Credo von der Freiheit und der Gleichheit des Individuums als maßgeblich. Angesichts unseres historisch-ideologischen Erbes einerseits und der gesellschaftlichen Grundstruktur andererseits ist es unter den Bedingungen einer gesellschaftlichen Krise tatsächlich schwierig, *nicht* rassistisch zu sein.

Zunächst die historische Perspektive. Bei der sogenannten „Entkolonialisierung" in den 60er Jahren — die ihren Namen bekanntlich nur auf der sehr oberflächlichen Ebene der Errichtung *formal* unabhängiger Staatsgebilde verdient — ist eine Komponente der Kolonialisierung „übersehen" worden, ohne die sie selbst gar nicht denkbar gewesen wäre — hat doch die Eroberung der Welt durch Europa nicht nur auf rein territorialer bzw. ökonomischer Ebene stattgefunden. Sie hat auch in den Köpfen stattgefunden — und das in mehrfacher Hinsicht.

Die Eroberung der Welt durch das frühbürgerliche und bürgerliche Europa, deren bedeutsamstes historisches Einzelereignis in diesen Tagen gefeiert wurde, war zugleich ein Vorgang, den ich als die Europäisierung des Globus oder die Globalisierung Europas bezeichnen möchte. So, wie Europa sich die Welt einverleibte, teilte es sich ihr mit, formte sie nach ihrem Bilde, machte sie *zu ihrem Bezugsrahmen*, wie es sich der Welt als zentralen Bezugspunkt setzte. Dieser historische Vorgang fand auf mehreren Ebenen statt:

- buchstäblich auf dem Gebiet von Welt-*Anschauung* und Ideologie. Die europäische Praxis und Planung basierte auf der Setzung, daß dieser Globus „unser" Aktionsfeld ist, „unsere" Welt ist (v.a. durch Wissenschaft, bes. Positivismus).
- Diese Setzung konkretisierte sich in erster Linie auf rechtlichem Gebiet: Erster und sinnfälligster Ausdruck des neuen Weltverständnisses war der Vertrag von Tordesillas. 1494, nur zwei Jahre nach der Entdeckung der „Neuen Welt", hatte hier ein päpstlicher Legat den Streit Spaniens mit Portugal um die Frage, wem denn nun was auf diesem Globus gehöre, in der Weise geschlichtet, daß er zwei Linien quer über die Weltkarte zog und damit *die Welt* aufteilte, sie in zwei Teile auf- und diese je an Spanien und Portugal verteilte: Aufteilen, verteilen kann ich legitimerweise nur das, was mir gehört.
- Tordesillas war nur der Anfang — aber ebenso symptomatisch wie signifikant. Denn er ist der Ausdruck der Tatsache, daß die Gleichsetzung von Europa und Globus eine *Usurpation* darstellt, einen Raub fremder Rechte und Legitimität: Daß da bereits jemand lebte, möglicherweise gar Rechte, *Besitz*-Rechte hatte, das tauchte auch nur als Gedanke relevant gar nicht mehr auf.



Europa war die Legitimität. Daß es auch außerhalb, nicht nur innerhalb der europäisch-imperialistischen Konkurrenz Recht und Legitimität geben könne, spielte in relevanter Weise keine Rolle.

- Konkreter noch zeigte sich diese Setzung auf ideologisch-symbolischer Ebene. Wie sehr die Welt als herrenlos, als dem ungehinderten europäischen Zugriff frei angesehen wurde, zeigt sich an dem besitzdokumentierenden Vehikel der Namensgebung. Von den 'Philippinen' bis 'Neuseeland', von 'Neu-England' bis 'Neu-Irland', von 'West-Indien' bis 'Tasmanien', von 'New York' bis zum 'Kap Hoorn', von 'Buenos Aires' über 'Cordoba' und der 'Oster-' und der 'Weihnachtsinsel' signalisiert die ganze Welt bis heute vor allem eines: Europa und europäischen Besitzanspruch.
- Die Inbesitznahme auf dieser Ebene reichte noch weiter: Selbst Fauna und Flora erhielten ihre Existenzbestätigung im Grunde erst über die Aufnahme in die europäische Nomenklatur des Linne'schen Klassifikationssystems. Erst *unser* Name verlieh Existenz.
- Schließlich *Realität und Erfahrung* zunehmender Europäisierung des Globus: Recht, Namen, Symbole reflektierten eine neue Wirklichkeit: Europa wuchs überall, war überall, wurde universell — die Welt wurde zum Spiegel, zum Beweis europäischer Größe. Und diese Erfahrung gehört, trotz aller „Entkolonialisierung", keinesfalls der Geschichte an — wie noch jeder Tourist erfährt.
- Über diesen Globalisierungsprozeß gewann Europa das Wesentliche: seine Identität. Indem es sich zur übrigen Welt in Beziehung gesetzt hatte, wurde es selbst und nahm sich selbst als Einheit und Subjekt

wahr. Es nahm sich wahr, identifizierte sich in der Weise, in der es diese Beziehungen nach außen, zu den anderen, gestaltete: als oben, als Größtes, als Herrin der Welt — wie es die anderen nach unten, zum Objektsein, zur Sache verdammte. Über die Jahrhunderte nährte es seine Identität aus dieser Hierarchie: Wir sind die Größten — selbstverständlich.

Über Jahrhunderte floß all das ein in europäisch-bürgerliche Welt-Anschauung, Ideologie und wie gesagt: Identität. Und damit in die individuelle Sozialisation. Und dieses so sozialisierte Individuum wußte immer, so mies es ihm auch ansonsten gehen mochte: Wir sind die Größten — und die Anderen — die sind nicht einmal der Wahrnehmung wert ... Wilde, Neger, Untermenschen, bestenfalls. Kinder.

„Wir sind die Größten" — nach außen, gegenüber den Anderen, den Nichteuropäern, dem „Rest der Welt". Wir wissen auch, daß diese ebenso hierarchisierende wie die Anderen diskriminierende Selbsteinschätzung durch die jeweiligen nationalistisch-chauvinistischen Varianten eine nicht geringe weitere Überhöhung erfährt — auf der Ebene des Stammtischs etwa, aber beileibe nicht nur dort.

▶„Du bist frei" und nichts!◀

Wechseln wir nun einmal die Perspektive auf die Binnensicht dieser mit weitem Abstand dynamischsten Gesellschaftsform der Menschheitsgeschichte. Fragen wir nach den Gründen dieser für die übrige Welt so verheerenden Dynamik, so bietet sich uns ein diametral anderes Bild. Das konstitutive Credo von der Freiheit und Gleichheit aller Menschen hat bekanntlich ganz existentielle Konsequenzen für die psychosoziale Situation des nunmehr doppelt freien Individuums.

Nimmt das naturwüchsig gebundene und gehaltene Individuum immer eine bestimmte Rolle, einen ihm vorbehaltenen Platz ein, gehört es immer schon zu „etwas" und *ist* damit „etwas", ist das bürgerliche Individuum gekennzeichnet durch das Fehlen jeglicher vorgegebenen Bindung, aller fixen Zugehörigkeit. Seine Freiheit und Gleichheit bestehen gerade darin, daß es nicht schon als „etwas", d.h. immer schon Festgelegtes, auf die Welt kommt — sondern als *Nichts*.

Der Anspruch unserer Gesellschaft wendet dieses „nichts" positiv, wendet es zur *Chance* — „Jeder ist seines Glückes Schmied" — und weist auch den Weg, „etwas zu werden" — über Arbeit, Leistung, Eigentum wirst du (etwas). „Hast du 'was, bist du 'was": Nur über das Haben erwirbt sich bei uns das Sein — wenn du etwas *leistest*.

Doch *Leistung* allein — so groß sie gemessen an den jeweiligen individuellen Möglichkeiten auch immer gewesen sein mag, genügt nicht. Sie muß sich *verwerten*. Verwertet wird sie auf dem *Markt*, über das Vehikel der *Konkurrenz*. Wenn die Konkurrenz stärker ist, besser ist als meine Leistung, dann war alle Leistung vergeblich, alle Mühe umsonst. Erich Fromm — dessen „Furcht vor der Freiheit" von brennender Aktualität ist — spricht in diesem Zusammenhang vom Markttag, der „gleichsam zum Tag des Jüngsten Gerichts über menschliche Erzeugnisse" wurde. Hier, auf dem Markt, in der Konkurrenz wird entschieden, ob ich etwas werde — oder nichts bleibe. Es ist die Konkurrenz, die über Sein und Nicht-Sein entscheidet, die indirekt über Leben und Tod entscheidet, die von schlechthin existentieller Bedeutung für mein Dasein ist. Die Alternative und lebendige Drohung manifestiert sich im sichtbaren Elend der aus dem Wettlauf Ausgeschiedenen, der „Versager", die „nicht mithalten" konnten.

Wo Konkurrenz jedoch zum Kriterium von Sein und Nicht-Sein wird, wo sie zur existentiellen Bedrohung werden kann — da wird sie zur potentiell tödlichen Auseinandersetzung. Und dieses Potential wird umso größer, je mehr an ihr teilnehmen. Deshalb habe ich als Konkurrent ein existentielles Interesse daran, daß möglichst wenig Mitkonkurrenten in den Ring steigen.

Meine Erfolgschancen steigen umso mehr, je mehr ich dies schon im Vorfeld zu verhindern vermag. Ein bevorzugtes Mittel dazu ist die Bildung eines Kartells, ein anderes die Diskriminierung von Mitbewerbern, beides verbindet sich im Rassismus: Die Ausgrenzung, die Diskriminierung, die zusätzlichen Bleigewichte an den Beinen der anderen Mitbewerber werden meine Chance — ob ich einen Job suche, eine Wohnung oder den gesellschaftlichen Aufstieg.

Existentielle Konkurrenz ist in noch anderer Hinsicht „diskriminogen". Sie macht das Konzept des „autonomen Individuums" notwendig zur Fiktion. Denn unter den Bedingungen einer solchen Konkurrenz haben die unterstellte Selbstverantwortlichkeit, etwa ein Schuldanerkenntnis, geradezu selbstmörderische Konsequenzen: Edel mag ich ja sein, doch als Konkurrent bin ich erledigt — heißt: Ich bin erledigt! Also mache ich mich auf die Suche nach *anderen* ‚Schuldigen", nach Sündenböcken. Sie zu finden, wird wiederum zur existentiellen Notwendigkeit — und so werden sie gefunden.

Wenn wir die Konkurrenzgesellschaft als das begreifen, was sie in der Tat ist — der *existentielle* (Wett-)Kampf aller gegen alle —, so ist das Diskriminierungsinteresse gegenüber zunächst „Außenstehenden" angesichts der Alternativen von Sein und Nicht-Sein als eine durchaus logische Begleiterscheinung dieser Gesellschaft zu begreifen. Das Diskriminierungsinteresse ist in diesem Kontext gleichsam „natürlich" — zumal es sich aus bürgerlich-europäischer Sozialisation und Identität nur allzu gut legitimiert weiß. Es ist im Grunde nur eine Frage der Schärfe der Konkurrenz, wann denn die Aktivierung und Instrumentalisierung dieser Vorgaben zu erwarten ist. In welchen Formen aber diskriminiert wird, ist damit noch nicht gesagt. *Das* Arsenal ist ebenso alt wie vielfältig. ■

AKP

Alternative Kommunal Politik

Auf den Biß kommt es an...

...in der Kommunalpolitik. Denn dort existiert zuviel Altparteienfilz, zuviel tagespolitisches Klein-Klein, zuwenig ökologisches und soziales Bewußtsein. Als grün-alternatives Zeitschriftenprojekt zeigen wir neue - bessere - Wege auf.

Die AKP berichtet laufend in Schwerpunkten über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr, Frauenpolitik usw.

Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

* * *

Die AKP erscheint 6 mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 9.- DM (zzgl. 2.- Versand), das Abo gibt es portofrei für 54.- DM. Auslandsabos kosten 75.- DM. Gesamtkatalog oder kostenloses Probeheft anfordern:

Redaktion und Vertrieb:

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92 4800 Bielefeld 1
Tel. 05 21 / 17 75 17 Fax. 05 21 / 17 75 68

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

FELIX SCHNEIDER

Auch, aber nicht nur

Ein Kommentar zum Artikel über den SPD-Sonderparteitag

Der nachfolgende Artikel, den ich zum SPD-Sonderparteitag geschrieben habe, hat in der Redaktion Kontroversen um antirassistische Politik ausgelöst. Strittig war nicht die Analyse der Ursachen für Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus, sie liegen letzten Endes tatsächlich in der grundsätzlichen Verfaßtheit dieser Gesellschaft, deren Produktions- und Lebensweise auf schrankenloser Zerstörung beruht: im Kapitalismus. Ich behaupte allerdings, daß sich mit dieser Erkenntnis zur Zeit keine praktische Politik machen läßt. Und das bedeutet im Klartext: Wir werden mit Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus in der nächsten Zeit leben müssen. Es geht auch (ich sage: auch! nicht: nur!) um Eindämmung, Repression und Schutz der möglichen Opfer — eine Aufgabe, die ich keineswegs nur dem Staat überlassen möchte, eine Aufgabe aber auch, aus der man den Staat nicht entlassen darf. Soweit „das Kapital" sich politisch in der Erscheinungsform einzelner Kapitalisten oder Manager zu Wort meldet, tritt es fast immer mäßigend bis kritisch gegen den Rassismus auf. „Das Kapital liebt keine Revolutionen und selbst eine von rechts paßt kaum in seine aktuellen ökonomischen Kalküle" (Joachim Hirsch). Man mag die Sorge um das Image des Kapitalstandorts Deutschland inhuman finden angesichts der Toten von Mölln. Mir ist heute, wo wir an einem gefährlichen Wendepunkt der bundesrepublikanischen Geschichte stehen, ein materielles Interesse — und sei es nur an der Bekämpfung von Exzessen — lieber als gar nichts oder als die freudige Befürwortung rassistischer Gewalt oder gar die Beteiligung an ihr — auch das hat es schließlich in der deutschen Geschichte von Seiten der Kapitalisten und Politiker auch schon mal gegeben. Der Aufbau einer radikalen Opposition ist eine notwendige, aber langfristige Zukunftsinvestition: Die bedrohten Menschen können nicht so lange warten.

Kapitalismus kann, muß aber nicht dazu führen, daß der Rassismus Staatsideologie wird. Eröffnet ist somit der Spielraum für antirassistische Politik. Nur: Wer mit wem? Es geht in der Tat auch (ich sage: auch! nicht nur!) um die politische Mitte. Wenn es sie nicht mehr gibt, wenn alle Demokraten bewußt kalkulierende, strategisch denkende Schreibtischtäter, Produzenten und offene Befürworter des gewalttätigen Rassismus sind, dann allerdings kann man nur noch sein Bündel schnüren und auswandern. Wenn dem aber nicht so ist? Wenn Rassismus gar nicht so einfach von Demokraten „produziert" wird? Wenn es solche und solche Demokraten gibt? Und solche, die durchaus zum Ausbruch des Rassismus beigetragen haben, nun aber die Folgen auch ihres eigenen Tuns nicht akzeptieren wollen? Wenn die Wirklichkeit mal wieder vielfältiger, komplizierter und widersprüchlicher ist? Dann kann es einer radikalen Opposition nicht egal sein, wie die Mitte aussieht, weil sie sich sonst selbst schwächt. Wer, bitte, soll die politische Mitte sein, wenn nicht Teile der Sozialdemokratie und Teile der CDU? Soll man sie samt den Grünen nach rechts abdrängen? Um sie und die Mehrheit der Bevölkerung muß praktisch politisch gekämpft werden.

Daß dieser Kampf schon verloren ist, wenn man nicht die Inhalte der radikalen Denker und der radikalen, außerparlamentarischen und nicht parteiförmigen Opposition kritisch zur Kenntnis nimmt und politisch vertritt, ist vollkommen richtig. Der Kampf ist aber auch verloren, wenn das, was sich als Opposition gerade erst zaghaft abzuzeichnen beginnt, schon jetzt sich selbst marginalisiert, den Kontakt zur Mehrheit der Bevölkerung und zu den Politikern, die zumindest die schlimmsten — immerhin für einige Menschen lebensgefährlichen — Erscheinungsformen des Rassismus bekämpfen wollen, gar nicht erst sucht, wenn sie nicht das Problem ernst nimmt, daß heute der politische Grundkonsens aller Gesellschaftsgruppen und Parteien neu definiert wird. Wer nicht wenigstens darum kämpft, an der Neudefinition dieses Grundkonsenses — der, je nach dem wie er ausfällt, Opposition überhaupt erst ermöglichen oder eben verunmöglichen wird — beteiligt zu werden, der hat sich politisch schon aufgegeben und zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Alles (endgültige Beseitigung der grundlegenden Ursachen für den Rassismus) oder nichts ist kein politischer Standpunkt. Gegen Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus muß man manchmal auch zusammen mit Leuten kämpfen, die die eigenen radikalen Analysen nicht teilen oder sogar zum Ursachenzusammenhang mit dazugehören, sofern es sich nicht um bewußte Antisemiten, bewußte Rassisten handelt. Und das kann man, wenn man sowohl politisch wie analytisch eine eigene Position hat. Noch ist es so, daß auch diejenigen Politiker, die durchaus zum Wiedererstarken des Antisemitismus beigetragen haben, es richtig finden, daß einer der ihren, der Ignatz Bubis offen angerempelt hat, zurücktreten muß. Und das soll so bleiben. Diese Widersprüche gilt es zu erhalten. Manchmal kommt es mir so vor, als würde das ungeborene Kind namens Oppositionen schon im Mutterbauch darauf bestehen, behindert zur Welt zu kommen. Die Bedeutung einer erneuerten „links" scheint mir gerade darin zu liegen, wenigstens gedanklich und publizistisch einen breiten politischen Zusammenhang vorwegzunehmen, der von den autonomen und anderen noch arbeitenden politischen Gruppen bis zu den sogenannten „staatstragenden" Linken reicht. Ein derartiges Vorhaben wird keine Idylle, sondern von heftigen Debatten und Kontroversen gekennzeichnet und damit auf kommunikative und menschliche Fähigkeiten angewiesen sein. Angesichts der Geschichte zumindest des intellektuellen Teils der Frankfurter Linken seit dem Golfkrieg gehört, ich gebe es zu, viel Optimismus dazu, eine solche Idee überhaupt nur zu denken.

Ich werde das Gefühl nicht los, daß die Hoffnung, man könne die politischen Fronten und die Gewißheiten der 60er Jahre wiederherstellen, noch immer durch die Köpfe geistert. Schön wärs! Und manchmal habe ich den Eindruck, daß auch auf oppositioneller Seite die Flüchtlinge oftmals nur als Mittel mißbraucht werden, zum Zwecke der Gesellschaftsveränderung. Wenn derzeit in Zirndorf und anderswo die Blockade der Verfahrensabwicklung nahezu total ist, so kommt das einer gefährlichen Zeitbombe gleich. Sie zu entschärfen, heißt zu fordern, daß die Asylbürokratie funktioniere — wahrlich keine radikale, wahrlich eine fragwürdige Forderung. Sie nicht zu stellen, ist aber verantwortungslos und inhuman. Mir ist es nicht egal, wie die SPD in der Flüchtlingsfrage agiert, mir ist es nicht egal, wie sie die nächsten Wahlkämpfe führt und besteht. Ich zerbreche mir den Kopf der SPD. Ich wage auch Gedanken über den Tag hinaus, an dem das Grundgesetz verändert sein wird.

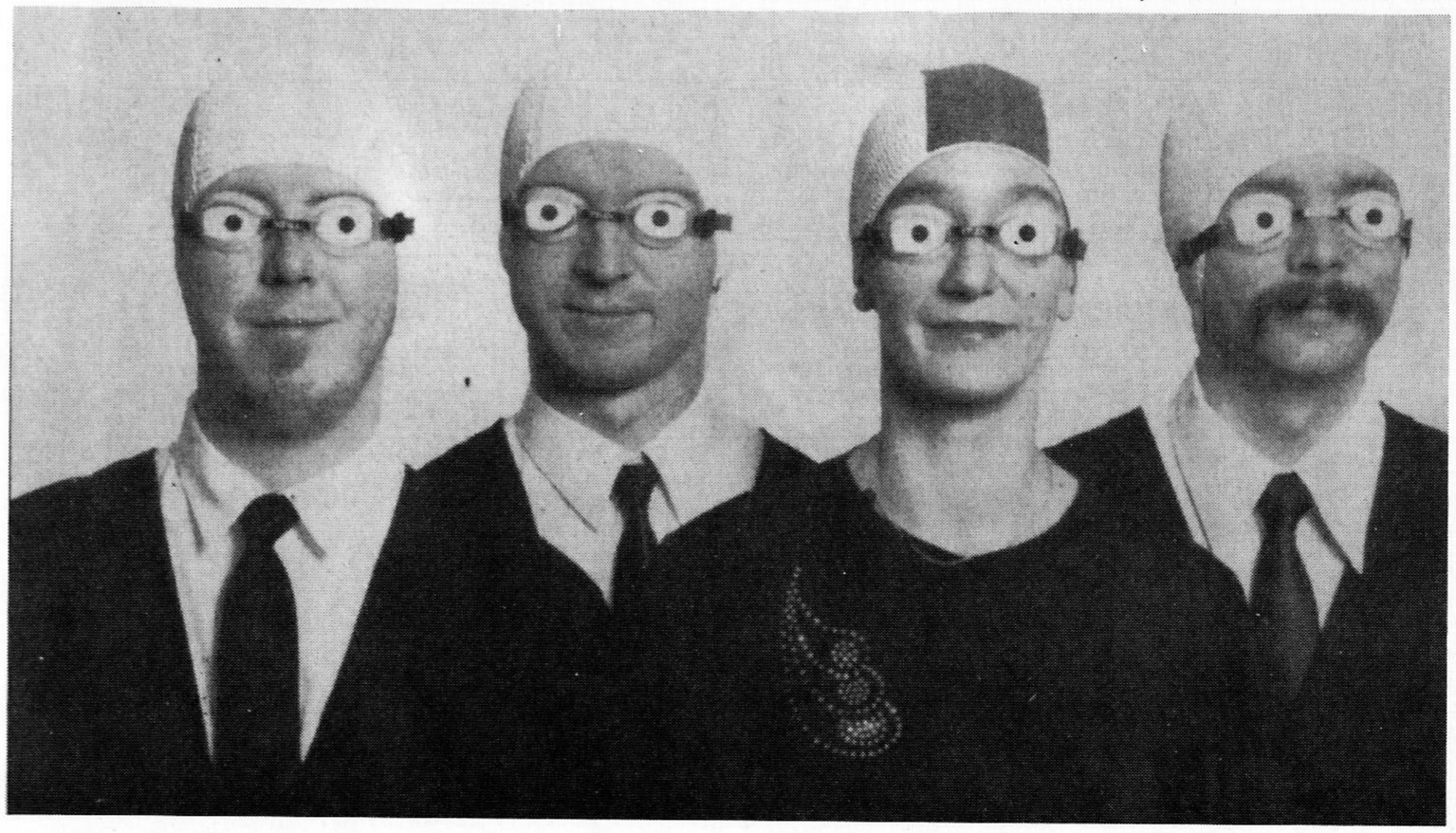
Denn auch darin liegt eine Parallele zum Deutschen Herbst von 1977, daß eine Bewegung, die den Weltuntergang für diesen Tag prophezeit, an eben diesem Tag hilflos dastehen wird. ■

FELIX SCHNEIDER

Im Dschungel der Ziffern und Buchstaben

Zum SPD-Sonderparteitag

Ja, was haben die denn nun eigentlich beschlossen, die Genossen, auf ihrem asylpolitischen Sonderparteitag? Zunächst einige Ansätze zu einer vernünftigen und humanen Flüchtlingspolitik. Sodann mal wieder Beschleunigungen von Asylverfahren, obwohl die letzten Beschleunigungen, die die Genossen ja auch mitbeschlossen haben, noch nicht einmal in Kraft sind. Ziel: Turboverfahren. Mit ihrem Sofortprogramm haben sie andererseits auch zur Beruhigung beigetragen und die Asyldebatte aus dem Zentrum politischer Hysterie wieder etwas an den Rand der Aufmerksamkeit gedrängt, wo sie hingehört. Der Schaden, den die Parteiführung angerichtet hatte, wurde also durch Initiative von weiter unten begrenzt.



Letzteres ist immerhin ein positives Zeichen, denn Befürworter der Petersberger Rechtswende wie Sibylle Tönnies oder Peter Glotz hatten sich ja gegen die menschrechtlichen Dogmen im Kopf der bürgerlichen Funktionäre auf die Basis, die Wähler und die niederen Funktionäre berufen, die von der Immigration tief beunruhigt seien und nach rechts abzudriften drohten. Diese Spekulation auf niedere Klasseninstinkte ist nicht aufgegangen.

Kurz bevor der Leser den Asylbeschluß des Sonderparteitages erleichtert zur Seite legen will, stößt er ganz am Schluß und unvermittelt auf die Rede von den „erwähnten Klarstellungen und Ergänzungen des Art. 16 GG". Wie bitte? Wo wurden die erwähnt? Ich meine: explizit erwähnt wurden sie sowieso nicht, aber vielleicht implizit mitgeschmuggelt? „In den Ziffern 54 Abs. 1 und 2, 54 a und 54 b", sagen die Genossen, was besonders deswegen so erhellend ist, weil natürlich keine Tageszeitung diesen Dschungel von Buchstaben und Ziffern mitabgedruckt hat. Mit der Vermutung, hier sollten Spuren verwischt werden, erwacht im Leser der Ehrgeiz des Pfadfinders. Er besorgt sich bei der örtlichen SPD die Originale, nimmt die Fährten auf und erlebt in der Tat Erstaunliches, denn der erste dieser absichtsvoll verstellten Hinweise auf die Punkte, an denen die Genossen das Grundgesetz ändern wollen, führt geradewegs zu dem Absatz, in dem die Genossen das Grundgesetz, das Individualrecht auf Asyl und die Rechtswegegarantie feierlich bekräftigen. „Dabei soll es bleiben", steht da. Und das soll nun also gleichzeitig die Erwähnung einer „Klarstellung und Ergänzung" des GG sein? Ändern und nicht ändern gleichzeitig? Klose wirds klären.

Ob die (sicher wünschenswerte) Erweiterung des Flüchtlingsbegriffs und die Notwendigkeit, Asylentscheidungen bestimmter anderer europäischer Staaten hierzulande anzuerkennen, eine Grundgesetzänderung sinnvoll oder notwendig machen, mögen die Spezialisten entscheiden. Ich glaubs nicht. Die letzte Spur, die die Grundgesetzänderer hinterlassen haben, führt zu einer Formulierung, die zum Mißbrauch geradezu einlädt: Flüchtlinge, die die Bundesrepublik über bestimmte europäische Länder erreicht hätten, müßten in diese Drittländer zurückkehren, heißt es da. Genügt eine Zwischenlandung im Drittland? Genügt es, den Luftraum durchquert zu haben, auf einem Schiff oder in einem Bahnhof des Drittlandes gewesen zu sein? Oder bei Nacht und Nebel in einem Grenzstreifen?

Die Tür zu allen möglichen Grundgesetzänderungen bleibt also offen. Weitere Kontrollen der SPD-Bundestagsfraktion, die nun mit den Regierungsfraktionen verhandelt, sind nicht vorgesehen, denn der Sonderparteitag hat ja schon vor, statt nach den Verhandlungen stattgefunden. Ich kann mir kaum vorstellen, daß diejenigen, die die mühsame und symbolträchtige Prozedur einer Grundgesetzänderung anstreben, nicht auch dessen Substanz, das Individualrecht auf Asyl und die Rechtswegegarantie, antasten wollen, ganz abgesehen davon, daß eben, so lange die Flüchtlingsheime brennen, auch eine pragmatische Grundgesetzänderung keine ist, sondern ein Signal, das die Rechtsradikalen ermuntert.

Spätestens einen Tag nach den Morden von Mölln hätte die SPD die Gespräche mit den Regierungsfraktionen über eine Grundgesetzänderung aussetzen sollen, bis die Menschen in diesem Land ihres Lebens wieder sich sein können, auch wenn sie schwarze Haare haben.

Aber die Gespräche gehen weiter, als wär nix. Die zu erwartende Grundgesetzergänzung wird wohl die Grauzone erweitern, in der mit mehr Flüchtlingen kurzen Prozess oder gar kein Prozess mehr gemacht werden kann. Was im Gegenzug von dem flüchtlingspolitischen Konzept durchzusetzen ist, bleibt abzuwarten.

Unabhängig davon setzt das Verfahren

Bürgerrechte & Polizei Informationsdienst

NEU! CILIP 43

Bürgerrechte & Polizei

Schwerpunkt:

Private Sicherheitsdienste

Preis/Einzelheft: DM 10 p.V.
Jahresabo (3 Hefte)
Personen: DM 24 p.V.
Institutionen: DM 45 p.V.

Bestellungen an die Redaktion:
Bürgerrechte & Polizei/CILIP
c/o FU Berlin
Malteser Str. 74-100
1000 Berlin 46
Tel.: 030/7792-462

selbst falsche Zeichen. Die punktuelle Koalition aller großen Parteien signalisiert Notstand und die Prioritätensetzung auf das Asylproblem bestärkt das Sündenbockdenken. Trotzdem und selbst wenn das Grundgesetz in nicht allzu schädlicher Weise ergänzt würde, wäre für das Land und „die Fremden" dann etwas gewonnen, wenn die CDU/CSU aufgrund der Vereinbarungen mit der SPD dauerhaft daran gehindert würde, das Asylproblem hochzukochen und politisch auszuschlachten. Das aber würde, da sich das reale Flüchtlingsproblem ja nicht wegzaubern läßt, bedeuten, daß die Politiker aller Parteien aktiv mit Wort und Tat für die Flüchtlinge eintreten müßten. Eine derart weitgehende Trendwende scheint mir unwahrscheinlich, nicht nur weil schon in Bonn bei Allzuvielen der Wille dazu fehlt, sondern auch weil die Abgeordneten aller Bonner Parteien ihre eigenen Kommunalpolitiker nicht im Griff haben.

Die schöne Hoffnung, daß die SPD durch geschickte Taktik und Zugeständnisse an die Rechten das Thema Asyl in den Wahlen von 1993 und v.a. 1994 loswerden könnte, scheint mir unrealistisch. Sie gehört einem Denken an, das seit 1989/90 veraltet ist. Nicht zufällig hat zuerst die Ultrarechte, dann die Rechte seit langer Zeit, seit Anfang der 80er Jahre schon, das Ausländer- und Flüchtlingsthema ins Zentrum ihrer Aktivitäten gerückt. Allerdings darf sich die SPD, will sie in den Wahlen bestehen, auch nicht dazu zwingen lassen, das Asylthema zu einer Hauptachse ihres eigenen Wahlkampfes zu machen, denn die ewige Debatte zwischen den „guten" und den „schlechten" Deutschen über die Anderen — die Flüchtlinge, die Ausländer — fördert durch ihre Grundstruktur die Nationalisierung des Bewußtseins und der Politik. Verhängnisvoll an „Petersberg" war auch, daß die Asylfrage für wichtiger erklärt wurde als die „Blauhelm-Frage". Gerade umgekehrt wäre richtig gewesen. Und wenn schon Gespräche aller großen Parteien, dann, zum Beispiel, über die Wohnungsnot. Damit das Flüchtlingsproblem bleibt, was es im Wahlkampf zu sein hat, nämlich eine wichtige Nebensache, braucht die SPD ein klares flüchtlingspolitisches Konzept, einen stärkeren Willen, es umzusetzen (insbesondere was die Bekämpfung der Fluchtursachen, v.a. der politischen, angeht) und den Mut zu einigen wenigen Aussagen, die bei einem Teil der Wähler unpopulär sind. Sie muß ganz selbstverständlich vertreten, daß es für die Flüchtlinge keine Patentlösung gibt, und sie muß deutlicher als bisher sagen, wo ihre Kompromißbereitschaft aufhört und die nicht verhandelbaren Prinzipien anfangen. Im übrigen hat die SPD ein Konzept zu entwickeln und zu vertreten, das die sozialen Ursachen der Wut bekämpft. Denn die SPD hat in den kommenden Wahlen nur eine Chance: kämpferisch und kompromißlos gegen rechts und ganz rechts! Weitere Zugeständnisse an die Rechten, auch in der Flüchtlingsfrage, werden ihr keine Wähler bringen und die Partei einer neuen Zerreißprobe aussetzen. Das wäre verhängnisvoll, weil die nächsten Wahlen und Wahlkämpfe durchaus entscheidend sind. Die CSU entwickelt sich zu einer rechtsradikalen Partei. Sie, die Republikaner oder eine andere rechtsradikale Partei wird den Einzug in den Bundestag schaffen — was noch keine Katastrophe sein muß. Eine Katastrophe allerdings wäre die Beteiligung einer rechtsradikalen Partei an der nächsten Bundesregierung. ■

Photo: Arbeiterfotographie, Heft 71/72

CARL-WILHELM MACKE

Ab nach Mogadischu

Die Radikalisierung der CSU

Rosa-Sophie Freifrau zu Guttenberg und ihr Sohn, Enoch Freiherr zu Guttenberg schämen sich. Außerhalb Bayerns mag diese öffentlich gezeigte Schau einer Adelsfamilie wohl niemanden sonderlich interessieren. Wer jedoch das politische und kulturelle Machtgefüge im weiß-blauen Freistaat kennt, wird die Anzeige der Guttenbergs in der *Süddeutschen Zeitung* am Tag vor der Berliner Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit mit großer Aufmerksamkeit gelesen haben. Gaben da doch die führenden Figuren einer seit Jahrzehnten in der CSU tief verwurzelten und stets von der Parteiführung umworbenen oberfränkischen Gutsherrenfamilie ihren Austritt aus der bayerischen Staatspartei bekannt.

„In einer Zeit, in der in einem friedlichen Land Menschen getötet, verfolgt, verletzt und verunglimpft werden, in einem Land, in dem jüdische Friedhöfe und Gedenkstätten verwüstet werden (auch in Bayern), darf die Regierungspartei (CSU) nicht zuhause bleiben." Und da der Dirigent Enoch zu Guttenberg innerhalb Bayerns große Sympathie gerade in dem bildungsbürgerlichen Renomierklientel der CSU besitzt, ist sein Parteiaustritt auch ein symptomatisches Zeichen für die aktuelle Entwicklung am rechten Flügel des, mit Gramsci gesprochen, „konservativen Blocks der Partei".

Die Guttenbergs sind Repräsentanten eines wertkonservativen christlichen, immer auch heimattümelnden, aber nie wortradikal populistisch agierenden Bürgertums, das in den vergangenen Jahrzehnten eine wichtige Rolle innerhalb der CSU-Machtstrategie gespielt hat. Ihm entstammten die mit dieser Partei eng verbundene klerikal-konservative Intelligenz, fast das gesamte Führungspersonal des Freistaaates, viele der künstlerischen ‚Hofschranzen' und Meinungsmacher, insbesondere im ‚Bayerischen Rundfunk'. Miteinander versippt, verschwägert und verfilzt, hatte dieses christ-soziale Bildungsbürgertum in der Vergangenheit großen Anteil an der konservativen Dominanz fast aller akademischer und künstlerischer Institutionen des Landes. Es vermittelte zwischen Klerus und Staat, zwischen Kleinstadt-Honoratioren und dem Machtzentrum in München. Ohne Beziehungen zu diesem Bürgertum ist ein Aufstieg innerhalb der bayerischen Gesellschaft kaum denkbar.

Diese bislang tragende Säule im CSU-Machtsystem scheint jedoch zu bröckeln, stellenweise zu brechen. Die ‚alte' aus der Nähe betrachtet keineswegs ausschließlich reaktionäre CSU, wie sie außerhalb Bayerns immer dämonisiert wurde, ist dabei, ein neues Profil zu gewinnen. Und dieses Profil ist nicht mehr schillernd wertkonservativ und sozial, ‚heimatverbunden' *und* weltoffen, traditionell und modern, sondern nur mehr eindeutig rechts-populistisch. Die Stabilität und Stärke eines rechten Lagers *außerhalb* der CSU zwingt diese Partei heute zu einer neuen Standortbestimmung.

Tatsächlich befindet sich keine andere der etablierten Parteien des deutschen politischen Systems in einer so programmatischen wie personellen Nähe zur ‚Neuen Rechten' im Umkreis der ‚Republikaner' wie die CSU. Die Grenzen zwischen den Programmen von CSU und ‚Republikanern' sind mittlerweile so verschwommen, daß die eine Partei jeweils auf die Aussagen der anderen verweisen kann. Ohne im Bayerischen Landesparlament vertreten zu sein und in den Massenmedien relativ wenig beachtet, sind die Reps längst zu derjenigen politischen Kraft in Bayern geworden, die die CSU und nicht wenige Sozialdemokraten am Nasenring durch die Arena ziehen. Berufen sich Streibl, Stoiber oder Kronawitter auf die Stimmung in der Bevölkerung, dann beziehen sie ihre Stichworte aus dem Umfeld der „Republikaner". Das Niveau der politischen Polemik, insbesondere von CSU-Politikern, hat so inzwischen das der hinter den legendären Stammtischen gelegenen Pissoirs erreicht.

Michael Stiller, CSU-Experte der „SZ", faßte in seinem Bericht von dem letzten CSU-Parteitag in Nürnberg einige Redebeiträge zusammen, die vom Ministerpräsident Streibl bis zu den einfachen Delegierten abwärts wörtlich aus einer Postille der *Republikaner* stammen könnten. Ministerpräsident Streibl zitierte da aus einem Brief aus dem Volk, „daß man lauthals protestieren dürfe und überall Verständnis finde, wenn ein Deutscher jemanden überfallen habe oder wenn ein Deutscher seine Notdurft in meinem Garten oder in meinem Geschäft verrichtet. Wenn das gleiche aber ein Ausländer mache und ich protestiere, wird mir sofort Ausländerfeindlichkeit attestiert." Eine andere Teilnehmerin des Parteitages berichtete, „daß sie an Allergien leide, ihr Arzt sie aber nicht mehr in der Würzburger Klinik, sondern nur noch im Auto untersuchen könne. Im Krankenhaus sei es zu gefährlich, da lägen nämlich die aids- und tuberkulosekranken Ausländer." Die Reihe ähnlicher Äußerungen aus dem CSU-Umfeld ist nicht mehr überschaubar. Schwerverletzt — um noch ein weiteres Beispiel aus der laufenden Dumpfheitskampagne der CSU zu nennen — überstand ein Asylbewerber aus Somalia einen von ihm verursachten Autounfall. Diesen Unfall nahm ein führender CSU-Politiker im oberbayerischen Weilheim zum Anlaß für einen Leserbrief: „Sobald der Asylant gehfähig ist, soll man ihn ins Flugzeug setzen. Ab nach Mogadischu aufs Kamel. In Haft genommen wird er ja doch nicht, hat er doch einen von Steuergeldern bezahlten Wohnsitz. Schon eher bekommt er ein Bett in einer Reha-Klinik. Wie kommt so ein Bursche überhaupt zu einem Führerschein?" Wer die Stimmungen in bayerischen Bierstuben kennt, weiß, daß Politikern mit solchen Sprüchen immer Jubel entgegenbrandet. Schließlich wäre es auch zu viel verlangt, daß ausgerechnet an diesen Orten schon einmal über die Bedeutung des Asylrechts vor dem Hintergrund deutscher Geschichte nachgedacht worden

▶ Pissoir-Niveau ◀

HOLM-DETLEV KÖHLER

Lean-production und Standortpoker

Ein Gespräch mit Opel-Betriebsrat Wolfgang Schaumberg

Alarmierende Nachrichten liefert derzeit die Automobilindustrie. General Motors plant nach dem dritten Verlustjahr in den USA die Schließung von 21 Werken mit 74000 Arbeitsplätzen. Auch in Europa reagieren die Automobilkonzerne auf die stagnierende Nachfrage mit Stellenabbau. Gleichzeitig soll die 'schlanke Produktion' (lean-production) mit aller Macht eingeführt werden. Die neuen Ostwerke bieten dafür ideale Teststrecken und Erpressungsmittel gegen widerständige Westbetriebsräte und Belegschaften. Über die Situation bei Opel sprach die *links* mit dem Betriebsrat Wolfgang Schaumberg. Er ist einer von sechs weiterhin aus der IG Metall ausgeschlossenen Opel-Kollegen, die eine Belegschaftszeitung mit dem Titel „Standorte" herausgeben. Die IGM fordert die Einstellung dieses kritischen Informationsorgans.

Kannst Du zu Beginn eine Einschätzung der Standortpolitik bei GM angesichts der internationalen Automobilkrise geben?

Schaumberg: In den USA laufen Stellenabbau und Fabrikschließungen. Gleichzeitig hat GM inzwischen 39 Werke in Mexico. Dies geschieht unter dem Aspekt der neuen nordamerikanischen Freihandelszone.

In Europa hat GM inzwischen 16 Standorte, dazu kommt das geplante Werk in Warschau. Keiner weiß, wie diese Überkapazitäten jemals ausgelastet werden sollen, auch die ebenfalls ihre Produktion ausweitenden Konkurrenten nicht. Das ist ein Wahnsinnswettlauf, um schon mal ein Bein für die Bedienung der osteuropäischen Märkte — deren Wachsen überhaupt nicht sichtbar ist — zu haben. Gleichzeitig geht es darum, die anderen Betriebe zu schleifen und auf lean-production zu bringen. Das ganze geschieht mit einem Produkt, dessen Sinn von Grund her in Frage zu stellen ist, woran wir uns von gewerkschaftlicher Seite kaum heran zudenken trauen.

Ich war vor kurzem im neuen ungarischen Werk. Da gibt es keine Gewerkschaft, auch keinen Betriebsrat. An den Maschinen und Bändern arbeiten 40% Abiturienten und 16% mit abgeschlossenem Hochschulstudium. Alle wurden geil gemacht auf einen Arbeitsplatz mit Zukunftsperspektive bei GM und mit der Ideologie, ihr Glück im Niederkonkurrieren der anderen Betriebe und Belegschaften zu suchen.

Wo liegt nun die Bedeutung des Eisenacher Werks in dieser Strategie?

Schaumberg: Im alten Wartburg-Werk arbeiteten 10000 Menschen, im neuen Opel-Werk derzeit 800. Bis Ende 1993 sollen 2000 Leute in drei Schichten 150000 Fahrzeuge im Jahr produzieren. Die Investition wurde mit 1 Mrd. DM angegeben, wovon ein Drittel aus staatlichen Subventionen fließt. Darin nicht enthalten sind 26 Mio. DM aus dem Töpfer-Investitionsprogramm zur Verminderung von Umweltbelastungen für die neue Lackiererei. Daß damit die Steuerzahler noch nicht alles bezahlt haben, sieht man an dem von Opel initiierten Berufsbildungswerk Eisenach GmbH. Dort werden in 6 bis 24-wöchigen Kursen auf Kosten der Bundesanstalt für Arbeit die neuen Opel-Beschäftigten ausgebildet, während das Eisenacher Werk überhaupt nicht ausbildet.

Was macht nun das Neue des Eisenacher Werks hinsichtlich Arbeitsorganisation, Entlohnung, Auslagerung etc. aus?

Schaumberg: Opel nennt folgende Merkmale: Für die Zeit der Produktion, die Fläche, die Lager- und Transportkapazität und die Beschäftigtenanzahl werden 50% weniger als in herkömmlichen Werken gebraucht. Geplant sind 20 Stunden für ein Auto, der europäische Durchschnitt liegt bei 36 — das gleiche Fahrzeug brauchte in Bochum 32 Stunden. Im wesentlichen wird in Gruppenarbeit gearbeitet, und diese Gruppenarbeit geht einher mit einer totalen Integration der Beschäftigten in die Betriebsziele, in die Betriebsplanung, in die Ideologie, die bei Opel neue Unternehmenskultur „quality network" heißt. Der Eisenacher Betriebsratsvorsitzende Harald Lieske sagte, lean-production wird bei uns wie eine Religion gehandhabt.

Kannst Du Beispiele nennen?

Schaumberg: Zur Gruppenarbeit gehört, daß jeder der 6-8 Leute gefordert ist, mindestens drei Verbesserungsvorschläge im Monat zu machen und Lohnabzüge riskiert, wenn er das nicht schafft. In der Vektra-Montage wurden in den ersten eineinhalb Jahren rein rechnerisch 38 von 94 Leuten durch den ständigen, kontinuierlichen Verbesserungsprozeß wegrationalisiert. Das sieht z.B. so aus, daß die Leute über ihren Köpfen in der Halle eine sog. „andon"-Tafel haben. Diese elektronische Anzeige zeigt ständig Produktionssoll und aktuelle Istleistung an. Für jedes Team gibt es ein Quadrat, das aufleuchtet, wenn einer der Teamleute an der „andon"-Leine zieht. Es geht darum, Mängel sofort anzuzeigen und sofort den Druck herzustellen, die Fehler zu beheben und zukünftig derartige Fehler zu vermeiden.

Auf der kürzlich stattgefundenen Betriebsräte-Vollkonferenz kam es zu Auseinandersetzungen über die selbständige Festlegung der MTM- und Akkordzeiten. Auf die Frage hin, ob es nicht verdammt gefährlich sei, vereinbarte MTM- oder REFA-Zeiten selbständig zu verändern, wurde gesagt: ja, stimmt schon, daß die Leute zugunsten der Firma verändern, weil sich jeder durch bes-

sere Zeiten Aufstiegsmöglichkeiten erhofft. Wenn jetzt 800 beschäftigt sind und es sollen mal 2000 beschäftigt werden, so werden die Leute natürlich für zukünftige Führungspositionen gelockt. Diese Vorgabezeiten sind ja darauf angelegt — zumindest in der Propaganda —, daß man damit bis 60 Jahre arbeiten kann. Die Unterbietung dieser Zeiten kann nur für eine gewisse Zeit möglich sein, in der dort jetzt eine ausgewählte „Olympia"-Mannschaft mit einem ganz niedrigen Durchschnittsalter unter 30 Jahre arbeitet.

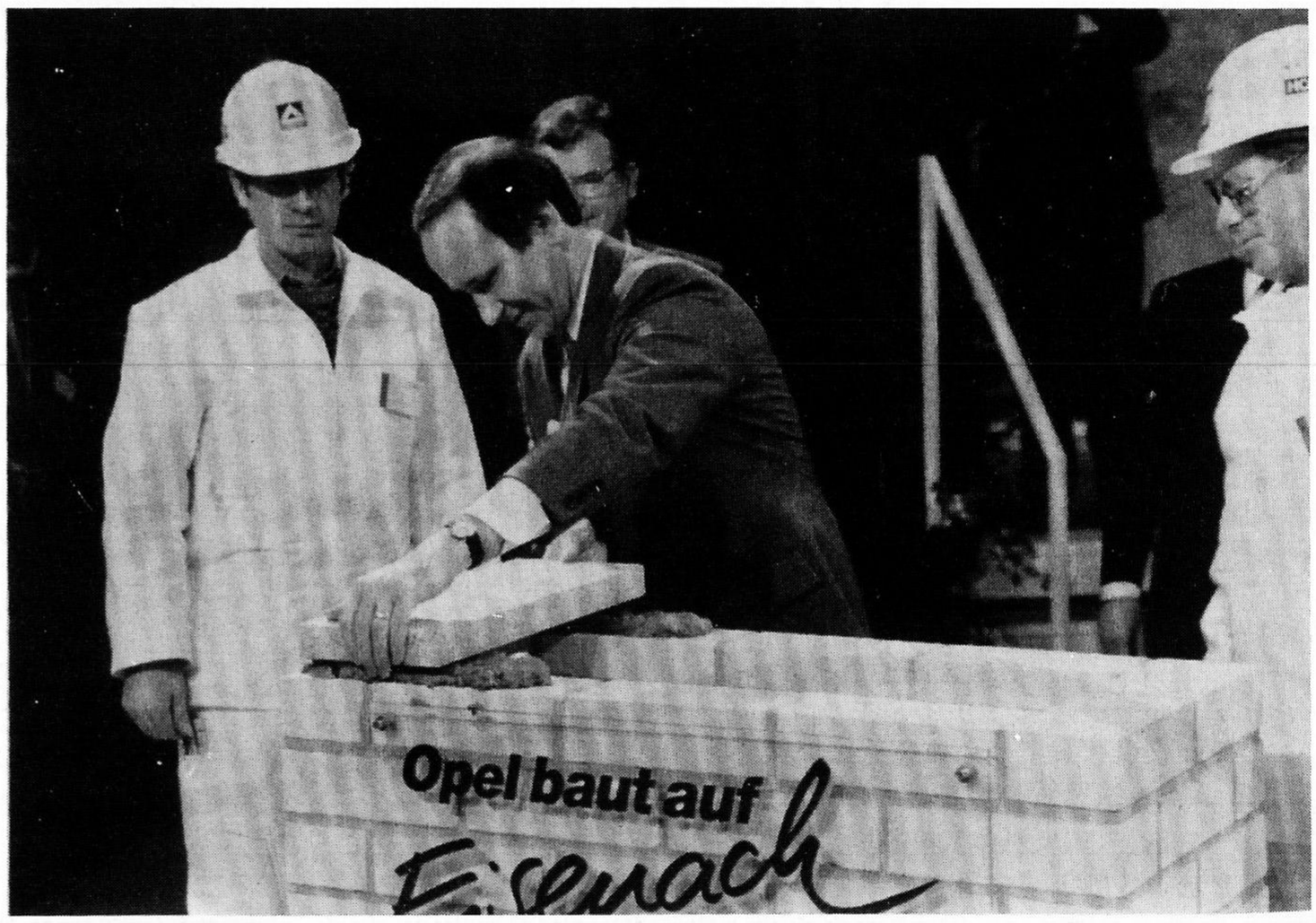
Deren Betriebsvereinbarung unterscheidet sich in Kernpunkten von unseren in Rüsselsheim, Kaiserslautern und Bochum. Zwei Beispiele: Die Teamgespräche finden außerhalb der Arbeitszeit statt. Sie werden wie Arbeitszeit vergütet. Wir halten — zumindest in Bochum — starr daran fest, daß diese Gruppengespräche während der Arbeitszeit stattfinden müssen. Das wird durch Eisenach bereits unterlaufen. Bei uns wurde das Angebot natürlich auch gemacht, mit dem Argument, außerhalb der Arbeitszeit bekommt ihr mehr Prozente; da wehren wir uns und mobilisieren auch die Belegschaft, darauf nicht hereinzufallen. Diese Gespräche dürfen nicht zu einer Verlängerung unseres Arbeitstages führen. Es heißt in der Eisenacher Vereinbarung auch, der oder die Teamsprecher werden von der Bereichsleitung auf Vorschlag des zuständigen Bereichsingenieurs oder des Betriebsrates bestimmt. Das ist bei uns eine Wahlfunktion und festgeschrieben, daß Teamsprecher auch wieder abgesetzt werden können, wenn ein Team das beschließt.

In Eisenach gibt es neben den arbeitenden Gruppen sog. teambords, Schautafeln neben der Fertigungslinie, wo u.a. angegeben wird, wer wie oft und wie lange gefehlt hat. Wir haben alle Versuche der Firma, diese Art Angaben praktisch sichtbar zu veröffentlichen und damit jede Gruppe gegen die andere zu hetzen und untereinander Druck auszuüben, abgewehrt. Wir bekommen natürlich alle diese Vorgänge in Eisenach vom Management tagtäglich um die Ohren gehauen. Das hieße eben moderne Produktion, und wenn wir uns dem nicht anpassen, dann gäbe es wohl über kurz oder lang kein Interesse mehr an Investitionen und Produktionserhaltung in einem Werk wie Bochum.

Ein letztes Beispiel für die lean-production: In Eisenach gibt es keine werkseigene Instandhaltung mehr, ein riesiger mit traditionellen Facharbeitern besetzter Bereich. Dies läuft dort über eine Fremdfirma, ebenso der Werkschutz, die Küche und Kantine und — wie ich gehört habe — Transport- und Lagerwesen, bei uns in Bochum alles noch von Opel-KollegInnen betrieben. Dies will man mit dem „Vision '96"-Rationalisierungsprogramm auch im Westen durchsetzen.

Wie ist das System der Entlohnung in Eisenach?

Schaumberg: Die Lohngruppe 2, derzeit mit 42% der Mitarbeiter besetzt, wird mit einem Bruttolohn von 1913,- DM monatlich angegeben. Sie verdienen für die gleiche Montagetätigkeit etwa die Hälfte von unserem Lohn. Sie liegen bei etwa 70 % des Metalltariflohns, und wir sind in den westlichen



Werken gerade in der Automobilarbeiterschaft weit über Tarif bezahlt.

Was bedeutet die Rechtsform einer eigenen GmbH für das Eisenacher Werk?

Schaumberg: Der Betriebsrat dort ist nicht dem Gesamtbetriebsrat von Opel angeschlossen und hat somit keinen Rechtsanspruch auf die gleichen Betriebsvereinbarungen. Es hat große Proteste gegen diese Rechtsform gegeben, die nach Auskunft der IGM-Chefjuristen aber nicht zu verhindern war. Die Bedingung von GM, daß kein Werk im Verbund der Adam Opel AG mit den entsprechenden rechtlichen Zwängen entsteht, ist akzeptiert worden.

Hinzu kommt, daß sich der Eisenacher Betriebsrat dagegen sträubt, dem Gesamtbetriebsrat angeschlossen zu werden. Der Eisenacher Betriebsrat ist im Griff der Erpressung durch das dortige Management. Denen wird ja praktisch gesagt: wenn ihr das Spiel nicht mitspielt, wenn wir nicht neue Wege gehen, dann ist das ganze Projekt gefährdet. Sie werden total unter Druck gesetzt. Ich habe beispielsweise dem Vorsitzenden Harald Lieske das Problem geschildert, wie wir gegeneinander ausgespielt werden, daß wir im Westen auch kritisieren, daß die Lohnentwicklung so langsam vor sich geht, und daß praktisch nichts an gewerkschaftlichen Aktionen läuft gegen diese Vergewaltigung der Leute dort. Da meinte er, das würde Investoren abhalten, wenn man jetzt zügig die Lohnangleichung durchsetzen würde. Er glaubt selber an die Idee, daß man für die Menschen in den neuen Bundesländern durch derartige Zurückhaltung Vorteile, Arbeitsplätze usw. gewinnen kann.

Das heißt, es wird in Eisenach alles mit Betriebsvereinbarungen geregelt mit einem Betriebsrat, der so unter Druck steht, daß er kaum handlungs- geschweige denn widerstandsfähig ist?

Schaumberg: Ja, so wurde auf der genannten Konferenz die Eisenacher Vereinbarung der pauschalen Genehmigung von Mehrarbeit kritisiert. Folgendes Beispiel: Am 27. Mai hatten wir in Bochum einen Produktionsausfall für über 3000 Menschen mit dem Vorwurf, der Betriebsrat hat die Mehrarbeit nicht genehmigt und deswegen sind nicht genug Teile da. Überall an den schwarzen Brettern hatte die Firma Aushänge angebracht: der Betriebsrat gefährdet diesen Standort. Es hat eine ungeheure Bedeutung, daß die Firmen so angewiesen sind auf Mehrarbeit und auf das „ja" des Betriebsrats, so daß die pauschale Genehmigung eigentlich ein Wahnsinn ist.

Hat in Eisenach die IG Metall ein Bein im Werk?

Schaumberg: Ja, aber es ist für uns bisher nicht sichtbar, daß die IG Metall dort etwas organisiert, um Widerstand gegen das Vorgehen der Firma auf die Beine zu kriegen und vielleicht in diesem Widerstand auch die anderen Belegschaften, die überall mit über 80 % in der IG Metall organisiert sind, einzubeziehen. Es gab auf der Vollkonferenz von Seiten der West-Betriebsräte und den Vertretern des IGM-Vorstands, Aufsichtsratsmitgliedern, harte Angriffe gegen das Management.

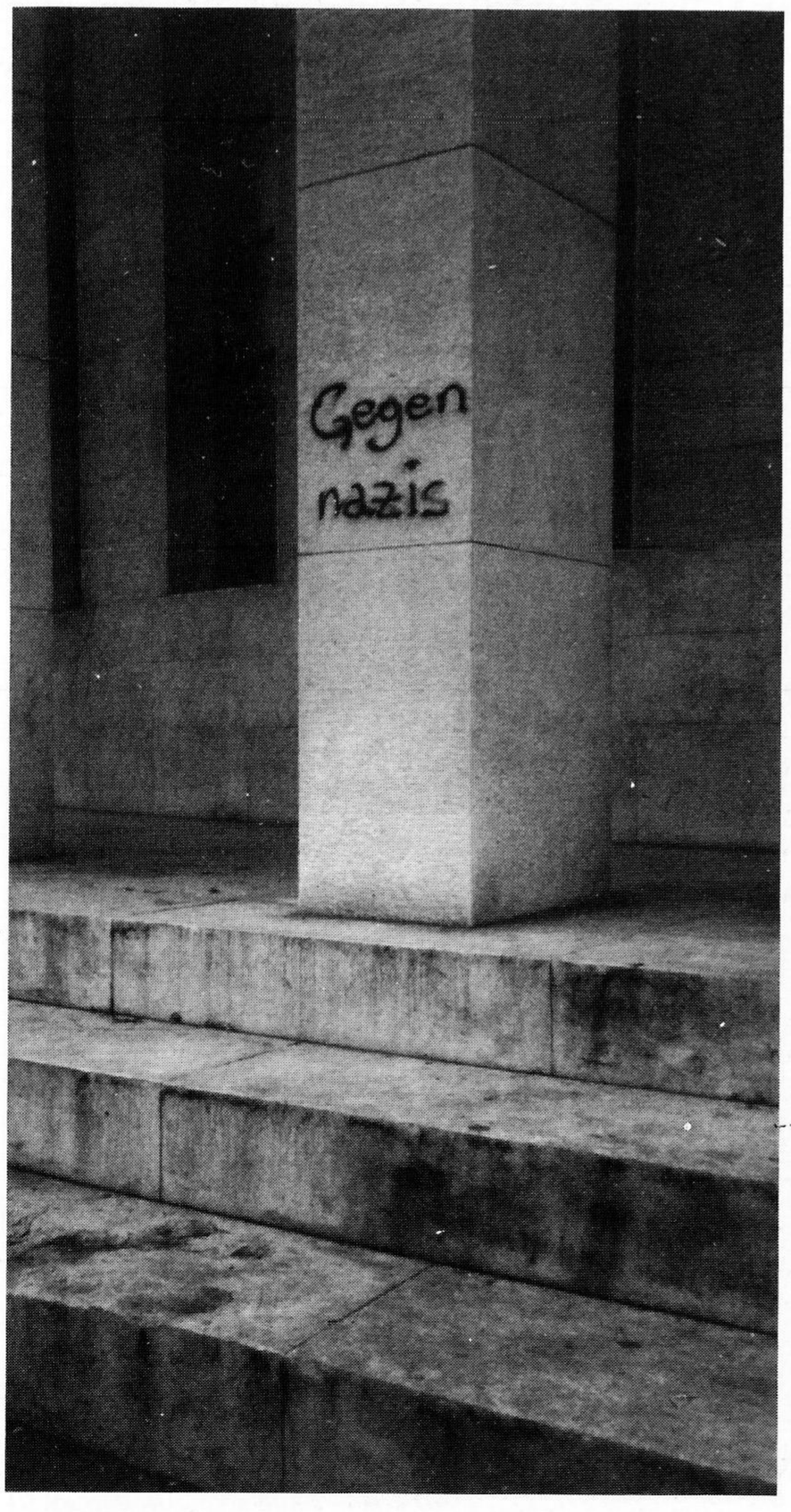
Das Ganze wurde als Kriegserklärung bezeichnet. Es gab gleichzeitig harte Angriffe gegen das Verhalten der Eisenacher Betriebsräte, die sich so unsolidarisch gegenüber den andern Belegschaften einwickeln lassen und der Erpressung folgen. Drittens gab es aber auch — und da wird die ganze Sache problematisch — die Forderung, wegen der Absatzschwierigkeiten im Westen solle Opel die Einstellungen in Eisenach stoppen.

überhaupt in Kroatien wieder rationale Politik gemacht wird, daß man sich ein bißchen von der nationalistischen Karte entfernt.

Puhovski: Das hat nichts mehr mit Kroatien und Serbien zu tun, sondern betrifft alle osteuropäischen Staaten. In allen osteuropäischen Staaten war Nationalismus die Reservelegitimation. Ich glaube, das hat mit der Konstitution des real existierenden Sozialismus zu tun.

In Jugoslawien war die nationalistische Atmosphäre schon in den ganzen 80er Jahren existent. Wir hatten quasi einen Pluralismus, wo die nationalen Vertretungen in Belgrad praktisch als verschiedene Parteien agiert haben. Wir hatten Fraktionen im Bundesparlament und im ZK des Bundes der Kommunisten. Auch in dieser Situation war in den 80er Jahren — besonders am Ende — die serbische Seite radikaler als die kroatische und slowenische. Nur hat die serbische Seite offiziell und formell im Sinne von Jugoslawien argumentiert, die slowenische und kroatische aber dagegen. Ich war mit Herrn Horvat einer der Mitbegründer der ersten jugoslawischen alternativen Bewegung, der ,,Assoziation für die jugoslawische demokratische Initiative" (UJDI), die leider gescheitert ist. Ausgangspunkt für uns war die Tatsache, daß es nur einen gemeinsamen Punkt gab für Milosevic und Kucan und die kroatischen Kommunisten: Die waren alle gegen die jugoslawischen Wahlen. Milosevic war zu dieser Zeit aus Prinzip gegen Wahlen, und die slowenischen und kroatischen Kommunisten waren gegen die Wahlen, weil sie nicht dazu beitragen wollten, daß Jugoslawien eine neue demokratische Legitimation bekommt. Die wollten nur, daß die Teilrepubliken zu dieser Zeit eine demokratische Legitimation bekommen. In dem Moment, in dem es klar war, daß es Wahlen in Teilrepubliken gibt und keine jugoslawischen Wahlen, war es für mich klar, daß dies das Ende von Jugoslawien bedeutete und es bestand nur noch die Frage, ob sich das ohne Krieg regeln läßt. Das hatte drei Konsequenzen. Erstens: es gab keine zivile Kontrolle über die Armee; zweites: es gab keine demokratische Legitimation für Jugoslawien und drittens: die einzige Legitimation für Jugoslawien war die Armee. Das war ein Teufelskreis. Im dem Moment, in dem die Armee begann, z.B. Osijek zu bombardieren — und wegen den schweren Kanonen wußte man, daß es keine Tschetniksgruppen sind, sondern die Armee — in dem Moment war für mich Jugoslawien beendet. Das war Ende Juli 1991.

Was war das Problem? Es gab so eine — wenn Sie so sagen möchten — eine perverse Logik, daß Serben Kroaten töten im Namen von Serbien, und Kroaten Serben töten im Namen von Kroatien, aber daß die Jugoslawen im Name von Jugoslawien Jugoslawen töten, das war zuviel. Osijek war die Stadt in Jugoslawien, die den höchsten Prozentsatz an ethnischen Jugoslawen hatte; 17,5 % der Einwohner von Osijek waren Leute, die sich im ethnischen Sinne als Jugoslawen verstanden. Wenn Sie dort jetzt drei finden würden, wäre das viel. Die jugoslawische Armee hatte eine Verfassungsgrundlage für die Intervention in Slowenien, ich glaube, daß das politisch ein Skandal war, aber sie hatten eine Verfassungsgrundlage. Aber nachdem sie sich aus Slowenien zurückgezogen hatten, hatten sie keine Grundlage für irgendwelche weiteren Aktionen.



Auf der einen Seite ist die Rekonstruktion von Tatsachen wichtig, auf der anderen Seite war die Benutzung von Halbwahrheiten zu Propagandazwekken immer ein ganz entscheidender Mechanismus, mit dem das ganze von beiden Seiten hochgeputscht wurde. Wenn ich mir die Situation des kroatischen Staates heute anschaue, dann zeigt sich, daß diese Tendenz — wie legitim auch immer, wie eindeutig die Aggression vom serbischen Teil Jugoslawiens auch ausging, — daß diese Art der Reaktion Kroatien immer stärker in eine Sackgasse geführt hat, sozial, ökonomisch, politisch. Man bekommt den Eindruck, daß dieser Politik immer mehr die rationalen Grundlagen, die vielleicht irgendwann mal auf Europa gerichtet waren, abhanden gekommen sind. Stellt Kroatien jetzt dieses kleine gallische Dorf dar, das einer Welt von Feinden gegenübersteht, und dem keiner mehr hilft?

Puhovski: Grob gesagt, hat diese Politik, die wir noch immer in Kroatien haben, nie eine rationale Grundlage gehabt. Das war von Anfang an eine nationalistische Politik. Die haben Glück gehabt — aus meiner Sicht — daß die andere Seite noch schlimmer, noch krimineller war. Aber die andere Seite war so kriminell, daß alle ideologischen Vorstellungen über die Serben durch den Krieg teilweise — und dann manipuliert allgemein — bestätigt wurden. Das ist das Problem für Leute, die, wie z.B. ich, eine ganze Zeit für Jugoslawien argumentiert haben. Ich habe immer gesagt, daß das ein jugoslawisch — kroatischer Krieg war und kein serbisch — kroatischer Krieg. Deswegen ist Jugoslawien keine Lösung. Es folgt daraus das, was wir in Zagreb getan haben, nämlich praktisch alle Daten über die Handlungen gegenüber den Serben zu veröffentlichen. Wir haben alles versucht, um Serben zu helfen und wenigstens, wenn man nicht mehr helfen konnte, die Wahrheit zu veröffentlichen. Wenn man dann aus der kroatischen Sicht sagt: Aber die haben viel mehr Kroaten getötet, — was nach meiner Information stimmt, — sagen wir: Das hat mit der Sache nichts zu tun.

Ich möchte Sie gerne noch etwas zu Bosnien fragen. Sie haben es eben am Rande erwähnt und gesagt, in Bosnien liegt die Sache ganz anders, was den Aggressor angeht.

Puhovski: In Bosnien haben zwei Seiten interveniert: nochmals als erster die jugoslawische Armee, aber sehr stark und ganz gegen alle Elemente des Völkerrechts auch die kroatische. Es gibt eine Vorstellung, die leider eine gewisse Rationalität hat: Die einfachste Weise, den Krieg zwischen Serben und Kroaten zu beenden ist die auf dem Rücken von Bosnien, denn nur so könnten beide Seiten behaupten, sie hätten gesiegt. Ein Schönheitsfehler ist nur, daß dann die Muslime praktisch keine Chance haben. Auch Kroaten versuchen, Bosnien-Herzegowina von Muslimen zu „reinigen", nicht so brutal wie die Serben, sie haben nicht ganz so viele Leute getötet, aber viel zu viele. In Bosnien hat sich während der ganzen Zeit die kroatische Seite als die intelligentere gezeigt. Sie haben nie offen gegenüber der Weltpolitik oder der Politik der internationalen Gemeinschaft protestiert, während die serbische das immer getan hat.

Zu den Reaktionen des Auslands, speziell der Bundesrepublik. Was sind die Ursachen dafür, daß es dieses Bild vom Krieg gegeben hat? Was könnten Gruppen in der BRD sinnvolles dagegen tun?

Puhovski: Daß die Deutschen für Kroatien waren, kann ich noch verstehen, aber daß sie so entschieden antiserbisch orientiert waren, kann ich nicht verstehen. Ich war bis zum Ende Juli 1991 in Berlin und wirklich

schockiert, wie direkt die Medien in der BRD gegen die Serben orientiert waren. Man hat in der BRD nie öffentlich gesagt, daß „nur" 6 Slowenen diesen sogenannten Krieg in Slowenien gestorben sind, aber 68 jugoslawische Soldaten und daß in den ersten 2 Tagen die jugoslawische Armee keine wirkliche Munition gehabt hat, sondern nur diese Manövermunition, denn die waren dumm genug zu glauben, die Slowenen werden nicht kämpfen. Danach hat man gesagt: Nein, das ist keine jugoslawische, das ist eine serbische Armee! Die Kroaten waren immer unter dem serbischen Joch! Man hat nicht gewußt, daß 35 Jahre der Alleinherrscher von Jugoslawien ein Kroate war, daß Kroaten viermal so lange einen Ministerpräsidenten von Jugoslawien stellten wie Serben, daß 14 Jahre lang 3 erste Offiziere in der Armee Kroaten waren. Das hat man alles vergessen. Ich habe mal in einer Diskussion gesagt: Wissen Sie, daß die Serben so primitiv sind und glauben, daß jetzt noch immer aus Wien und Berlin die Reaktionen auf den 1. oder 2. Weltkrieg kommen, kann ich irgendwie verstehen, aber daß die Österreicher und Deutschen so primitiv sind und daß sie wirklich in diesem Sinne wie im 1. oder im 2. Weltkrieg gegen die Serben sind, kann ich überhaupt nicht verstehen. Dann habe ich Zitate aus dem 1. Weltkrieg gefunden, da hat man praktisch dasselbe gesagt. Das Problem war für mich nicht, daß sie so prokroatisch waren, sondern, daß sie so antiserbisch waren. Beide Seiten, die kroatische und serbische Seite haben in dem Sinne die deutsche Politik völlig falsch interpretiert. Beide Seiten haben geglaubt, daß sie doch mit dem „Dritten Reich" zu tun haben, die Kroaten das „Dritte Reich" als Freund und Alliierte und die Serben als Feind. Ich habe in der taz im März vorigen Jahres in einem Artikel geschrieben, die Deutschen haben so viel für die Anerkennung getan, jetzt haben sie auch eine gewisse Verantwortlichkeit für die Demokratie in Kroatien.

Aber das führt auf die Frage zurück, was kann man in der jetzigen Situation tun oder was können die europäischen Staaten, Deutschland, was können andere Organisationen tun? Was glauben Sie, wie die Entwicklung weitergeht?

Puhovski: Das wesentliche ist: Man hat geholfen, daß diese neuen Staaten vom Baltikum bis Usbekistan eine Souveränität bekommen. Jetzt muß man diese Souveränität tatsächlich begrenzen, d.h. man muß sich jeden Tag aufs Neue in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten einmischen. Es war die stalinistische, realsozialistische Formel: Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Staaten. Das darf man nie wieder als Praxis legitimieren. Die Anerkennung von Souveränität muß im Sinne von Menschenrechten und den Rechten ethnischer Gruppen zur Einmischung innerhalb dieser Staaten führen. Es gibt einen kroatischen Staat, das ist eine Tatsache, das müssen und sollen wir anerkennen, aber eben deswegen haben wir ein Recht zu sagen, wir versuchen die Minderheiten, die Dissidenten, die Serben, die Kommunisten zu schützen, wenn sie Opfer einer Verfolgung sind, wenn sie die Opfer einer von Medien produzierten Hysterie sind.

Ist es nicht eine Illusion zu glauben, daß z.B. der deutsche Staat oder die deutsche offizielle Politik das einfordern werden, wenn sie selbst in einer völlig ruhigen, einer völlig harmlosen, sehr wohlhabenden Situation es nicht schaffen oder nicht willens sind, z.B. Asylbewerber zu schützen?

Puhovski: Ja das stimmt, aber die Frage ist doch die, was andere Gruppen tun können. Wenn man z.B. weiß, ein Streik bahnt sich in Split an und es gibt eine ziemlich große Chance, daß Polizei oder Streikbrecher intervenieren, dann kommen z.B. 12 Leute aus Bremen nach Split, wenigstens als Zeugen. Oder wenn man weiß, daß eine Zeitung Probleme bekommt, wie z.B. Danas, dann kann man dieser Zeitung helfen. Man soll nicht vergessen, es ist zur Zeit in Kroatien sehr schwer, öffentlich gegen Deutschland zu argumentieren. Es gibt ein Gefühl, das ist der ältere Bruder, die haben uns geholfen. Dann muß man und soll man das in der kroatischen Situation nutzen, um den Minderheiten, um den linksorientierten Gruppen oder Individuen zu helfen. Das einzige, was man wirklich immer aufs Neue als etwas Gutes über Tudjman sagen kann, ist, daß er immer weich wird gegenüber dem Druck von außen. Was man über Milosevic nicht sagen kann.

Zum Abschluß noch eine eher persönliche Frage, weil Sie auch erwähnt haben, daß Sie in den kroatischen Zeitungen sehr stark angegriffen wurden. Wie geht die Entwicklung in Kroatien weiter, fühlen Sie sich auch persönlich bedroht?

Puhovski: Nein. Ich fühle mich nicht bedroht: Ich kenne sehr viele Leute, sehr viele Leute kennen mich, ich kann angegriffen werden, aber ich glaube nicht, daß ich in Gefahr bin.

Aber die Leute, die ihren Arbeitsplatz verlieren, weil sie Serben sind oder Kommunisten waren — von anderen Kommunisten, z.B. die jetzt in der neuen Regierungspartei tätig sind — oder die Leute, die Kinder haben, die angegriffen wurden, weil ihre Eltern Serben sind ... Es gibt sehr viele Leute, die wirklich in Gefahr sind. Z.B. die Serben in der Umgebung von Slavonska Pozega, die man versucht zu vertreiben, oder die Serben aus Split, die einen ungeheuren Druck ausgesetzt sind. Oder die Serben in Osijek: einige Familien hält man dort praktisch für einen Austausch, d.h. als Geiseln, und niemand weiß davon. ■

Zarko Puhovski ist Philosophieprofessor an der Universität Zagreb und einer der wichtigsten Intellektuellen der Opposition.

express

die Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken

In der **Dezember-Ausgabe** des *express*:

Interview mit Ingrid Kurz-Scherf ● Zu den Veränderungen im Bildungsbereich der IG Metall ● Probleme eines Ausländerbeauftragten beim DGB ● HBV-Gewerkschaftstag ● Gewerkschaften und Technik ● Frankreichs Gewerkschaften ● Europäische Sozialunion — eine Falle ● Nord-Süd-Konferenz des DGB u.v.m.

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

CHRISTOPH GÖRG / MIRKO LONCAR

Im Lande des „Ban Jelacic“

Die demokratische Opposition in Kroatien

Ein Ende des Krieges im ehemaligen Jugoslawien zeichnet sich noch lange nicht ab. Immer schrecklicher werden die Meldungen über die Kriegsgreuel und die Verbrechen der Machthaber in Bosnien, vor allem gegenüber der moslemischen Bevölkerung. Eine weitere Eskalation wird sich wahrscheinlich nur verhindern und das Morden der Zivilbevölkerung beenden lassen, wenn im Rest-Jugoslawien verhandlungsbereite Kräfte die Oberhand gewinnen. Aber ebenso wichtig ist es im Auge zu behalten, was sich in dieser Hinsicht in Kroatien tut, wie sich dort die nationalistischen und militaristischen Tendenzen entwickeln. Der folgende Beitrag faßt Eindrücke einer Reise nach Zagreb und Gespräche mit Vertretern der dortigen Opposition zusammen.

Wer am Samstagabend durch das Kneipenviertel von Zagreb flaniert, kommt kaum auf den Gedanken, in einem Land zu sein, das sich im Kriegszustand befindet. Auf den Straßen herrscht wie eh und jeh reges Treiben. Die Atmosphäre erinnert an italienische Städte. Auf den zweiten Blick aber wirken die Menschen ernster, trauriger, verschlossener. Schon einige Schritte weiter holt den Besucher die Realität in sehr subtiler Weise ein. Wo auf dem Stadtplan noch der alte Name steht — Platz der Republik — da symbolisiert der neue Name für den zentralen Platz in der Altstadt von Zagreb die Identität des neuen Kroatiens: Platz des Ban Jelacic. Dieser Fürst Jelacic war ein kroatischer Volksheld, ein Krieger, der sich u.a. durch die Niederschlagung des Aufstandes von 1848 in Ungarn (im Auftrag der k.u.k. Monarchie) einen Namen gemacht hat. Kriegszustand und antidemokratische Grundhaltung — zwei Motive, die den neuen Staat bestimmen. Allerdings scheint es so, als schwinge der Ban nun nicht mehr sein Schwert Richtung Budapest, sondern reite gegen Belgrad.

Das Durcheinander von UN-Soldaten, kroatischen Armeeangehörigen, Vertretern diverser internationaler (Hilfs-) Organisationen, geschäftetreibenden Kriegsgewinnlern und sich betont unauffällig gebenden Flüchtlingen in den Hotels holt den Besucher dann vollends in die Realität zurück. Es ist eben dieses Nebeneinander von normalem Leben und Krieg, welches das Land im Moment kennzeichnet. Auf den Märkten scheinen alle Waren im ausreichenden Maße vorhanden zu sein. Daß die monatliche Inflationsrate bei ca. 15 % oder noch höher liegt, sieht man nicht. In den Straßen gibt es weniger Bettler als noch vor einigen Jahren. Aber verschwunden sind vor allem die Sinti und Roma, während Kriegskrüppel, teilweise noch Kinder, hinzu gekommen sind. Kroatien hat heute bei insgesamt 4 Millionen Einwohnern (in den Gebieten, die von der kroatischen Regierung kontrolliert sind), mit 200000 registrierten Arbeitslosen zu kämpfen, was einer Arbeitslosenrate von ca. 10 % entspricht. Zur Gesamtbevölkerung gehören rund 700000 nicht mehr Arbeitsfähige, größtenteils nominell Rentner, von denen aber viele keine Rente beziehen. Außerdem muß das Land noch 120000 Soldaten und ca. 1 Millionen Flüchtlinge unterhalten. Die ganze Dramatik der sozialen Situation wird deutlich, wenn man den monatlichen Durchschnittslohn — umgerechnet rund 100 bis 120 DM — mit dem Existenzminimum einer vierköpfigen Familie vergleicht, das bei 400 bis 500 DM im Monat liegt.

Wer von Österreich kommend nach Kroatien reist, erlebt auch dieses Nebeneinander von scheinbarer Normalität und Krisenzustand. Daß er zunächst nach Slowenien ein-

Denkmal des Ban Jelacic, Zagreb

reist, wirkt inzwischen so normal, als hätte es Jugoslawien niemals gegeben. Nur der rote Stern auf manchen Autokennzeichen verrät noch die Vergangenheit. Dann, gut 20 km vor Zagreb, taucht plötzlich wieder ein Schild auf: CARINA — DOUANE. Es folgt eine Umleitung, die eher einem Feldweg denn einer Straße zu einer internationalen Grenze mitten in Europa gleicht. Vieles wirkt noch sehr improvisiert. Umsomehr werden die Symbole der neu gewonnenen Souveränität herausgestellt. Die Nationalfahne und die umstrittene „Sahovnica", das kroatische Wappen, das dem Zeichen der faschistischen Ustascha sehr ähnelt, sind überall zu sehen. Keine Straße, kein Laden, keine Kneipe, kein Hotel ohne mindestens eine Insignie der neuen Unabhängigkeit.

Doch die staatliche Souveränität droht in ein wirtschaftliches Fiasko zu münden. Nach Aussagen der demokratischen Opposition wird das Land von den derzeitigen Machthabern systematisch ausgeplündert und durch die völlig unfähige Wirtschaftspolitik, so das Wort überhaupt am Platz ist, ruiniert. Selbst die im ureigensten Interesse eines jeden kriegsführenden Landes liegende Entwicklung der Rüstungsindustrie wird vernachlässig und statt dessen teure Waffen von außen eingekauft. Die Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe dient vor allem der persönlichen Bereicherung der Führungskaste. Daß Präsident Tudjman seinem Sohn eine Fabrik kaufte ist fast noch ein unwichtiges Detail. Schwerer wiegt dagegen, daß z.B. der Verkauf von Restaurants und Hotels nach Mafia ähnlichen Methoden abläuft und viele Betriebe zu Schleuderpreisen den Besitzer wechseln. Neben der ökonomischen Unfähigkeit der Regierung ist es die Politik der Isolierung vom Ausland, das permanente Gefühl der Belagerung, das eine wirtschaftliche Konsolidierung verhindert. War es noch einer der zentralen Argumente für die Trennung von Jugoslawien, daß Kroatien alleine als ein stärker industrialisiertes Land auch in wirtschaftlicher Hinsicht schneller den Anschluß an Europa finden könnte, droht dem Land heute ökonomisch der Anschluß an die Entwicklungsländer.

Für die Sprecher der Sozialdemokratischen Union (SDU), einer kleinen Oppositionspartei, ist denn auch die Wirtschaftspolitik neben der Kriegsfrage und den Menschen- und Bürgerrechten eines der zentralen Probleme Kroatiens. Wird nicht der Zerfall der industriellen Kapazitäten gestoppt, dann droht dem Land die „Lateinamerikanisierung", d.h. die Degradierung zu einem halbagrarischen, weitgehend deindustrialisierten Land und die daraus folgende völlige Auslieferung gegenüber den Schwankungen des Weltmarktes. Das dann drohende Chaos sei fast noch mehr zu fürchten als der politische Totalitarismus, wird so dem Land doch auf Jahre hinaus jegliche Entwicklungschance genommen. Die Verknüpfung zwischen beiden Notwendigkeiten — der der wirtschaftlichen Modernisierung und der der politischen Demokratisierung — läßt

Reste einer abgeschossenen MIG auf dem 'Platz der Größen Kroatiens' — vormals 'Platz der Opfer des Faschismus', Zagreb.

immer wieder den Vergleich zu Spanien aufkommen, was für Kroatien wie für viele osteuropäische Länder ungeachtet aller problematischen Nebenaspekte die noch am ehesten realisierbare Perspektive zu sein scheint. Aber im Gegensatz zu Spanien nach dem Tod von Franco ist in Kroatien derzeit noch keine politische Kraft in der Lage, diesen Prozeß voranzutreiben.

Die SDU ist im Sommer dieses Jahres aus einer Vereinigung der Sozialdemokratischen Liga Kroatiens und des kroatischen Teils der Reformpartei von Markovic entstanden. Mitglieder beider Gruppierungen waren seit 1989 mehrheitlich in der UJDI (Vereinigung für eine demokratische jugoslawische Initiative) organisiert. Die UJDI war damals die erste Gruppierung, die sich außerhalb des organisatorischen Rahmens des Bundes der Kommunisten und seiner Untergliederungen gegründet hatte. Das wichtigste damalige Ziel, eine Verhinderung der drohenden kriegerischen Konflikte durch schnelle demokratische und gesamtjugoslawische Wahlen, konnte jedoch nicht erreicht werden. Dazu waren die Kräfte, die den Nationalismus brauchten und vorantrieben und die darauffolgenden Kriege zumindest in Kauf nahmen, schon zu stark. Die meisten dieser „ewigen Oppositionellen" — die im alten System mal als Linksabweichler, mal als Agenten des US-Imperialismus und als Nationalchauvinisten diffamiert wurden, heute dagegen als Vaterlandsverräter, Yugo-Nostalgiker, Yugo-Zombies oder Cetniks (in Serbien als Ustasa) bezeichnet werden — haben ihre politische Sozialisation im engeren oder weiteren Umfeld der „Praxis-Gruppe" erhalten. Sie sind überwiegend Soziologen, Philosophen, Ökonomen, Schriftsteller und Journalisten, die als Assistenten oder Studenten bei den Gründern dieser bis zu ihrem Verbot im Jahre 1975 international sehr angesehenen Zeitschrift studiert haben. Auch aus der Gruppe ihrer geistigen Väter Gajo Petrovic, Milan Kangrga und Rudi Supek, um nur einige aus der Zagreber Fraktion der „Praxis-Gruppe" zu nennen, sind sich viele als Oppositionelle treu geblieben. Leider gibt es auch unrühmliche Ausnahmen. Vor allem in Belgrad haben frühere Linksintellektuelle als nationalistische Einpeitscher in der serbischen Akademie der Wissenschaften gewirkt. Mihailo Markovic hat sogar den Sprung zum Berater des serbischen Führers Milosevic geschafft.

Das Potential für die Opposition ist dabei ziemlich beschränkt. Obwohl die SDU bei den letzten Wahlen im Sommer diesen Jahres nur etwa 33000 Stimmen (1,2%) erhalten hat, wurde dies von der Führung der Partei als Erfolg verbucht. Es hat den Anschein, daß die SDU die einzige Partei ist, die nachhaltig eine demokratische und auf dem Geist der Menschenrechte beruhende politische Option vertreten könnte. Die anderen Parteien, einschließlich der anderen drei sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien, stehen dem regierenden Block im nationalistischen Tenor in nichts nach. Einige, nicht nur D. Paragas faschistische Partei des Rechts, versuchen sogar, die herrschende HDZ noch rechts zu überholen, indem sie im Angesicht der kroatischen Tragödie den Revanchismus und Chauvinismus auf die Spitze treiben. So forderte der Prototyp des kroatischen Wendehalses Bosiljko Misetic (früheres KB-Mitglied und kurzzeitiger Justizminister in Tudmans Regierung) in einem Interview vom 16.11.92 in der „Slobodna Dalmacija", den Haß gegen „die Serben" und „alles serbische" zur allgemeinen Grundlage des neuen kroatischen Staates u.a. in der Erziehung von Kindern zu erheben. Außerhalb der Parteien gibt es einige regional wirkende demokratische Organisationen sowie lokale Friedens- und Menschenrechtsgruppen, die sich in der „Anti-War-Campain-Council-Croatia" zusammengeschlossen haben. Diese Initiativen betrieben vor allem eine direkte und am konkreten Einzelfall orientierte Hilfstätigkeit mit Flüchtlingen und den Opfern von Repressionen. Nicht alle haben dabei wie die Anti-War-Campaign eine regierungsunabhängige und kritische Ausrichtung. Manche, z.B. die „Mütter gegen den Krieg", wurden auch für die Zwecke der Regierung instrumentalisiert.

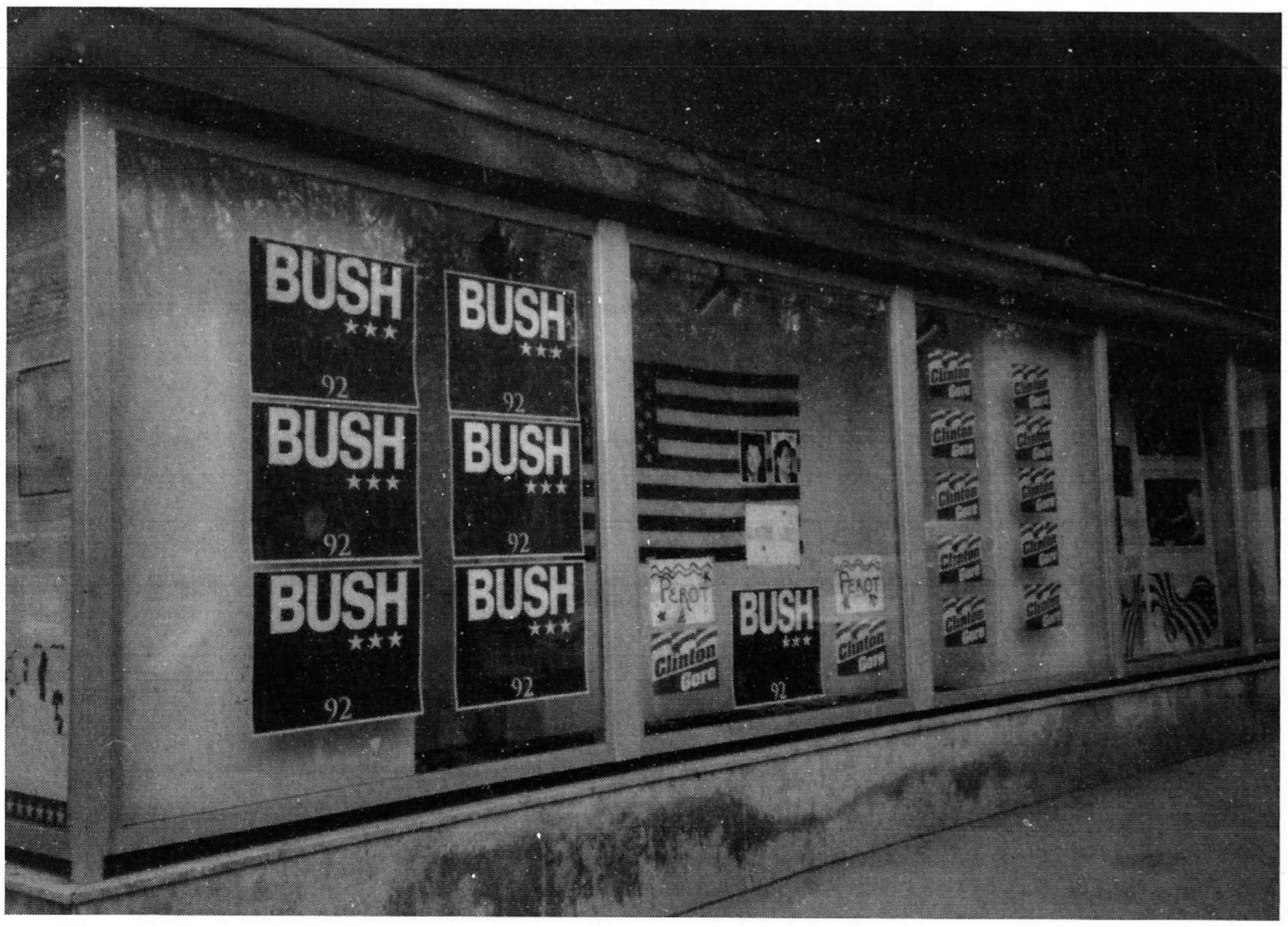
Für die Opposition ist ein genaues Verständis der historisch-politischen Genese des Krieges von besonderer Bedeutung. Dabei kreisen die Erklärungsversuche immer wieder um die Frage, inwieweit die von kroatischen Politikern — allen voran Franjo Tudjman — betriebene Politik neben der serbisch-jugoslawischen Aggression mitverantwortlich ist für die Eskalation des Krieges. Aufschlußreich ist dabei eine Episode aus der Frühzeit des Konfliktes, noch bevor

Kroatien eigentlich am Krieg beteiligt war. Beim Krieg der Volksarmee gegen Slowenien habe, so wird behauptet, die slowenische Führung (v.a. Janez Jansa und Milan Kucan), Milosevic, der großserbische Flügel innerhalb der jugoslawischen Volksarmee und die nationalistische Führung Kroatiens zumindest indirekt an einem Strang gezogen. Das Image der Volksarmee war zu diesem Zeitpunkt zwar schon stark angekratzt, aber noch immer (trotz der Repression im Kosovo) sahen viele Menschen auch außerhalb Serbiens die ,,Armija" als die Armee aller jugoslawischen Völker. Die starke großserbische zentralistisch und stalinistisch ausgerichtete Fraktion innerhalb der Armeeführung hatte schon im Laufe der vorangegangenen zwei Jahre viel Terrain gewonnen, aber immer noch waren Nicht-Serben in führenden Positionen (z.B. der Kroate General Anton Tus als Oberbefehlshaber der Luftwaffe) und noch immer soll es eine starke ,,neutal-demokratische" Fraktion gegeben haben, die auf Demokratisierung des Gesamtstaates, Entpolitisierung der Armee und Schutz von bedrohten lokalen Minderheiten setzte. Dieser Fraktion sei der Garaus gemacht worden, als ,,Janas Volkssturm" (beliebte Bezeichung für die slowenische Territorialverteidigung) auf die lediglich mit Manövermunition ausgerüsteten Wehrpflichtigen der Volksarmee mit scharfer Munition das Feuer eröffnet habe. Gleichzeitig brachte die darauffolgende kopflose Vergeltung der Armee gegen Territorialverteidigung und Zivilisten dieser nicht nur eine einhellige Verurteilung im Ausland ein. Kucan und Tudjman hatten erreicht, was vorher nur zögerlich gelingen wollte: Die slowenische und zunehmend auch die kroatische Bevölkerung hörte auf, diese Armee als die Ihre zu betrachten. Sie wurde zu einer „Besatzungsarmee" stilisiert, anstatt die Offenlegung der slowenisch-jugoslawischen Verwicklungen und Kungeleien zu verlangen, um die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur Rechenschaft zu ziehen. Der Abzug der Volksarmee aus Slowenien war die einzige Vereinbarung, die in allen Verhandlungen, die noch folgen sollten, wirklich eingehalten wurde, was sehr dafür spricht, daß man sich schon vorher darüber einig war. (Dagegen glaubte man „in der ersten Reihe" bei ARD und ZDF, die Slowenen hätten die Volksarmee besiegt.) Ohne Krieg hätten vielleicht zu viele Slowenen ihre Zweifel behalten über den Sinn einer so überstürzten Abkoppelung vom Rest des Landes, hätten die Kräfte in der Armee, die schon immer wußten, was mit „Separatisten" zu tun ist und die einen richtigen Krieg wollten, vielleicht nicht so leicht und so eindeutig die Oberhand gewonnen. Und ohne den slowenischen Krieg hätte die kroatische Bevölkerung nicht genügend Haß und Verachtung für diese Armee entwickelt, wie er nötig war, um später die Kasernen und Armeeinrichtungen in ganz Kroatien zu blokkieren und z.T. zu erstürmen.

In der Folge sorgte die Armee dafür, daß sie den Namen „Besetzer" auch verdiente. Manche Standortkommandanten der z.T. völlig blockierten Kasernen antworteten mit einer Bombardierung der Städte und Dörfer in der Umgebung ihrer Kasernen. Schon zuvor hatten es einige Kommandeure der Volksarmee nicht für nötig befunden gegen marodierende, aus Serbien einsickernde Cetnik-Banden vorzugehen und die bedrohte kroatische Bevölkerung zu schützen, sondern sahen förmlich zu, wie Menschen — nur weil sie Kroaten waren — von den Cetniks umgebracht wurden. Als dann noch kroatische „Todesschwadrone" anfingen, kollektive Vergeltung zu üben, indem sie völlig unbeteiligte Serben zuerst in Vukovar und später in Gospic umbrachten und dies von den kroatischen Behörden nicht geahndet wurde (in Zagreb scheint es allgemein bekannt zu sein, daß einer der Chefs dieser „Todesschwadrone" immer noch als Berater der kroatischen Regierung tätig ist), begann die großserbische Fraktion in der Volksarmee gemeinsam mit Seseljs und Arkans Cetniks den „jugoslawisch-serbischen" Krieg gegen Kroatien.

Hier soll keine Verschwörungstheorie entwickelt werden, nach der der Krieg von Milosevic, Tudjman, der Armee und dem slowenischen Präsidenten Kucan ausgeheckt wurde. Aber viele Ereignisse waren verschiedenen Leuten mit eigentlich gegensätzlichen Interessen beim Erreichen ihrer jeweiligen Ziele äußerst dienlich. Dieses Ineinandergreifen gilt es zu verstehen, will man mit der fatalen und auf dem ganzen Balkan mittlerweile sehr verbreiteten Logik brechen, daß jede Untat gegen irgendeinen Serben, mit den Verbrechen „der Serben" gegen „die Kroaten" pauschal aufgerechnet und damit auch entschuldigt werden kann.

Noch bevor der offene Krieg ausbrach, drohte der serbische Cetnikführer Seselj, von Kroatien würde nicht mehr übrigbleiben als von der Spitze der Kathedrale von Zagreb aus zu überblicken sei. So weit ist es nicht gekommen. Doch es wirkt schon einigermaßen befremdlich, daß man mit dem Stadtbus an die beim Waffenstillstand mit Serbien vereinbarte Frontlinie fahren kann. Auch wenn der Vertrag über den Waffenstillstand noch bis April '93 läuft, wird heute schon die Bevölkerung wieder aufgefordert, die Luftschutzkeller bereit zu machen. Es ist nicht zuletzt dieser Kriegszustand, es ist die Angst vor einer erneuten Aggression, die es der Opposition in Kroatien so schwer macht. Kriegsbedrohung und Nationalismus nähren sich nicht nur gegenseitig, sie machen auch eine Gegenpolitik wechselseitig so schwierig. Manche bezeichnen den Nationalismus als ,,die Luft, die man atmet" und den man schon deshalb schwer bekämpfen könne. Ihn offen anzugreifen, bedeute Isolation und Diffamierung. Dafür verantwortlich ist nicht zuletzt das Wissen um die Verbrechen in den serbisch besetzten Gebieten Kroatiens, vor allem in der Kraijna. Für Srdan Dvornik, einem Sprecher der Antikriegskampagne Zagreb, ist daher eine Lösung für die besetzten Gebiete die Voraussetzung für jede weitergehende innere Demokratisierung. Immer wieder gibt es Meldungen über gewaltsame Übergriffe gegen Zivilisten in den von den von UN-PROFOR-Truppen kontrollierten Gebieten Kroatiens, ohne daß diese es verhindern könnten. Dies gilt besonders für die serbisch kontrollierten Teile, aber auch im kroatisch kontrollierten Osijek scheint sich der dortige Machthaber Glavas weder um die UNO-Truppen noch um Tudjmans Befehle zu kümmern. Die Situation ließe sich vielleicht dadurch verbessern, daß den militärischen Einheiten zivile Ordnungs- und Verwaltungskräfte beigeordnet würden. Ein weiteres Problem liegt aber darin, daß die UN-Truppen zwar die Grenze zwischen serbisch be-



Amerikanische Botschaft, Zagreb

setzten Gebieten und Kroatien aus Angst vor unkontrolliert zurückkehrenden Flüchtlingen und den daraus resultierenden Konflikten absolut dicht halten, aber die Grenze nach Serbien völlig offen ist. Serbische Siedler können sich daher an den Orten niederlassen, aus denen Kroaten vertrieben wurden. Zudem kann aus den in diesem Gebiet liegenden Ölquellen Rohöl in beträchtlichem Umfang nach Serbien geliefert werden.

Der Einsicht in die Insuffizienz des derzeitigen UN-Engagements in Kroatien steht die Einsicht in seine Alternativlosigkeit gegenüber. Auch mit der UN sei die Gefahr eines wieder aufflammenden Krieges keineswegs gebannt, meinte der Sprecher der SDU. Aber bei einem Abzug wäre die gegenseitige Zerfleischung auf jeden Fall nicht mehr aufzuhalten. Besonders dringlich ist es demnach, den lokalen Kriegsfürsten die Legitimation und ihre Macht zu entziehen und sie vor ein Kriegsverbrecher-Tribunal zu stellen. Denn um etwas anderes handelt es sich bei vielen dieser Machthaber nicht. Statt dessen würden diese z.T. selbsternannten Machthaber von der UN als Verhandlungspartner akzeptiert und dadurch anerkannt.

Die innenpolitische Situation in Kroatien hängt sehr eng mit der Entwicklung in den anderen Republiken zusammen. Um eine weitere Eskalation und eine weitere Ausdehnung des Krieges zu verhindern, wird von der demokratischen Opposition als besonders dringliche Forderung die nach der Anerkennung Makedoniens erhoben. Nur durch diese Anerkennung sei die gegenwärtige gemäßigte Regierung, eine Koalition aus Sozialdemokraten, Reformkommunisten und albanischer Minderheit, weiter überlebensfähig. Scheitert diese Koalition, drohen auch hier die Machtübernahme durch eine nationalistische Patei (VMRO) und gewaltsame Auseinandersetzungen. Die Situation in Bosnien-Herzegowina ist natürlich noch um ein vielfaches dramatischer, zumal ein tragfähiger Waffenstillstand nicht in Sicht ist. Von Teilen der Opposition wird die These vertreten, daß Milosevic und Tudjman sich bei einem Geheimtreffen in Karadordevo in der Vojvodina im Frühjahr 90 über die Aufteilung Bosniens und Herzegowinas im Prinzip geeinigt und das Ende der Vielvölkerrepublik besiegelt hätten. Einig ist sich die demokratische Opposition Kroatiens in der Einschätzung, daß die von den serbischen Verbänden in Bosnien-Herzegowina begangenen Verbrechen in ihrer Monströsität alles andere übertreffen. Sicher ist auch, daß sowohl aus Jugoslawien als auch aus Kroatien immer noch Wehrpflichtige in den Kampf nach Bosnien geschickt werden.

Über eine Lösung für Bosnien gibt es auch in der Antikriegskampagne keine eindeutige Meinung. Nur in einem Punkt besteht Übereinstimmung: Entgegen manchen in der Bundesrepublik verbreiteten Falschmeldungen wird eine massive Militärintervention durch die Nato abgelehnt. Eine Intervention dürfe sich nicht allein gegen die serbischen Aggressoren richten und z.B. nur die Grenze an der Drina zwischen Bosnien und Serbien schließen, anstatt auch die Grenze nach Kroatien zu kontrollieren und alle bewaffneten Verbände unter Kontrolle zu stellen. Doch selbst eine solche „neutrale" Militärintervention hält man in massiver Form für sehr riskant und für kaum wahrscheinlich. Ein besserer Ansatz sei, in den noch freien Zonen Bosniens zunächst eine Art Schutzzone für die bedrohte Zivilbevölkerung zu errichten und nach und nach auszudehnen. Ziel müßte sein, ganz Bosnien unter ein UNO-Protektorat zu stellen und zu demilitarisieren. Obwohl Spötter behaupten, die Abkürzung „UNPROFOR" bedeute in Wirklichkeit „unprotected Foreigners", weil sie statt zur Erfüllung ihrer Aufgabe noch nicht mal in der Lage seien, sich selbst zu schützen, scheint diese Lösung noch am ehesten durchführbar zu sein. Auf keinen Fall sollten Grenzveränderungen akzeptiert und weder die selbstproklamierte „Republika Srpska" noch das kroatische „Herceg-Bosna" anerkannt werden. Langfristig geht es um die Forderung nach einer eingeschränkten Souveränität aller Nachfolgestaaten Jugoslawiens als Weg zur Kontrolle demokratischer Rechte und zum Schutz von Minderheiten.

Mögliche Spaltungen der Macht

Wenn es schwierig ist, in Kroatien eine Opposition aufzubauen, weil die Tatsache der serbischen Aggression unter der Führung von Milosovic einen großen Loyalitätsdruck erzeugt, dann gilt umgekehrt auch: Jede Möglichkeit der Deeskalation des Krieges hängt von einer Durchsetzung der demokratischen Rechte und Sicherheiten ab. Zwar gilt dies in besonderem Maße für Serbien und Rest-Jugoslawien, wo dem Machtkampf zwischen Milosevic auf der einen und Panic und Cosic auf der anderen Seite eine entscheidende Bedeutung zukommt. Entgegen der in der Bundesrepublik verbreiteten Meinung, letztere seien besonders in der Armee einflußlos und dienten eher zur Verschleierung der serbischen Aggression, betonten die kroatischen Oppositionellen immer wieder, daß auch die Armee nicht als monolithischer Block betrachtet werden dürfe. Es sei auch nicht von vornherein davon auszugehen, daß sie geschlossen hinter Milosevic stehe. Selbst ein Putsch gegen ihn sei nicht völlig auszuschließen. Anstelle des dämonisierenden Blickes auf die als einheitlicher Block dargestellten Serben muß die vielfach gespaltene Macht zwischen serbischer und jugoslawischer Regierung, Cetniks und lokalen Kriegsfürsten Berücksichtigung finden. Von großer Bedeutung ist daher auch die Ende Dezember stattfindende Wahl in Serbien, bei der Milosevic zwar gewinnen dürfte, das Ausmaß seines Wahlsieges aber als wichtiges Barometer für die interne Machtverteilung gewertet werden kann.

Auch in Kroatien behindert der Nationalismus der herrschenden Kräfte Ansätze zu einer Deeskalation des Krieges. Von einer freien Diskussion um politische Optionen, geschweige denn einer fairen Möglichkeit zur Organisierung anderer politischer Ziele als der der HDZ, kann nicht gesprochen werden. Zwar gibt es keine oder nur sehr partiell offene Unterdrückung und keinen staatlich organisierten Terror. Aber der kroatische Staat unterläßt es zu oft, aus nationalistischen Motiven begangene Verbrechen zu verfolgen und zu ahnden. Viele demokratische Rechte sind entweder entscheidend eingeschränkt oder überhaupt nicht vorhanden. Inzwischen gibt es nach der faktischen Gleichschaltung der Medien durch Einsetzen von Verwaltungsräten im Zuge der Privatisierung nur noch eine einzige unabhängige Tageszeitung in ganz Kroatien, die „Slobodna Dalmacija" aus Split. Dort kann zwar auch die Opposition ab und an Gehör finden und sich artikulieren. Aber die Stimmung ist so nationalistisch formiert, daß schon der kleinste Widerspruch den Vorwurf mit sich führt, sie seien keine „guten Kroaten" sondern „Jugo-Nostalgiker" oder gar „Jugo-Zombies". Dem Abbau von Militarismus und Chauvinismus sind so enge Grenzen gesetzt. Selbst die Einführung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung konnte sich die Regierung leisten, weil nur ca. 100 Personen von diesem Recht Gebrauch machten. Der Grund dafür liegt aber nicht allein in einer nationalistischen Stimmung, sondern auch darin, daß es keine Rechtssicherheit gibt und viele offensichtlich befürchteten, bei Inanspruchnahme des Rechtes einfach an die Front geschickt zu werden. Eine unabhängige Justiz gibt es nicht. Und schon die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit kann schnell den Vorwurf der Denunziation, der Kollaboration mit dem Ausland, der Schädigung des Ansehens Kroatiens und damit die innerstaatliche Feinderklärung nach sich ziehen. Im Land herrscht der Eindruck, es werde mehr und mehr von allen wirklichen oder vermeintlichen Freunden verlassen. Der Solidarisierungseffekt, den dieses Gefühl mit sich bringt, ist unausweichlich. „Der Krieg ist der Partner von Tudjman", faßte dies ein Gesprächspartner zusammen. Milosevic' großserbischer Nationalismus hat ihn nach oben gebracht und der Krieg hält ihn an der Macht, zumindest solange, als es Tudjman gelingt, alle denkbaren Alternativen aus den Köpfen der Menschen zu verbannen. Jeder, der hier nach einfachen Schuldzuschreibungen sucht, verstärkt die Gefahr der Instrumentalisierung für die Interessen der Machthaber a la Milosevic und Tudjman. Die Jugo-Zombies sind nicht die, die nach Wegen suchen, wie die Völker des ehemaligen Jugoslawien auf weniger gewaltsame Weise miteinander leben können. Die wirklichen Jugo-Zombies sind die, die ihre Macht aus den Problemen des untergegangenen Vielvölkerstaates schöpfen und es nicht zulassen wollen, daß dieser seine Ruhe findet. Die wirklichen Zombies sind Milosevic, Tudjman & Co. ■

GABRIELE HERBERT

Jugoslawien — Von der Krise zur Katastrophe

Ursprünglich handelte es sich bei diesem Artikel um die Aktualisierung eines Interviews, das die Autorin im Sommer 1988 einem deutschen Magazin gegeben hatte. Damals sah noch kaum jemand voraus, welche Umwälzungen in den sogenannten sozialistischen Staaten Osteuropas kurze Zeit später stattfinden sollten. In Jugoslawien ließen sich von Anfang an, mehr unter einem politischen als unter einem ökonomischen Blickwinkel gesehen, zwei parallel verlaufende Entwicklungen beobachten, die seitdem zu dramatischen, wenn nicht katastrophalen Auswirkungen geführt haben.

1988 war es gerade zwei Jahre her, daß der Entwurf eines „Memorandums" der serbischen Akademie der Wissenschaften in die Öffentlichkeit gelangt war. Aufgrund der in ihm aufgezeigten scharfen Widersprüche wurde es nicht nur sehr kontrovers diskutiert, sondern erlangte auch eine immense politische Bedeutung. Einerseits wurde darin die politische Sackgasse analysiert, in die Jugoslawien nach dem Tode Titos geraten war. Die Ursache dafür lag in der Konstitution von 1974, die bei allen bundesstaatlichen Entscheidungen den Konsens aller Republiken und Provinzen erforderte. Das Memorandum kritisierte diese Konstitution und forderte deutlichere föderalistische Strukturen, die u.a. den Mehrheitsentscheid in bundesstaatlichen Angelegenheiten ermöglichen sollte. Eine der Grundlagen dieser Analyse war die in ökonomischen Kreisen bereits seit mehreren Jahren verbreitete Auffassung, daß es keinen wirklichen ganzjugoslawischen Markt gäbe, sondern sich die Märkte der einzelnen Republiken gegeneinander abschotteten. Darin wurde die Hauptursache für die Wirtschaftskrise in Jugoslawien gesehen.

In bezug auf seine wirtschaftliche Analyse und auf die Kritik an der Konstitution stellte dieser Memorandumsentwurf (eine endgültige Fassung wurde nie veröffentlicht) einen realistischen und provozierenden Beitrag zur jugoslawischen Reformdebatte dar, der es wert gewesen wäre, berücksichtigt zu werden.

Ein zweites und wesentlich stärker herausgearbeitetes Element des Memorandums war die für die damalige Zeit außerordentlich nationalistisch gefärbte Klage, daß Serbien seit 1945 bewußt und systematisch diskriminiert worden wäre, und das obwohl es die Hauptlast der beiden Weltkriege getragen hätte. Serbiens Status als Republik wie auch sein Verhältnis zu den autonomen Provinzen sei ungeklärt, so daß serbische Identität und Nationalität unterdrückt würde. Außerdem fände in Kosovo ein Völkermord an den dort lebenden Serben statt, während den Serben in Kroatien ihre kulturelle Identität vorenthalten werde.

Obwohl nie veröffentlicht, wurde dieses Memorandum in weiten Kreisen diskutiert, so daß es zu einem äußerst bedeutenden Dokument wurde. Darüber hinaus spiegelte es die politischen Überzeugungen Slobodan Milosevics, der in jenen Jahren an die Spitze von Partei und Staat emporstieg. Ähnlich wie das Memorandum klangen seine Reden durchaus überzeugend, überzeugend genug jedenfalls, um von internationalen Wirtschaftsmagazinen zitiert zu werden.

Milosevic begann jedoch gleichzeitig, den allmählich auflebenden serbischen Nationalismus eifrig zu schüren. In seinen Reden zur Vorbereitung der 500-Jahr-Feiern der Schlacht um Kosovo Polje forderte er zumindest implizit die Vorherrschaft Serbiens über Jugoslawien, und das mit solch nationalistischer Inbrunst, daß die anderen Teile des damaligen Jugoslawiens das Fürchten lernten.

Auf ihre Weise waren seine Forderungen durchaus rational und folgerichtig. Da weitgehend unbestritten war, daß die jugoslawischen Republiken und autonomen Provinzen sich sowohl ökonomisch als auch politisch immer weiter auseinanderdividierten, war es nur logisch, daß jede Republik nach mehr Autonomie strebte, und zwar sowohl in Hinsicht auf ihre Ökonomie als auch auf Kultur, Erziehung und Gesetzgebung. Serbien war die einzige Republik, auf deren Territorium sich zwei autonome Provinzen befanden, die über nahezu die gleichen Rechte verfügten wie die Republiken selbst. Kosovo, eine dieser Provinzen innerhalb Serbiens, verschlang nahezu die gesam-

Spanische Legionäre auf dem Weg nach Jugoslawien. *Photo: El Pais*

ten Einnahmen des Fonds für unterentwickelte Regionen, in den jede Republik 3 % ihres Bruttosozialprodukts einzuzahlen hatte. Aus diesem Grund wurde Serbien in der slowenischen und kroatischen Öffentlichkeit als ein Faß ohne Boden dargestellt, in dem der ganze ansonsten mögliche soziale Reichtum verschwand. Dementsprechend fordert Milosevic eine Verfassungsänderung, die Serbien die uneingeschränkte Herrschaft über sein Territorium verleihen sollte. Auch diese Kampagne zur Verfassungsänderung führte er im Stile eines großserbischen Führers. Seine nationalistische Rhetorik, die ihn völlig wegführte von der Verfassungsdiskussion, versetzte die Serben in eine paranoide Hysterie, derzufolge sie sich als Verfolgte in ganz Jugoslawien fühlten. (Die Autorin erinnert sich an einen Zwischenfall im Jahr 1989 an der kroatischen Küste, als eine vollständige serbische Touristengruppe das Hotel verließ, weil alle glaubten, sie sollten dort wegen ihrer Nationalität vergiftet werden.)

Mit der Änderung der serbischen Verfassung gingen zwei weitere Veränderungen einher, die sich für die weitere Entwicklung als wesentlich zeigen sollten. Zum einen verschob sich die Machtverteilung in der Bundesregierung, in der die autonomen Provinzen gleichberechtigte Partner der Republiken waren. Mit dem Verlust ihrer Autonomie stimmten die Vertreter Kosovos und der Vojvodina, die zu Marionetten Milosevics geworden waren, automatisch mit Serbien. Dadurch hatte Serbien drei der acht Stimmen für sich, und gemeinsam mit Montenegro konnte es immer wieder Pattsituationen herbeiführen. (Die früher übliche neunte Stimme, die des Präsidenten des Bundes der Kommunisten, war mit der Verfassungsänderung von 1988 abgeschafft worden.)

Die zweite wesentliche Veränderung war die Tatsache, daß weder Kroatien noch Slowenien sich der Verfassungsrevision ernsthaft entgegenstellten. Dieses, man kann fast sagen mangelnde Interesse läßt sich kaum anders interpretieren als, daß beide glücklich darüber waren, die Verantwortung für das unlösbare Problem Kosovo loszusein.

Bereits in dieser Situation wird die nachfolgende Entwicklung zu extremem Nationalismus und entsprechenden Wahlergebnissen innerhalb des neu entstandenen Mehrparteiensystems deutlich. Nichtsdestotrotz liegt eine der wesentlichen Ursachen für dieses Chaos in der bereits seit Jahrzehnten andauernden Unfähigkeit des Bundes der Kommunisten, gemeinsame Perspektiven und Lösungen hinsichtlich struktureller politischer und personeller Fragen zu entwickeln. Im Gegenteil! Mit seiner Unterteilung in verschiedene nationale Kommunistische Parteien hatte der Bund der Kommunisten die Zersplitterung in Einzelstaaten bereits vorweggenommen.

In Kroatien und Slowenien ließen sich zu Ende der 80er Jahre sehr widersprüchliche Entwicklungen ausmachen. Ihr jeweiliger Bund der Kommunisten war durch zwei unterschiedliche Hauptströmungen gekennzeichnet. Und zwar einmal durch den Versuch, mehr Demokratie durch die Zulassung anderer Parteien und unabhängiger Kandidaten zu versuchen. Diese Bewegung war sehr stark und konnte sich zunehmend durchsetzen. Zum anderen durch den Versuch einen Schritt in Richtung auf mehr Demokratie zu machen, der für den Fortbestand des Bundesstaates Jugoslawien sehr wichtig gewesen wäre, war die Forderung nach der Einsetzung einer dritten Kammer auf Bundesebene, und zwar der Arbeiterkammer, die auf lokaler und auf Ebene der Republiken bereits existierte. Sie hätte als Instrument einer direkteren Demokratie ein Gegengewicht bilden können gegen die Kammer der Republiken und Provinzen einerseits und die Bundeskammer andrerseits, die im wesentlichen die Interessen sozialer und politischer Organisationen, also hauptsächlich die der Partei repräsentierte. Es wäre sehr unwahrscheinlich gewesen, daß eine solche Kammer offensichtlich nationalistisch gefärbten Gesetzen, wie sie in Slowenien bereits Mitte der 80er Jahre erlassen wurden, zugestimmt hätte. Dazu gehören unter anderem die in Slowenien geltenden Arbeitsgesetze, die bereits deutlich zwischen slowenischen und anderen jugoslawischen Arbeitern unterscheiden.

Im ehemaligen Jugoslawien waren Wohnung, soziale Absicherung, Aus-/Bildung und andere Rechte eng an den Arbeitsplatz gekoppelt und hatten oft größere Bedeutung als die Löhne. Der Ausschluß der Arbeiter anderer jugoslawischer Republiken (die 1989 noch immer einen Anteil von einem Fünftel der Beschäftigten in Slowenien stellten), von solchen Privilegien stellt eine dieser gravierenden Diskriminierungen dar. Das im Fall der Serben, Moslems und Kroaten und in Kürze auch der Makedonier und Illyrer gebrauchte Argument, die „ausländischen" Arbeiter lebten erst seit einer Generation im Lande, kann für Jugoslawien ebensowenig relevant sein wie für jeden anderen modernen Rechtsstaat.

20 % der in Slowenien lebenden Arbeiterschaft wurden nicht als Einwohner, sondern als ausländische Gastarbeiter behandelt. Da sie auch bei den Volkszählungen nicht mitgezählt wurden, war Sloweniens Behauptung, eine ethnisch homogene Bevölkerung zu haben, statistisch belegbar. Die ethnische Säuberung durch die Definition, wer wo als Bürger gilt, ließ einen äußerst wirksamen Mythos aufleben und bestärkte diejenigen, die Nationalität als ethnische Zugehörigkeit

und nicht als Teilhabe an den Bürgerrechten definieren.

Was wir also in Jugoslawien, wie übrigens auch in der gesamten westlichen Welt, in den 80er Jahren beobachten können, ist ein Prozeß der Entsolidarisierung. Der Kampf ging und geht darum, wer das größere Stück vom Kuchen des (relativen) Wohlstands bekommt. Die reicheren Republiken wollten Jugoslawien in eine politische Konföderation umwandeln, was im Klartext die Möglichkeit beinhaltete, nicht-slowenische bzw. nicht-kroatische Arbeiter nicht nur jederzeit entlassen und ihnen bestimmte Vorrechte vorenthalten zu können, sondern sie auch im Falle von Langzeitarbeitslosigkeit, Krankheit etc. ausweisen zu können. Das immer noch starke Interesse an einer Konföderation anstelle der totalen Unabhängigkeit ist begründet in dem Wunsch nach einer Freihandelszone, da das „Rest-Jugoslawien" den Hauptmarkt der beiden reicheren Republiken darstellt. Daher überrascht es kaum, daß der erste Schritt der eben unabhängig gewordenen Republiken Slowenien und Kroatien darin bestand, ihre Zahlungen an den Fonds für unterentwickelte Regionen Jugoslawiens einzustellen.

Diese Entwicklungen zeichneten sich in Jugoslawien schon lange vor dem Fall der Berliner Mauer und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ab — beides Ereignisse, die sich für die anderen osteuropäischen Länder als traumatisch erwiesen. Die Umwälzungen von 1989/1990 beinhalteten dramatische Entwicklungen in Osteuropa. So

wurden in allen vormaligen sozialistischen Ländern „freie Wahlen" organisiert. Das geschah in kürzester Zeit mit Hilfe einer Vielzahl kleiner kaum definierter Parteien, der die Bevölkerungen — deren politische Erfahrungen allein auf dem Leben in faschistischen, stalinistischen und monarchistischen Staaten beruhten —, relativ hilflos gegenüberstanden. Und obwohl sich der politische Hintergrund in Jugoslawien wesentlich von dem der anderen COMECON-Länder unterschied, war es den gleichen politischen Zwängen ausgesetzt, auch wenn der ökonomische Druck nicht ganz so hart war wie in den anderen Staaten.

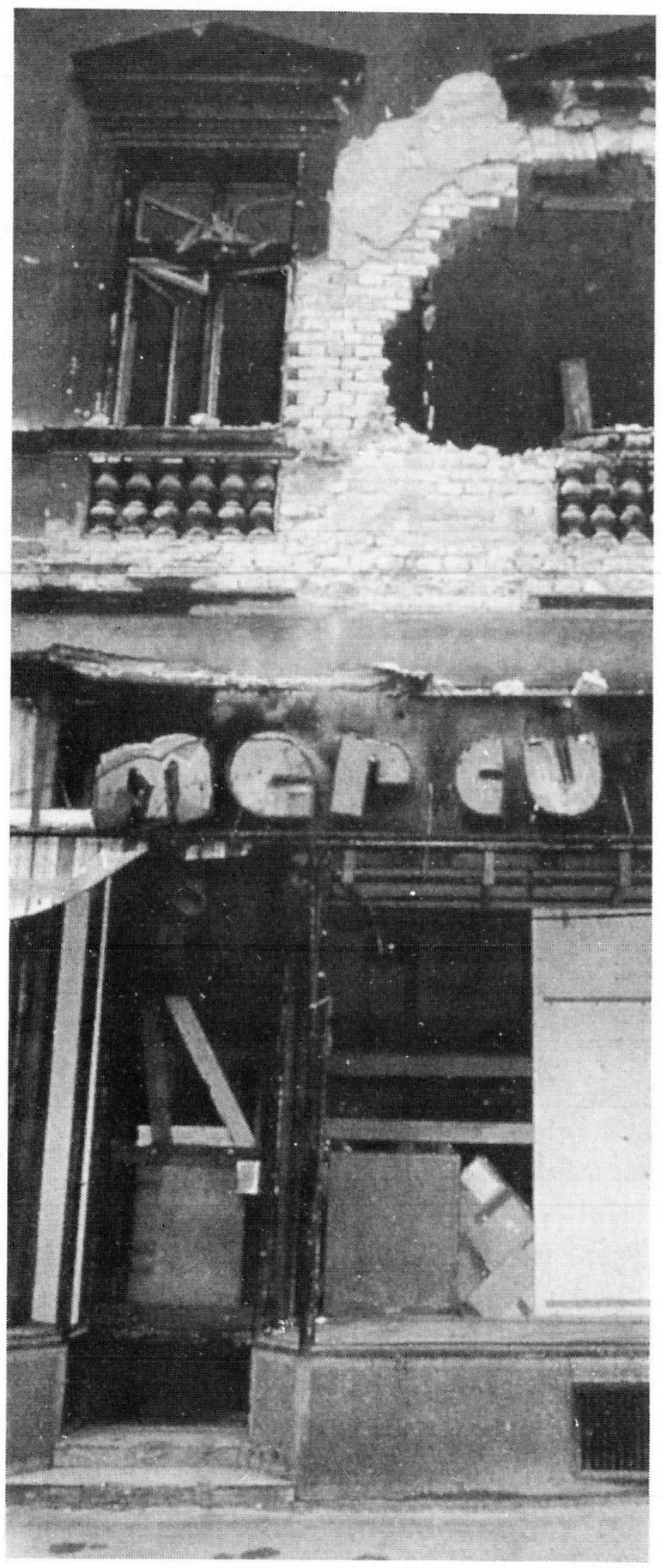
In Folge solcher Zwänge wurden Entwicklungen, die unter normalen Umständen mehrere Jahre gebraucht hätten, in einem halben Jahr durchgezogen. So wurden in Jugoslawien die Einführung des Mehrparteiensystems und anschließende Wahlen zunächst auf der Ebene der Republiken durchgeführt, um dann auch auf Bundesebene stattzufinden. Über die Art des einzuführenden Wahlsystems entschied der jeweilige frühere Bund der Kommunisten. In Kroatien entschied der Bund sich für das relative Mehrheitswahlsystem, weil er davon ausging, so die Wahlen doch noch gewinnen zu können — obwohl die Meinungsumfragen bereits seine schwindende Popularität registriert hatten. Auf diese Art und Weise — durch den Selbstbetrug der Kommunisten und ein relativ undemokratisches Wahlsystem — konnte die Kroatische Demokratische Partei (HDZ) 62 % der Parlamentssitze erlangen, obwohl nicht mehr als 42 % der Wahlberechtigten für sie gestimmt hatten. In Serbien hingegen zahlte sich das Kalkül der Kommunisten aus. Dort erhielt Milosevic 65 % der Sitze im Parlament bei nicht mehr als 44 % der abgegebenen Stimmen.

Privatisierung und Krieg

Seit Beginn des Krieges in Jugoslawien konnte die Frage, welche unterschiedlichen Ziele und Interessen mit diesem Krieg verfolgt werden, nicht ausreichend beantwortet werden. Meine These ist, wie oben schon erwähnt, daß es bei den militärischen Auseinandersetzungen vorwiegend darum geht, wer das größte Stück vom Kuchen des (relativen) Reichtums bekommt. Das gilt für Jugoslawien ebenso wie für die anderen osteuropäischen Staaten. Von zentraler Bedeutung für diese Verteilungskämpfe ist der vielerorts bereits in Gang gesetzte Privatisierungsprozeß.

Privatisierung kann definiert werden als der Prozeß, in dem der gesellschaftlich akkumulierte Reichtum in private Hände umverteilt wird. Diese Definition trifft auf Privatisierungen in Ost- wie in Westeuropa zu, und zwar unabhängig von der Debatte darüber, ob Industrien in Privatbesitz ökonomisch erfolgreicher sind als die in Volks-, Staats- oder Gruppeneigentum, oder nicht.

Von der Umverteilung wollen viele verschiedene Akteure profitieren, angefangen bei potentiellen „Investoren" aus dem Ausland über die früheren einheimischen Manager und Parteifunktionäre, die jetzt in der Position sind, über die Art der Umverteilung zu entscheiden, bis hin zu den verschiedenen Räuberbanden in den Straßen von Vukovar und Sarajevo. Diese profitieren vom Krieg, indem sie die erbeuteten Video- und Fernsehgeräte auf dem Schwarzmarkt von Zagreb oder Belgrad verkaufen.



Auch heute noch, da keiner der beteiligten Akteure mehr die Kontrolle über das Kriegsgeschehen hat, bleibe ich bei meiner Meinung, daß ein zentraler Aspekt dieses Krieges die Umverteilung und Privatisierung des gesellschaftlichen Reichtums ist, sei es in Form industrieller Kapazitäten oder in Form von Land. Ich bin davon überzeugt, daß die Art der Privatisierung wie sie jetzt in den osteuropäischen Staaten vollzogen wird, in Jugoslawien so nicht möglich gewesen wäre, da die dortigen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen sich wesentlich von denen anderer Länder unterscheiden. Daß ungarische, polnische, tschechische und bulgarische Arbeiter diesen Veränderungen nur zu gerne zustimmten, erklärt sich daraus, daß sie über den Westen nicht mehr wußten, als daß er reich war und sie arm. Für Jugoslawen trifft das so nicht zu. Mehr als zwei Millionen jugoslawische Arbeiter haben zu irgendeiner Zeit im Ausland gearbeitet. Viele Jugoslawen haben den Westen als Touristen bereist und waren wesentlich besser über die dortigen Lebensbedingungen informiert als die anderen osteuropäischen Völker, die sich voll und ganz vom westlichen Warenfetischismus anstecken ließen.

Bereits zu Anfang des Artikels habe ich auf einige Interessen hingewiesen, die die reicheren jugoslawischen Republiken mit ihrer Unabhängigkeit verfolgten. Schon auf dem gesamtjugoslawischen Parteikongreß von 1990 zeichnete sich ab, daß Kroatien und Slowenien hauptsächlich deshalb ihre Unabhängigkeit betrieben, um sich der zunehmenden gesellschaftlichen, politischen und militärischen Probleme in der Provinz Kosovo, aber auch in Makedonien und Bosnien-Herzegowina entziehen zu können.

Slowenien und Kroatien, eher Mitteleuropa als der europäischen Peripherie zugehörig, konnten diese Position nutzen, insbesondere indem sie vom Touristenboom der 70er und 80er Jahre profitierten. Auch die offenen jugoslawischen Grenzen, die alten Verbindungen zu Österreich und Deutschland und eine längere industrielle Entwicklung förderten diesen Prozeß. Allerdings muß man sagen, daß die beiden Republiken nicht nur die reichsten, sondern auch die am höchsten verschuldeten waren. Relativ gesehen ging es den anderen Teilen Jugoslawiens allerdings gar nicht so viel schlechter. So nahm Serbien mit den beiden autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina ökonomisch gesehen durchaus eine mittlere Position im jugoslawischen Durchschnitt ein. Das heißt mit anderen Worten, daß das „eigentliche" Serbien zusammen mit Vojvodina wirtschaftlich nicht schlechter dastand als die beiden nördlichen Republiken.

Daß Kroatien und Slowenien in den 40 Jahren ihrer ökonomischen Entwicklung wesentlich mehr Reichtum akkumulieren konnten als die anderen jugoslawischen Republiken hat verschiedene Ursachen. Anstatt auf das slowenische und kroatische Argument einzugehen, ihre wirtschaftliche Überlegenheit gründe in einer rassischen Überlegenheit, wäre es wichtig darauf hinzuweisen, daß Jugoslawien als ganzes seit Ende des Zweiten Weltkrieges gerade im Vergleich zu anderen osteuropäischen, aber auch südeuropäischen Staaten eine sehr erfolgreiche Entwicklung durchlief. Daran waren alle Republiken beteiligt, und jede einzelne von ihnen war sozial und ökonomisch wesentlich erfolgreicher als die jeweils benachbarte Region der respektiven Nachbarländer. Zu vergleichen wären z.B. Kosovo mit Albanien, Slawonien mit der italienischen Region um Triest und dem österreichischen Kärnten, Montenegro mit Süditalien etc. Im Vergleich zu Portugal, Spanien und Griechenland verfügte Jugoslawien

über ein voll ausgebautes „soziales Netz", mit Sozialversicherung, Gesundheitssystem, Arbeitslosenversicherung usw.

Im Gegensatz zu den andren COMECON-Staaten konnte Jugoslawien seine Verschuldung dadurch ausgleichen, daß es recht erfolgreich ausländische Lizenzen und Joint-Ventures für die Entwicklung einheimischer Unternehmen nutzte, die heute größtenteils unabhängig wirtschaften. Die Außenschulden spiegelten somit den bedeutenden Schritt vom ärmsten Land Europas nach dem zweiten Weltkrieg zu einem neu industrialisierten Land (NIC nach der UNO-Definition), das in vielen Sektoren auch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig war.

Die erfolgreichsten Unternehmen waren über das gesamte frühere Jugoslawien verteilt. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß in Jugoslawien seit mehr als 20 Jahren Autos und Zubehör in Lizenz hergestellt werden (VW, Fiat, Citroen, Renault, Opel, Mercedes, Siemens), eine Entwicklung, die in den anderen osteuropäischen Ländern erst jetzt einsetzt. Der

▶ Neuindustrialisierung mit ‚Yugo' ◀

Erfolg dieser Produktion wird deutlich durch: den zuletzt entwickelten „Yugo" (aus Serbien), das umweltverträglichste Auto seiner Klasse und dadurch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig; den VW-Golf (aus Sarajevo), der sich durch nichts von dem in der BRD produzierten unterschied, aber per Vertrag nicht auf internationalen Märkten angeboten werden durfte; den jugoslawischen Schiffsbau, der bis zum Zusammenbruch der osteuropäischen Regimes Platz 2 oder 3 auf dem Weltmarkt einnahm. Es ließen sich noch mehr Beispiele solcher international erfolgreicher, heute multinationaler Unternehmen aufzählen. Sie wurden aufgebaut von einem Land, das während des Zweiten Weltkrieges 10 % seiner Bevölkerung verloren hatte, in dem der Analphabetismus erschreckend hoch war und das am Ende des Zweiten Weltkrieges zu den am wenigsten entwickelten und meisten zerstörten Ländern Europas gehörte.

Aber Jugoslawien unterschied sich nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch dermaßen von den anderen osteuropäischen Ländern, daß die dort akzeptierten Privatisierungsstrategien hier nur wenig hätten greifen können. Die sozio-politischen Unterschiede bestanden in:

- der Freiheit der Meinungsäußerung und der Presse, die wesentlich größer war als in den Block-Staaten (und auch größer als gegenwärtig);
- der uneingeschränkten Reisefreiheit, die nicht nur das Recht darauf beinhaltete, sondern aufgrund der wirtschaftlichen Lage von den Bürgern auch realisiert werden konnte;
- dem hohen Lebensstandard und der relativ fortgeschrittenen technologischen Entwicklung (Bis vor einem Jahr betrug das jugoslawische Durchschnittseinkommen in DM gemessen das Zehnfache des Durchschnitts in den COMECON-Ländern. Außerdem war die jugoslawische Währung konvertibel; die Rückzahlung der Schulden verlief relativ reibungslos.);
- der seit Jahren sich vollziehenden Vorbereitung demokratischer Wahlen, der Entstaatlichung und der Privatisierung, die teilweise schon angelaufen waren;
- und einer Art der Arbeiterselbstverwaltung.

Kurz vor Beginn des Krieges im Mai und Juni 1991 besuchte ich Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien. Neben einigen offiziellen Besuchen in Firmen unterhielt ich mich auch privat mit Menschen in Hotels und Restaurants über das eventuelle Interesse, ihre Unternehmen ganz oder teilweise an einheimische oder ausländische private Investoren zu verkaufen. Aufgrund der Verfassungsänderung von 1988 und dem „Markovicen Gesetz" von 1989 wäre das möglich gewesen. Immer wieder bekam ich die gleiche Antwort, manchmal begleitet von einem Ton der Verachtung: „Man hat doch nicht sein ganzes Leben lang für dieses Unternehmen/ Hotel/ Restaurant gearbeitet, um jetzt andere die Früchte dieser Arbeit ernten zu lassen." Besonders bei Vertretern der Tourismusindustrie an der kroatischen Küste war diese Einstellung vorherrschend. Nur in einigen Fabriken, deren Zukunft nicht gesichert war, wurde der Wunsch nach solchem Ausverkauf vorgetragen. (Dort allerdings bestehen die geringsten Aussichten auf eine Übernahme durch ausländische Investoren.)

Konnte man also davon ausgehen, daß die Besitzer, in Jugoslawien insbesondere die Arbeiterkollektive, die die Entscheidungsgewalt in solchen Fragen hatten, ihre wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen an ausländisches Kapital verkaufen würden? Wie dem auch sei, der Krieg veränderte die Situation. Die kroatische Regierung verstaatlichte die gesamte Profite erwirtschaftende Industrie — um die Kriegskosten bezahlen zu können. Das dazu notwendige Gesetz schuf die Arbeiterselbstverwaltung ab und reduzierte den Anteil, den Arbeitnehmer am Betrieb erwerben konnten, auf 20 %. Obwohl Krieg herrschte, war der Protest gegen diese Bestimmung derartig stark, daß der Prozentsatz der Arbeitnehmeranteile auf 40 % angehoben werden mußte. Ähnliche Entwicklungen hat es auch in Serbien gegeben.

Heute jedoch, nach einem Jahr Krieg, Arbeitslosigkeit und der rücksichtslosen Ausbeutung der Industrie, mangelnder Investitionen und Arbeitskräfte, Hunger und Not, der Zerstörung von Fabriken, Gebäuden und der Infrastruktur, kann man damit rechnen, daß der Ausverkauf der kroatischen, serbischen, bosnischen und anderen industriellen und natürlichen Kapazitäten ohne größeren Widerstand in der Bevölkerung vonstatten gehen wird. ■

Von der Redaktion gekürzt und ins Deutsche übertragen.

Sozialismus lebt

Die marxistische Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇨ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇨ *ökonomische Analysen* national und international (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇨ aktuellen *politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: André Brie, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

PETRA BONAVITA-LINDLOFF

Die alles umfassende Krise Italiens oder das Ende einer Ära?

Die Krise Italiens kann nicht mehr als eine der vielen vorübergehenden Erscheinungen gesehen werden, wie wir sie in den letzten Jahrhunderten zuhauf erlebt, später immer häufiger belächelt und damit immer weniger ernst genommen haben. Die Lira stürzt ab, die Skandale um sog. Tangenti (Seilschaften der Korruption) reichen von Süd bis Nord und Dutzende Bosse der Mafia, Camorra und N'drangheta werden verhaftet. 55 aussagebereite Pentiti (Kronzeugen) stehen derzeit vor den Schreibtischen der Untersuchungsrichter und erzählen, erzählen, erzählen.

Der Druck von Omertà und Vendetta, der mafiosen Verschwiegenheitspflicht und die Androhung von Rache, haben in ihren Kreisen offenbar an Wirkung verloren. Wie sonst kann der Sinneswandel dutzender Kronzeugen der Mafia erklärt werden? Diese wollen plötzlich nichts mehr vom ,,Treueschwur der ehrenwerten Gesellschaft'' wissen und plaudern nun nicht nur Internas der mafiosen Familienclans aus, sondern berichten auch über das Netzwerk der politisch-mafiosen Verflechtungen.

Der Super-Kronzeuge Tommaso Buscetta, der 1984 den Stein ins Rollen brachte, erzählte über die Struktur der Familienclans und bestätigte damit die Recherchen der Richter aus Palermo. Obendrein enthüllte er die Auftraggeberfunktion des Capo dei Capi (des Bosses der Bosse) z.B. bei Mordanschlägen auf höhergestellte Persönlichkeiten. Später wurde diese Auftragsfunktion zum Maßstab vieler lebenslänglicher Urteile. Über das Verhältnis von Mafia zur Politik und vice versa zu sprechen, war Buscetta nie bereit.

Seit diesem Jahr werden die Anschuldigungen gegenüber Politikern, im Dunstkreis der Mafia (,,odore di mafia'') zu stehen, ohne nennenswerten Widerspruch hingenommen, und seit Januar 1992 gibt es das erste Gerichtsurteil, das einen Politiker wegen Begünstigung einer ,,Vereinigung mafiosen Typs'' verurteilte. Vito Ciancimino, Ex-DC Bürgermeister Palermos aus den fünfziger Jahren, wurde zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt; auch seine einstigen Freunde aus der Democrazia cristiana waren offensichtlich machtlos, den Prozeß, wie so häufig bei solchen Verfahren, versanden zu lassen. Der zweite Fall eines gestörten Verhältnisses zwischen Mafiosi und Politikern dreht sich um den im März dieses Jahres ermordeten Europaabgeordneten Salvo Lima, einen Statthalter Andreottis auf Sizilien. Er wird nunmehr von Tommaso Buscetta als Vermittler zwischen Mafia und Politikern in Rom genannt. Seit Ende der siebziger Jahre wissen die Antimafia-Ermittler von seiner Nähe zu den Mafiafamilien der La Berbera und Bontade. Das Wissen darum und die Aussage Buscettas ergeben nach einem Jahrzehnt eine Anklage, die jetzt überflüssig ist. Die Aussage hilft jedoch, das Beziehungsgeflecht in seinem vollen Umfang zu erkennen. An Beschuldigungen gegenüber einer Reihe von Politikern jeglicher Couleur hatte es nie gemangelt, von Aristide Gunella (PRI, sizilianischer Regionalpolitiker), über Calogero Mannino (DC, Ex-Minister für den Mezzogiorno) zu Giovanni Gioia (DC, Ex-Minister der Handelsmarine) und, und, und... Selbst Giulio Andreotti muß sich inzwischen grollend gefallen lassen, daß Leoluca Orlando (La Rete) ihn als Garanten der Mafia bezeichnet. Früher hätte es nur so vor Verleumdungsklagen gehagelt, heute schweigt der Taktiker und hat sich in seiner Position als Senator auf Lebenszeit aus dem Rampenlicht rechtzeitig zurückgezogen. Der siebenmalige Ministerpräsident teilt nur noch harmlose Schläge aus. Überhaupt scheint dies die Verteidigungslinie zu sein: Wer etwas zu verbergen hat, zieht sich zurück und wartet ab.

Reichlich defensiv verhält sich auch PSI-Chef Bettino Craxi, der zwar in seiner Parteizeitung ,,Avanti'' den Richter Antonio Di Pietro indirekt zur Maßhaltung in seinen Anklagen auffordert und bedrohlich den Zeigefinger hebt. Doch ohne Ressonanz, denn die Polemik versandete wenig später.

Die abgehalfterte Politikerkaste wird ins Abseits gedrängt, und es kommen die wenigen ,,sauberen'' Politiker, Richter und Antimafia-Kräfte zum Zuge, die in der sich

Mafiaverdächtige Gesellschaft bei einer Festivität in Palermo

Mafia und Politiker: Buscetta wird Namen nennen. Hoffentlich geht er nicht alphabetisch vor!

anschließenden Diskussion um Säuberung („mani pulite"), Rettung oder Neugestaltung der italienischen Demokratie, nicht nur ewig blasse Kurskorrekturen fordern. Nachdem die erste Verhaftungswelle korrupter Politiker und mafioser Krimineller verebbt ist, müßte man sich eigentlich dem politisch-wirtschaftlichen System zuwenden, aus dem der gegenwärtig ruinöse Verfall gewachsen ist. Doch weit gefehlt. Vorerst wird die Krise all' italiana behandelt.

Doch die „Ökonomie der Korruption", so der Politologe Giorgio Galli, mit der die vierzigjährige Regierungsmacht der DC gekoppelt sei, wird nicht mehr allein durch die Wahl eines neuen DC-Vorsitzenden bekämpft. In den Jahren des parteiübergreifenden systematischen Klüngels, der Begünstigung genehmer Leute und Bestechung mit immensen Summen hat sich eine Bedienungsmentalität verselbständigt; sie ist zu einer als üblich angesehenen Praxis geworden.

Inzwischen mußte ein Abruzzenparlament geschlossen zurücktreten, die Kommunalregierung Reggio Calabrias sich auflösen (die Hälfte ihrer Mitglieder waren verhaftet) und der Bestechungssumpf Mailands dehnt sich aus. Die Leute mit offenen Händen, die die Bestechungsgelder kassierten — privat wie öffentlich — sitzen überall. Was strafrechtlich als Korruption verfolgt wird, schien unter der Hand zu einem allgemeinen akzeptierten Verhaltensmuster geworden zu sein. Alle die, die etwas verdienen wollten, pfiffen auf Gesetzestreue und bedienten sich dieser Praxis. Im Grunde genommen hat jeder Dreck am Stecken, denn ohne die Busta, den Briefumschlag, mit entsprechenden Scheinen, war kein Geschäft zu gründen. Erkenntnisse von Korruption und Begünstigung, seit Jahren vorgetragen, werden nun im rechten Licht der allumfassenden Krise in ihrer ganzen Tragweite deutlich. Die „partitocrazia", die römische Parteienherrschaft, wird nicht mehr zähneknirschend hingenommen. Eine Ära scheint zu Ende. Der wahre Volksvertreter wird gesucht.

Um beim Thema Mafia und Politik zu bleiben: zum Beispiel der Stimmenkauf in mafiosen Gebieten. Der bestechliche bzw. machthungrige Politiker, der sich einen sicheren Platz in Kommune, Region oder Staat sichern wollte und dabei der Mafia eine „Politik der Nichteinmischung" zu garantieren hatte, kann Italien wirtschaftlich und politisch nicht retten, seine Übel nicht bekämpfen. Die Politiker, die nun in die Untersuchungen verwickelt sind, müssen sich ihrer eigenen Haut wehren, um nicht aufs Abstellgleis zu geraten. Sie können die Forderungen der Mafiosi zur Zeit nicht erfüllen.

Salvo Lima, Ex-Bürgermeister Palermos, sizilianischer Regionalpolitiker und zuletzt Vertreter seines Landes im Europaparlament, wurde mehr als einhundertfünfzigmal in einem Untersuchungsbericht der Antimafia-Kommission zitiert. Jetzt, nach seinem Tode durch die Hände der Mafia, wird deutlich, daß Lima für sie funktionslos geworden war. Als man vor zehn Jahren den ihm nahestehenden Mafiaboß Stefano Bontade ermordete, erkannte er nicht die Zeichen der Zeit und wechselte nicht auf die Seite der Gewinner, der Corleoneser. Er vermochte auch nicht zu verhindern, daß die Urteile des Maxiprozesses von Palermo 1986/87 gegen führende Mafiabosse aufgehoben wurden. Ganz im Gegenteil: Im Januar 1992 bestätigte das Oberste Berufungsgericht in Rom die auf lebenslänglich gesprochenen Urteile, z.B. gegen Michele Greco, genannt „il papa" oder Salvatore Riina, die Nummer 1 der sizilianischen Clans und der italienischen Fahndungsliste. Die Garantie der Straflosigkeit, sprich: die Macht der Bosse, auf die allein sich die mafiosen Regeln der Omertà und der Vendetta aufbauen konnten, war dahin. Der unbesiegbare Mafioso hatte eine schwere Niederlage erlitten. Für Salvo Lima hieß dies, daß er nicht nur vergessen hatte, rechtzeitig die Seiten zu wechseln, sondern auch seine Aufgaben nicht erfüllt hatten, die Garantien der mafiosen Unberührbarkeit zu sichern. Wer mit der Mafia zusammenarbeitet, muß ihre Regeln beachten: Nur wer Macht hat, bleibt unangreifbar; wer überflüssig wird, ist Ballast. Ein Vasall Androttis weniger.

Die Reihe an Morden auf Seiten der Mafia ist damit noch nicht beendet. Im September 1992 tötete man Ignazio Salvo, einen der bis in die sechziger Jahre mächtigsten Männer Siziliens; finanziell gesehen mit exzellenten Beziehungen zu einflußreichen Trägern aus Politik und Wirtschaft. Als in den Taschen des ermordeten Mafiabosses Giuseppe Di Cristina Salvos Telefonnummer gefunden wurde, war die Macht des Steuereintreibers mit staatlichem Auftrag beendet. Die Ermittlungen gegen ihn und seinen Cousin Nino Salvo begannen, doch erst durch die Zeugenbereitschaft der Mafiosi Buscetta und Contorno konnte er im Maxi-Prozeß zu 7 Jahren Haft verurteilt werden (in zweiter Instanz wurde sie auf 3 Jahre ermäßigt); sein Cousin Nino war während des Prozesses in einer Schweizer Privatklinik gestorben. Tommaso Buscetta bezeichnete Ignazio und Nino Salvo als „Ehrenmänner". Selbst wenn der Einfluß der Cousins in ihrer Heimatstadt Salemi und der Region um Trapani in ihrer Rolle als Mafiosi als gemäßigt beschrieben wird, so waren ihre Beziehungen z.B. zu Salvo Lima und zu den höchsten

Skandale gehören zum System

Stellen in Rom um so größer. Sie hatten Zugang zu Informationen aus allererster Hand und konnten Entscheidungen auf höchster Ebene beeinflussen. Ihre Macht ging so weit, daß man ihnen über Jahrzehnte ein Agio („Bonus") von 10% bei ihrer Tätigkeit als sizilianische Steuereinnehmer zubilligte, obwohl im nationalen Rahmen den Steuereinnahmestellen nur 3,3% zugestanden wurde. Am Ende des Maxi-Prozesses fragte man sich: wie ist so etwas möglich von Seiten eines demokratischen Staates? Wurde Ignazio Salvo im September umgebracht, weil man Angst hatte, daß er nicht mehr schweigen würde? Und wer hatte

La Repubblica

atom-Sondernummer zu Rassismus und Neofaschismus

Aus dem Inhalt:

- ★ Chronologie des Terrors von Hoyerswerda bis heute
- ★ Wie der Weg nach Rostock geebnet wurde
- ★ Jürgen Trittin & Jürgen Elsässer über Rassismus in Deutschland
- ★ Angelika Behr über die Verbiegung des Asylrechts
- ★ Die Unterdrückung der Sinti und Roma
- ★ Polizei und Justiz: Zweierlei Maß gegen rechts und links
- ★ Rechte Gewalt: »Anti-Antifa«
- ★ Überlegungen zum antifaschistischen Widerstand
- ★ Dokumentationen, Fotos...

84 Seiten A4, Preis: 7,50 DM
Erschienen im Dezember 1992.
Erhältlich im linken Buchhandel oder bei der **atom,**
Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Bei Einzelbestellungen wird 1,- DM Versandpauschale erhoben.
Bei Bestellungen ab 5 Exemplaren werden 30% Rabatt eingeräumt.

Angst, die Mafia oder der Staat?

Längst ist es kein Skandal mehr, daß ein Rechtsanwalt, der als Verteidiger der Liberalen auftritt, mit deren Stimmen als Abgeordneter der Liberalen gewählt und später zum Präsidenten einer Kommission des Justiziministeriums gekürt wird, Eintritt in diese Kreise findet. Der Skandal gehörte zum System. Wie in einem Pokerspiel wurde jedoch in letzter Zeit zu hoch gereizt. Die Bürger Italiens wollen dies nicht mehr mit einer Geste der Nonchalance abtun.

Die letzten Jahre waren ein beständiges hin und her an aufrichtigen Bemühungen, die Mafia zu bekämpfen und die Garantien der Unberührbarkeit für die Mafiosi zu gewähren. Die Gesetzesorgane in Sizilien waren in den achtziger Jahren recht erfolgreich; die Richter holten die Mafia aus den Höhen der ,,Ehrenwerten Gesellschaft'' hinab in die Niederungen der ,,organisierten Kriminalität mafiosen Typs''. Doch nach Jahren nervenzerreißender übermenschlicher Arbeits- und Lebensbedingungen wurden viele Urteile in allerhöchster Instanz anulliert.

Insbesondere der Präsident des Obersten Berufungsgerichts in Rom, der Richter Corrado Carnevale, ließ wegen minimaler Formfehler die ganzen juristischen Bemühungen als Farce erscheinen. In den Zeitungen wurde er ,,ammazzasentenze'', Urteilskiller, genannt. Wieviel Kredit genießt ein Staat bei seinen Bürgern, wenn sein oberster Richter öffentlich mit solchem Beinamen geschmückt werden darf, fragt der Mafiaboß Tommaso Buscetta. Da freuen sich doch die Mafiosi weltweit.

Im Fluß des ständigen Verfalls von politischer Macht und ,,mafioser Ethik'' haben die Super-Kronzeugen Buscetta, Calderone und Mannoia inzwischen ihre Zurückhaltung, über das Verhältnis Mafiosi-Politiker zu sprechen, aufgegeben. Die Antimafia-Kräfte spüren Aufwind. Die ökonomische Krise bringt zudem Italien mit seinem Haushaltsdefizit in die Nähe der Randregionen, gleich Griechenland oder Portugal. Auch die neue Regierung unter Giulio Amato (PSI) steckt mit ihrem Sparprogramm mehr in einem Verzweiflungsakt als in wirklicher Krisenbewältigung. Demonstrationen und Generalstreiks wechseln sich diesen Herbst ab. Der ehrliche Steuerzahler — der mit Lohnsteuerkarte — will sich nicht auch noch die letzten sozialen Garantien beschneiden lassen, die allzu oft nur noch Makulatur sind, denn mit einer ,,Mentalität der Arroganz'' wurden nur die Zahlungsbereiten bedient. Die Reformen des Gesundheitswesens, des Verkehrs, die Privatisierung vieler staatlicher Betriebe kommen nicht so recht voran. Zu viele Seilschaften gilt es zu befriedigen.

Wen wundert es da, daß die Bürger einen radikalen Schnitt sehen wollen. Die Kräfte dazu sitzen im Dunkeln wie im Licht. Die sog. ,,Ligen'' im Norden Italiens, die mit der Loslösung von Rom angetreten waren, erhalten immer mehr Prozentpunkte; die Sizilianer brauchen sich nicht von Rom zu verabschieden, sie hatten mit dem Zentralstaat noch nie viel im Sinn; und die okkulten Mächte (wie einst die P2) wittern erneut Umsturzmöglichkeiten, wahrscheinlich auch einige alte wie neue Taktiker.

So wird es immer unerheblicher, die gezahlten Schmiergelder zu summieren oder die Zahl der verhafteten Mafiosi aufzulisten. Trotz gehäufter Prozesse und Gefängnisstrafen wurden die Mafiabosse nicht nervös. Erst mit den neu anvisierten gesetzlichen Maßnahmen, die finanzielle Macht der Familienclans zu kippen, geht's ihnen an die Substanz. Mit diesem Ansatz bezieht sich Luciano Violante, der neu gewählte

▶ Mafia - Macht - Moneten ◀

Vorsitzende der Antimafia-Kommission, auf den ermordeten Richter Giovanni Falcone, der schon immer den Reichtum der organisierten Kriminalität als Ausgangspunkt von Macht und Einfluß ansah.

Das angehäufte Geld, vornehmlich aus Drogen- und Waffenhandel, scheint den Familienclans tatsächlich zu Kopf gestiegen zu sein. Im Rausch der nur noch in Kubikmetern meßbaren Drogendollars, haben sich die sizilianischen Familien zuerst untereinander zerstritten, dann die Vertreter der sie verfolgenden Staatsorgane angegriffen, so daß die Konfrontation zwischen Mafia und Staat einen Stellenwert erreicht hat, den es noch nie in der Geschichte der Mafia (außer im Faschismus) gegeben hat. Nicht alle Familienclans sind mit der Politik des ,,kleinen Diktators'', des Mafiabosses Salvatore Riina, einverstanden. Viele Mafiosi sehnen sich nach den ruhigen Zeiten und dem stillschweigenden Übereinkommen mit dem Staat. Sie fürchten um ihre Vermittlerrolle, dank der sie auch in Teilen der sizilianischen Bevölkerung eine angesehene ,,zu respektierende'' Persönlichkeit waren. Ein Clankrieg um die traditionellen Werte der Mafia, könnte den Antimafia-Kräften zu Gute kommen, denn Selbst-Dezimierung und Machtverlust würden den Kampf gegen sie erleichtern.

Mafia — Macht — Moneten: Alle drei versuchen, aus der Krise zu kommen, aber die ,,M'' sind miteinander so verstrickt, daß sie nun alle miteinander in die Krise geraten, keiner dem anderen mehr helfen kann. Die Stimmung im Lande ist gegen alle. Mafia und Parteienherrschaft hängen stärker voneinander ab, als je geglaubt. Die Interpreten der umfassenden Krise malen ein düsteres Bild, sofern Italien den Weg der Demokratie nicht verlassen will. Reformen reichen kaum noch aus (Politologe Galli); wenn man nicht die Gunst dieser Stunde ergreift, wird es schlechter als vorher (Mafiaexperte Pino Arlacchi); und drittens könnten Mafia und ultrakonservative Kräfte zu einem starken Staat greifen (Ennio Pintacuda, Jesuit an einem sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut in Palermo). ■

TERMINE

Was ist deutsch?

Zur kritischen Theorie d. Nation

Vortrag von Jochen Bruhn (ISF)
Die Geschichte entwickelt sich vorwärts, aufwärts, westwärts. Und doch: eine Linie scheint es zu geben ,,von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität" (Grillparzer). So angemessen diese Behauptung auch ist, so unterliegt sie doch dem allfälligen Irrtum, die 'Humanität' sei — zumindest in ihrer kapitalen Form: den Menschenrechten — das direkte Gegenteil und nicht vielmehr die unabdingbare Voraussetzung von Mord und Totschlag. Immerhin weist Grillparzer in die richtige Richtung: die Unterscheidung zwischen der Nation und dem Nationalismus gehört unter die objektiven Ideologien, die das Politische hervorbringt.
Termin: 21.12.92, 20 Uhr
Ort: Vorderhaus der Fabrik, Habsburger Str. 9, Freiburg

Sensation der Moderne

Die Vorstellung vom Menschen ist von nun ab untrennbar von einer Gaskammer'. Dieser Satz bezeichnet die letzte Sensation der Moderne (Klaus Briegleb). Der Vortrag behandelt die Präsenz der NS-Vergangenheit in der Gegenwartsliteratur, die postmoderne Kulturindustrie und die Aktualität von Walter Benjamins Geschichtsreflexionen. Gegen die derzeitige Benjamin-Verkitschung beim Abfeiern der Jubiläen (100. Geburtstag, 50. Todestag) sollen die Widerständigkeit seiner Erinnerungsästhetik und vor allem sein geistesgegenwärtiges Denken in dialektischen Bildern herausgearbeitet werden. Die Provokation dieses Denkens im und für den kulturindustriellen Raum nach Auchwitz wird anhand von Verarbeitungen Benjaminischer Theoreme in der Gegenwartsliteratur gezeigt. Beispiele sind Rainald Goetz (,,Kontrolliert"), Klaus Modick (,,Das Grau der Karolinen") und evtl. Peter Weiss. — Es spricht *Gerhard Spaney* (Freiburg).
Termin: 12. Jan. 93, 20 Uhr
Ort: Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15, Freiburg

Friedrich Engels

Oder: Warum die Kritik der politischen Ökonomie keine Wissenschaft ist

In seiner Schrift ,,Der Anti-Dühring" schwärmt Friedrich Engels vom erlösenden Umschlagen der ,,negativen Kritik" in die positive ,,kommunistische Weltanschauung", in ,,eine exakte Darstellung des Weltganzen". Indes, ob sich auch das Amöbendasein dialektischer Gesetze erfreut, ist für die Kritik der politischen Ökonomie durchaus interessant. Engels' Enzyklopädiewahn ist jedoch die Urform einer langen Reihe grausamer Mißverständnisse der Marxschen Kritik als wissenschaftliche Theorie. Dabei stellt doch das kategorialkritische Verfahren im ,,Kapital" die Formen des Wertes gerade in ihrer existierenden Widersprüchlichkeit dar, als — ,,verrückt". Immerhin: An Engels läßt sich zeigen, was der historische Materialismus alles nicht ist. — Es spricht *Stefan Krauss* (Freiburg)
Termin: 26. Jan. 93, 20 Uhr
Ort: Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15, Freiburg

Die Erfindung des deutschen Volkes

Vortrag von Ludi Lodovico (links-Redaktion, Frankfurt)
,,Man kann aus Deutschland mit immerhin einer Tausendjährigen Geschichte nicht nachträglich einen Schmelztigel machen" (Helmut Schmidt, 1992). Zwar ist eine tausendjährige Nationalgeschichte eine reine Erfindung wie das dazugehörige 'Volk', doch die Folgen der Kategorie des 'Volkes' sind höchst real, nicht nur in Deutschland. Ob Pogrome in Rostock oder 'ethnische Säuberungen' und Bürgerkriege in anderen Ländern — die Berufung auf das 'Selbstbestimmungsrecht der Völker', auch von Linken gerne gebraucht, entpuppt sich als Kannibalenparole.
Zeit: 14.12.92, 20 Uhr
Ort: Vorderhaus der Fabrik, Habsburger Str. 9, Freiburg

Pädagogische Frauenforschung

Die Arbeitsstelle Frauenforschung und Frauenstudien am Fachbereich Erziehungswissenschaften veranstaltet im Wintersemester wieder die Vortragsreihe ,,Ansätze pädagogischer Frauenforschung".
Termine:

Der Philosoph und die ,,Unschuld". Zu einigen Szenen aus dem Werk des J.J. Rousseau. *Prof. Dr. Ulrike Prokop, Marburg/Essen.* **Mittwoch, 16.12.92, 20 Uhr**

Frauen in Führungspositionen. Bestandsaufnahme und Förderansätze. *Prof. Dr. Christiane Schiersmann, Heidelberg.* **Donnerstag, 14.1.93, 18 Uhr**

Frauen-Macht-Netzwerke. *Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel, Dortmund,* **Donnerstag, 4.2.93, 18 Uhr**
Ort der Veranstaltungen: AFE-Turm, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Senckenberganlage 13-17, Raum 904

Autonome Linke

Wer im Sommer 1989 prophezeit hätte, daß nur zwei Jahre später sowohl die DDR als auch die Sowjetunion von der Landkarte verschwunden sein würden, wäre allseits als Spinner verlacht worden. Aus der offenkundigen Blamage der ,,Realisten" folgt daher, daß den Spinnern in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Geronimo möchte anhand seines Buches ,,Feuer und Flamme 2", über die aktuelle ,,objektive Situation", über die Ex-BRDDR, den Golfkrieg und den Rassismus spekulieren. Denn es muß endlich Schluß damit sein, der ,,guten alten Zeit" nachzutrauern, um stattdessen an die schlechte neue Gegenwart anzuknüpfen — und das erfordert auch den Bruch mit liebgewordenen Gegenidentifikationen. Überdies geht es darum, öffentlich über unsere bisweilen dilettantischen Versuche zu sprechen, uns in diesen turbulenten Zeiten mit Feuer und Flamme zurechtzufinden. — Es spricht *Geronimo* (Berlin), der 1990 das Buch ,,Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen" veröffentlicht und zu dem Diskussionsband ,,Feuer und Flamme 2. Reflexionen zur Lage der Autonomen" (edition ID-Archiv 1990 und 1992) beigetragen hat. *In Zusammenarbeit mit der Buchhandlung ,,Jos Fritz".*
Termin: 15. Dez. 92, 20 Uhr
Ort: Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15, Freiburg

,,Sieg im Volkskrieg"?

Das Beispiel Jugoslawien

Vortrag, Ex-Anti-Nato-Gruppe
Die Rede von 'Volk' und 'Nation' ist auch in Jugoslawien die so blinde wie erwartbare Reaktion auf den Verlust des autoritären Staats-Kapitalismus. Die Neuaufteilung in vorgeblich angestammte Reviere echter Völker kommt, vorangetrieben durch die andauernde Kriegssituation, zunehmend auf ihren ideologischen Begriff: 'ethnische Säuberungen' als fortgesetztes Morden um der bloßen Machtausübung willen, begründet mit 'bedrohter nationaler Identität' und deren 'Selbstbehauptung'. Die deutsche Linke, von Vietnam nach Palästina auf der Suche nach einem guten sozialistischen Staatsvolk mit progressivem Nationalgefühl, hat dem wenig zu entgegnen und läßt völkische Nationalistinnen in taz und Kommune veröffentlichen.
Zeit: 16.12.92, 20 Uhr
Ort: Vorderhaus der Fabrik, Habsburger Str. 9, Freiburg

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 30, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Robert-Koch-Str. 7, 4630 Bochum, Tel. 0234/703739
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

BERNWARD CAUSEMANN

Südafrikanische Wirren

Machtpoker und Deklassierungsängste

Deadline ist der September 1994. Bis dahin wird es in Südafrika Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung geben, an der alle SüdafrikanerInnen gleichberechtigt teilnehmen können, und eine neue Regierung — wahrscheinlich eine Interimsregierung, an der zumindest der Afrikanische Nationalkongreß ANC und die Nationale Partei beteiligt sind.

Der Grund für diese Zuversicht hat einen Hauch von Absurdität: Im September 1994 endet die gegenwärtige Wahlperiode des weißen Parlaments. Dann müssen die Weißen (und die Farbigen und Inder) wieder wählen. Und zwar nach der alten Verfassung, wenn es nicht vorher eine Reform gibt. Das kann der Staatspräsident de Klerk kaum riskieren:
Zum einen würde er den Weißen gegenüber praktisch das Scheitern seines Reformprojektes eingestehen, nachdem sie ihm im März dieses Jahres in einem Referendum das Mandat für Verhandlungen über eine Beteiligung der Schwarzen gegeben haben. Nachdem seine Partei in den letzten Nachwahlen ziemlich schlecht abgeschnitten hat, muß er befürchten, die Mehrheit im Parlament an die Konservative Partei zu verlieren, die bisher nur in Ansätzen Bereitschaft zu Verhandlungen gezeigt hat. Damit wäre de Klerks Projekt des geregelten Übergangs zu einer Machtbeteiligung der Schwarzen am Ende.

Zweitens würden die Schwarzen eine weitere exklusive Wahl der Weißen kaum akzeptieren. Die weiße Regierung müßte mit massenhaften Protesten aus dem Spektrum des ANC und der anderen Befreiungsbewegungen rechnen und damit, daß der bewaffnete Angriff auf Symbole weißer Herrschaft wieder aufgenommen würde, nachdem Gewalt zur Zeit nur unter Schwarzen herrscht — eine Gewalt, die de Klerks Zielen teilweise sogar entgegenkommt und die seine Partei für weit gefährlicher hält als Bombenanschläge auf Militäreinrichtungen.

Südafrika ist trotz aller Unruhen in den Teilen, die sich auf die große Mehrheit der Weißen beziehen (und zum Teil auch in Bezug auf die Schwarzen) ein formal funktionierender Rechtsstaat. So ist es die gültige Verfassung der Apartheid, die zu einem Abschluß der Verhandlungen zwingt. Es gibt allerdings auch die Möglichkeit, daß die Gewalt so zunimmt, daß tatsächlich das Gefüge der Gesellschaft zerbricht und für einige Zeit libanesische Verhältnisse eintreten. Diese Entwicklung käme erst zu einem Abschluß, wenn eine Seite militärisch ein solches Übergewicht bekommt, daß die anderen sich auf ihre Bedingungen einlassen. Doch das ist ein unwahrscheinlicher Verlauf, weil bisher die tragenden Strukturen der Gesellschaft kaum angegriffen sind. Gewalt, auch massive im gegenwärtigen Umgang mit fast 300 Toten im Monat, kann diese Strukturen nicht leicht angreifen, weil sie fast ausschließlich gegen die Marginalisierung gerichtet ist — da wird die volle Brutalität der Apartheid offenbar.

Die südafrikanischen Verhandlungen werden gerade deshalb geführt, weil nach Jahren offenen Aufstands und eines teilweise hohen Gewaltniveau (wenn auch niedriger als seit Mitte 1990) ein Sieg der einen oder anderen Seite nicht absehbar wurde, stattdessen aber die Wirtschaft litt. Den wesentlichen Kontrahenten ist diese Situation klar, und sie werden daher eine politische Lösung finden. Die gegenwärtige gewaltsamen Auseinandersetzungen kosten allerdings die führenden Organisation viel an Glaubwürdigkeit und Kredit in der Bevölkerung. Für die politische Entwicklung nach einer demokratischen Lösung wird daher im Moment viel Schaden angerichtet.

Wenn eine politische Lösung absehbar ist, warum dann die gegenwärtigen Wirren? Die Motive sind schwer zu entschlüsseln, weil verdeckte Akteure mitspielen, die „Dritte Kraft". Offensichtlich gibt es Kräfte innerhalb der „Sicherheitskräfte" (Polizei, Armee und diverse Geheimdienste), die ihre Methoden der Destabilisierung anwenden, die sie in den Nachbarländern und auch innerhalb Südafrikas in den achtziger Jahren entwickelt haben (Mosambik wurde dabei vollständig zerrüttet, in Angola zeigen sich die Folgen in einer Wiederaufnahme der Kämpfe). Während dies in den achtziger Jahren als „Kriegsführung niedriger Intensität" von Schlüsselministerien im „Staatssicherheitsrat" zentral geplant wurde, ist heute unklar, wer genau dahintersteckt.

In den letzten Monaten wurde bekannt, daß ein militärischer Geheimdienst einen Plan entwickelt hat, mit dem verhindert werden sollte, daß der ANC die Macht ergreift. Zum Teil morden sie auf eigene Rechnung, vor allem aber nutzen sie kleinere schwarze Organisationen aus. Schon länger gibt es Gerüchte über Beziehungen zwischen der Zulu-Organisation Inkatha und der mosambikanischen Rebellen der Renamo. Ganz offensichtlich werden Angriffe der Inkatha von den Sicherheitskräften nicht nur gedeckt, sondern Inkatha wird auch ausgerüstet und unterstützt — und damit in eine immer gewaltsamere Rolle gedrängt, die ihr im Moment eine wichtige Position gibt. Gleichzeitig verliert Inkatha aber zunehmend an Unterstützung in der Bevölkerung, auch in der ethnischen Gruppe der Zulu.

Das Ziel dieser Destabilisierung? Es gibt zwei Theorien:

- Wahrscheinlich handelt es sich um einen Versuch rechtsgerichteter Militärs und Polizisten bis in höchste Kreise den Verhandlungsprozeß zu verhindern, um ihre Machtposition nicht aufzugeben. Sie befürchten, für ihre Terrorakte zur Rechenschaft gezogen zu werden. Viele haben auch auf dem zivilen Arbeitsmarkt kaum eine Chance und lehnen aus ideologischen Gründen ein Ende der Rassendiskriminierung ab. Die früher

behauptete Zusammenarbeit mit paramilitärischen rechtsradikalen Gruppen ist wohl von geringerer Bedeutung, weil diese durch interne Konflikte geschwächt sind.

● Die andere Theorie geht davon aus, daß die Gewalt weiterhin zentral gelenkt ist und auch Präsident de Klerk von den Einzelheiten unterrichtet wird und sie billigt. Dann würde die Destabilisierung dazu dienen, den ANC zu schwächen, um in eine bessere Verhandlungsposition zu kommen und für die Weißen mehr Absicherungen und Privilegien herauszuholen.

Wahrscheinlicher ist die erste Theorie: de Klerk kommt nicht aus dem Militärapparat. Seine Wahl bedeutet die Rückeroberung der Macht durch eine Elite burischer Intellektueller (den Broederbond), nachdem sie zehn Jahre lang unter P.W. Botha bei den Militärs lag. Nach seiner Wahl wurden zentrale militärische Einrichtungen geschwächt. Doch da die neue Elite nicht aus dem Sicherheitsapparat kommt, kann sie ihn schlechter kontrollieren. Höchstwahrscheinlich ist de Klerk außerdem in der Vergangenheit belastet, weil er als Minister Mitglied des Staatssicherheitsrates war. Das würde ihn zusätzlich schwächen, wenn es darum geht, belastete Militärs und Polizisten zur Rechenschaft zu ziehen. Die Destabilisierung kostet zwar viele Menschenleben, ist in Bezug auf die Schwächung des ANC aber überraschend erfolglos. Zwar wird er in vielen Bereichen in der Organisation der Mitglieder behindert, als Verhandlungspartner ist er aber weiterhin relativ stark. In dem Maße, in dem deutlicher wird, daß de Klerk für die Gewalt mitverantwortlich ist, weil er längst nicht alles in seinen Möglichkeiten Stehende tut, sie zu verhindern, verliert die regierende Partei an Unterstützung im Ausland und in liberalen Kreisen in Südafrika, was die Position des ANC verbessert.

Bei diesen Überlegungen über die Rolle des Sicherheitsapparates sollte man andere Faktoren der Gewalt nicht vergessen. Neben einer verbreiteten Verelendung fehlt eine Kultur der Toleranz. Die Gewaltbereitschaft ist in der gesamten südafrikanischen Gesellschaft extrem hoch.

Aktuell geht es jedoch auch unter schwarzen Organiationen und Politikern um Machtpositionen. Der ANC hat das erklärte Ziel, die schwarzen Konkurrenten zu schwächen. Lange Zeit bedrohte das vor allem Inkatha, die in dem von ihr dominierten Gebiet keine Konkurrenz zuläßt. Hier gab es auf beiden Seiten wenig Bereitschaft, zu einem konstruktiven Miteinander zu kommen. Inkatha reagierte auf diese Bedrohung gewaltsam, und offenbar mit Unterstützung der Führung. Die Reaktion der ANC-Basis trug dazu bei, diese Gewalt zum heutigen Ausmaß hochzuschaukeln. Seit 1990 verschärfte auch die ANC-Führung in der Provinz Natal, die aus dem Exil zurückkam und die alte interne Führung ablöste, diesen Konflikt in der Region, in der Inkatha seine soziale Basis hat.

Seit Mitte des Jahres begann der ANC zudem eine Kampagne für die Absetzung von

vier Homelandführern, die nicht zur Zusammenarbeit bereit sind, sondern eher mit der Regierung kooperieren. Außer Inkathas Buthelezi haben sie kaum Massenunterstützung, sondern halten sich durch repressive Mittel, die ihnen in den Homelands zur Verfügung stehen. Die Kampagne begann mit der Ciskei, wo es konsequent im September in Bisho zu einem Massaker kam: Die Macht der Homelandführer basiert auf Gewalt, und sie sind bereit, diese einzusetzen. Daraufhin blies der ANC die Kampagne wieder ab. Die Regierung war unter Druck, da sie für das Massaker mitverantwortlich war, und machte dem ANC einige Zugeständnisse, z.B. bei der Freilassung von politischen Gefangenen und der Vorbeugung gegen politische Gewalt.

Dies wirft die Frage nach der Strategie des ANC auf. Sie wurde dieses Jahr von zwei Massakern bestimmt: Nach Boipatong im Juni, wo 45 Menschen von Inkatha mit Polizeiunterstützung ermordet wurden (siehe *links* 9/92), brach der ANC die Verhandlungen mit der Regierung ab, die er vorher schon suspendiert hatte, weil sie an zentralen Punkten stecken blieben. Der ANC begann eine Kampagne der friedlichen Massenaktionen, die im August sehr erfolgreich waren.

Nach dem Massaker von Bisho brach der ANC diese Kampagne wieder ab, weil ihre Grenzen deutlich wurden: Es gibt im ANC einen tiefliegenden Konflikt um die Strategie. Während einige vor allem auf Verhandlungen setzen, und Massenaktionen dazu dienen sollen, gelegentlich die eigene Position zu stärken, aber geringere Bedeutung haben, sehen andere die Proteste als Ansatz zu einem Volksaufstand. Eine dritte Richtung denkt noch in Kategorien des Widerstands und nicht in Kategorien einer Organisation, die kurz vor der Regierungsübernahme steht. Die Richtung, die den Schwerpunkt auf Verhandlungen legt, hat sich nach dem Massaker von Bisho vorläufig wieder durchgesetzt.

Blicken wir über diese aktuellen Entwicklungen noch ein wenig hinaus: Die Regierung steht in ihrer längerfristigen Strategie vor einem Dilemma. Einerseits will sie ihren Hauptkontrahenten, den ANC, schwächen. Andererseits braucht sie einen starken Partner in den Verhandlungen, der einen Kompromiß in der schwarzen Bevölkerungsmehrheit auch durchsetzen kann. Es sieht im Moment so aus, als lege die Regierung mehr Wert auf die Schwächung des ANC. Ihr Ziel ist es, in den Verhandlungen möglichst viel für ihr Klientel herauszuholen und gleichzeitig möglichst lange in der Regierung zu bleiben, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Sie strebt Übergangsregelungen über viele Jahre an, bei denen sie eine starke Beteiligung an der Macht behält. Einige Elemente der Strategie sind eine Privatisierung von staatlichen Unternehmen, der Verkauf von Land im Umfeld der Städte, die Förderung von Föderalismus und „Minderheitsrechten". Den Bruch bei den Verhandlungen gab es wegen der Forderung nach einem Vetorecht in der verfassungsgebenden Versammlung. Nie wieder solle ein Präsident so viel Macht haben wie er, sagte de Klerk.

Der ANC ist in den Verhandlungen bereit, sehr viele Zugeständnisse zu machen. Er verzichtet auf ein „Nürnberger Verfahren" wegen Apartheidsverbrechen und eine radikale wirtschaftliche Umverteilung. Was er jedoch nicht aufgeben wird, ist eine Demokratie nach westlichem Muster: Mit allgemeinen gleichen Wahlen ohne Sonderrechte für eine Gruppe. Die Nationale Partei fordert diese Sonderrechte zwar nicht mehr direkt für die Weißen, sie will aber Regelungen, die den Weißen und ihren Verbündeten viel Freiraum lassen. Sie will davon schon möglichst viel vor dem Zeitpunkt der verfassungsgebenden Versammlung realisieren.

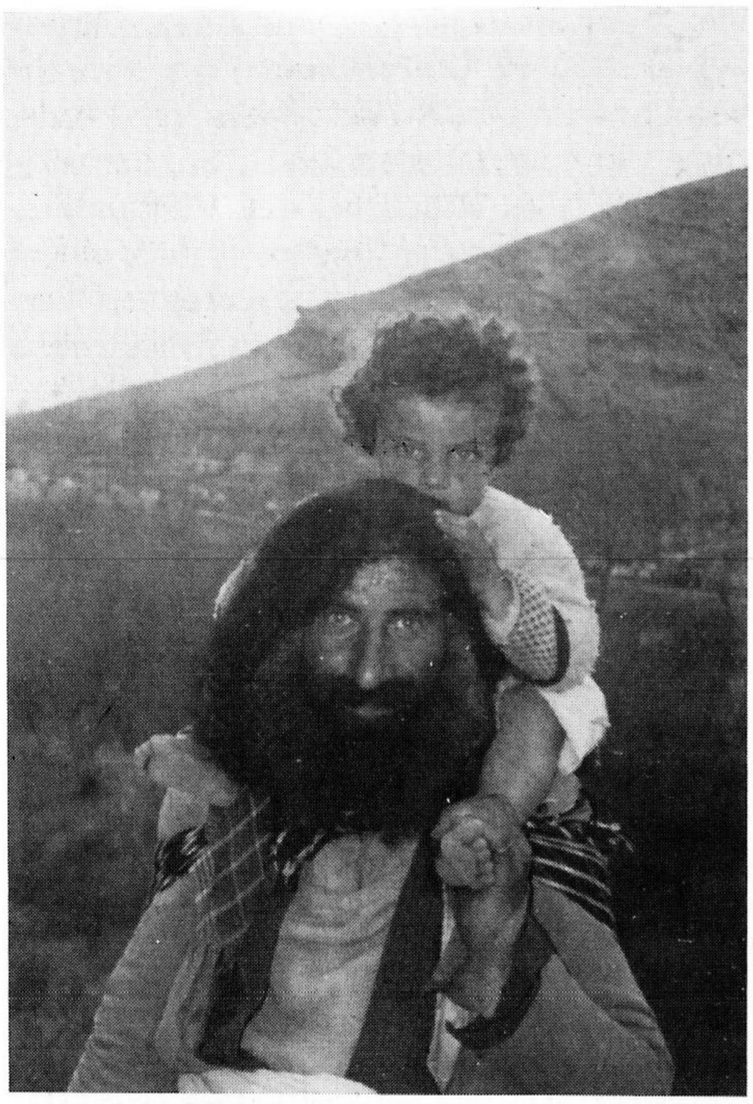
Während der Konflikt zwischen Regierung, ANC und einigen Homelandführern tobt, ist von den anderen schwarzen Bewegungen wenig zu hören. die für viele Schwarze sehr frustrierende Entwicklung führt eher zum Rückzug aus der Politik und zu Anomie: Die kriminelle Gewalt in den Townships wächst langsam an.

Hierin und in der schweren Wirtschaftskrise liegen problematische Hypotheken für eine zukünftige Regierung. Es wird zwar mit großer Wahrscheinlichkeit zu Wahlen, zu einer formal demokratisch verfaßten Gesellschaft und zu einer ANC-Regierung kommen. Ob danach die demokratische Kultur erhalten werden kann, ist dagegen weniger sicher. Es gibt eine massive Verelendung, große Arbeitslosigkeit und hohe Erwartungen an die neue Regierung. Die Wirtschaft wird in ihrer gegenwärtigen Verfassung auch bei starkem Wachstum nicht einmal in der Lage sein, den Schulabgängern Arbeitsplätze zu bieten. Das läßt sich nur durch einen Umbau der Wirtschaft ändern. An Konzepten wird gearbeitet, aber ihre Umsetzung bedarf eines breiten gesellschaftlichen Konsenses und massiver äußerer Unterstützung, die beide kaum in Sicht sind. Ohne das wird eine neue Regierung bald in Versuchung sein, wieder repressiver zu werden. Nach dem September 1994 gibt es nicht viel Grund zur Zuversicht. ■

ALI BEHROKHI

Kurdistan:

Imperialistische Großmachtpolitik und die Widersprüche der Befreiungsbewegung



Die Verfolgung und Ausrottung des kurdischen Volkes unter den Augen der Weltöffentlichkeit geht immer weiter. Mit dem Ende des Golfkrieges verschärfte sich die Lage dieser gejagten Menschen dramatisch. Ali Behrokhi berichtet über die repressive Politik der drei Staaten der Region und über deren Mitbeeinflussung durch die imperialistische Großmachtpolitik. Er verfolgt die Entwicklung der kurdischen Widerstandsbewegung, ihre Fehler und legt die Gründe für ihre Zersplitterung dar.

Nach dem I. Weltkrieg und dem Zerfall des osmanischen Reiches wurden in der Region neue politische Grenzen gezogen, die die nationalen, geographisch-kulturellen Gegebenheiten der dort lebenden Menschen völlig unberücksichtigt ließen, jedoch den expansionistischen Plänen und Interessen der europäischen und später der amerikanischen Großmachtpolitik entsprachen.

Die Verträge von Sevres (1920) und Lausanne (1923), die die Auflösung des osmanischen Reiches besiegelten, sprachen zwar formal vom Volk der Kurden und seinem Recht auf einen eigenen Staat. Doch in der Realität blieb die kurdische Frage weiterhin offen und der Politik der Kolonialmächte unterworfen. Während diese nach und nach in der Region Mini-Staaten und Stadtstaaten (Kuwait, Bahrain...) entstehen ließen, zerstückelten sie die kurdischen Gebiete. Das kurdische Volk leistete von Anfang an erbitterten Widerstand. Die weitgehend vom Ausland abhängigen Regierungen der Region erhielten indessen von Europa und den USA die erforderliche Unterstützung, um die kurdischen Aufstände zu bekämpfen. Jedes Mal, wenn diese regionalen ,,Ordnungsmächte" Schwäche zeigten und mit dem kurdischen Widerstand nicht fertig wurden, griffen die Großmächte direkt ein.

Bis in die späten 30er Jahre bombardierten die britische und französische Luftwaffe und Artillerie wiederholt und massiv die aufständischen Kurdengebiete. Mit der Zeit setzte sich in Europas und der USA die Einsicht durch, daß die kurdische Forderung nach nationaler Identität und Selbständigkeit berechtigt ist. Gelegentlich werden hier und da Krokodilstränen für die kurdische Sache vergossen. Doch in Wirklichkeit wurden den Kurden die einfachsten Forderungen verweigert. Dafür gab es — und gibt es nach wie vor — einen sehr plausiblen Grund: Die künstlichen politische Gebilde, die auf Grund der willkürlichen Grenzziehung durch die Großmächte in der nah- und mittelöstlichen Region entstanden sind, würden bei den kleinsten Veränderungen wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Dies gälte auch bei der Erfüllung der kurdischen Forderungen. Der Golfkrieg 1990/91 zeigte überdeutlich, daß die in der Region aktiven Mächte keinerlei Grenzveränderungen dulden und Störungen des diktierten Status quo massiv bestrafen.

In diesem Krieg gehörte das kurdische Volk und dessen Widerstandsbewegung zu den größten Verlierern. Die Armeen Saddam Husseins, die u.a. mit Hilfe deutscher, französischer, sowjetisch-russischer und amerikanischer Waffen und dank der zahlungsstarken irakischen Petro-Dollars hochgerüstet worden waren, mußten Kuwait verlassen, durften aber die irakische/kurdische Opposition samt der Zivilbevölkerung abschlachten. Nachdem diese ,,Arbeit" mit der stillschweigenden Zustimmung der Siegermächte geleistet und der irakischen Opposition das Rückgrat gebrochen war, wurde dann die nordirakische ,,Schutzzone" errichtet.

Die kurdische Führung im Irak, die aus einer Koalition aus der feudalistisch-konservativen Demokratischen Partei Kurdistan/Irak, geführt von Baresani-Clan, und der ,,bürgerlich-national" ausgerichteten Patriotischen Front Kurdistands unter Talebani besteht, hat unter dem ,,Schutz" der Golfkriegssieger Öl-Wahlen abgehalten und eine Regierung der nationalen Einheit gebildet. Diese Teile des kurdischen Widerstandes beweisen damit noch einmal, daß sie aus der kurdischen Geschichte nichts gelernt haben. Sie vergessen, daß weder mit der Hilfe ausländischer Mächte, die für die Unterdrückung der Völker verantwortlich sind, noch mit der Unterstützung der regionalen staatlichen Machthaber Autonomie und demokratische Rechte zu verwirklichen sind. Mustafa Baresani — Vater der jetzigen Baresanis beging Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre einen ähnlichen Fehler. Damals stütze er sich im Kampf gegen Bagdad auf die Hilfe der USA und des von ihnen abhängigen Schah-Regimes. Im Vertrag von Algier im Jahre 1975 fanden die Grenzstreitigkeiten zwischen Iran und Irak dann ein vorläufiges Ende. Die Eintracht der Reaktionäre hatte wieder einmal katastrophale Folgen für die Kurdische Widerstandsbewegung. Abertausende Pischmargan (kurdische Widerstandskämpfer) wurden auf den Schlachtfeldern im Stich gelassen und mußten mit ihrem Leben bezahlen.

Besondere Beachtung verdient die Rolle, die Deutschland während des Golfkrieges und danach gespielt hat. Es beteiligte sich am Krieg, in dem es ihn mit ca. 16 Milliarden Dollar mitfinanzierte und den Nachschub sicherte. Nach dem Ende des Krieges wurde Deutschland, dank der guten ,,freundschaftlichen" Beziehungen mit der islami-

schen Republik in Iranisch-Kurdistan direkt aktiv. Nicht nur deutsche ,,Helfer", sondern auch Militärs hatten längere Zeit in den iranischen Kurdenprovinzen das alleinige Sagen. Getarnt als ,,humanitäre" Hilfe wurden mehrere Hubschraubergeschwader in die kurdischen Berge geschickt. Später berichteten deutsche Militärpiloten über ideale Übungsmöglichkeiten im Hochgebirge! Wessen Interessen die ,,Schutzzone" im Nordirak dient und wozu sie gut ist, konnte man Anfang Oktober 92 erfahren. Eine über 6000 Mann starke kurdische Einheit des Nordirak kämpfte auf der Seite der türkischen Armee gegen 2500 PKK-Anhänger.

Der türkische Staat hat in den letzten Wochen und Monaten einen Krieg gegen das kurdische Volk in der Türkei, aber in erster Linie im Nordirak vom Zaun gebrochen und setzt ihn mit zunehmender Brutalität fort. Opfer sind nicht nur die Widerstandskämpfer der PKK. Schwer betroffen ist vor allem die kurdische Zivilbevölkerung, die völlig schutzlos den heranrollenden Panzern und den Flugzeug-Bomben der türkischen-Nato-Militärs ausgesetzt ist. Die ,,Schutzzone" entpuppt sich für das kurdische Volk und dessen Demokratiebewegung als Todesfalle.

Die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung lebt in der Türkei, wird aber vom türkischen Staat als Volk ignoriert und als nationale Minderheit unterdrückt und ist deshalb besonders unzufrieden und aufsässig. Der von der türkischen Regierung getragene Pantürkismus diffamiert jede nationale und kulturelle Regung der kurdischen Bevölkerung als Separatismus und Terrorismus und behandelt sie entsprechend. Es sind nicht nur die Guerilla und die linke und demokratische Opposition, die von den türkischen Militärs blutig bekämpft werden. Kurdische Lehrer, Gewerkschaftler, Schriftsteller, Bauern, ja ganze Dörfer und Siedlungsgebiete sind Ziele des staatlichen Terrors. Wenn sich nun die ,,Schützlinge" aus dem Nordirak auf der Seite des türkischen Staates am Krieg in Kurdistan beteiligen, erweisen sie sich bewußt oder unbewußt als Handlanger der türkischen Militärs und der Nato. Im 13. Jahr der Herrschaft der islamischen Republik im Iran läßt sich die Lage der kurdischen Bevölkerung dort mit der im Irak und in der Türkei im wesentlichen vergleichen. Nach mehreren Vernichtungskriegen, die die Regierung in Teheran in den letzten Jahren gegen den kurdischen Widerstand geführt hat, sind die kurdischen Gebiete Irans in der Tat militärische Besatzungszonen, in denen die Pischmargan sich in die Berge zurückgezogen haben und die kurdische Zivilbevölkerung unter der Kontrolle einer fremden Besatzungsmacht lebt. Als Folge des Sieges der westlichen Allierten im Golfkrieg gegen Saddam Hossein und dessen ,,Sieg" über die eigene Bevölkerung flohen ungefähr drei von insgesamt fünf Millionen irakischen Kurden in Richtung Iran und Türkei. Die extrem ungünstigen Lebensbedingungen der kurdischen Bevölkerung in den jeweiligen Ländern spitzt sich mit dem Elend des Krieges und des Flüchtlingsdaseins weiter zu. Die Zersplitterung der Widerstandsbewegung und die Kompromißbereitschaft gewisser Teile der kurdischen Opposition sind eine Folge dieser Entwicklung. Die irakische Kurdenopposition versucht, die verzweifelte Lage gemeinsam mit den regionalen Regierungen und den Großmächten zu meistern und 'übersehen' dabei, daß gerade diese für die katastrophale Lage die eigentliche Verantwortung tragen.

Es ist zweifellos richtig; die nationale Komponente bildet das Hauptmerkmal der kurdischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Aber die Teilnahme bestimmter Gruppierungen am nationalen Widerstand ist nicht mit dem Kampf für demokratische Veränderungen gleichzusetzen. Die konservativ-feudalistischen Kräfte, Stammesfürsten, Großgrundbesitzer, hohe Geistlichkeit usw. führen nur das Wort ,,Nation" im Mund, meinen aber die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen. Sie möchten die Stellung einnehmen, die die jetzigen regionalen Regierungen in Kurdistan besitzen. Bei den kleinsten Zusagen, die ihnen seitens dieser Regierungen oder der Großmacht gemacht werden, sind sie bereit die Sache des kurdischen Volkes zu verraten.

Etwas anders gelagerte Fehler und Schwächen sind auch bei den linken und nationalen Kräften der Kurden festzustellen. Es gibt die Neigung, im Kampf gegen den einen Diktator die Unterstützung eines anderen reaktionären Regimes in Anspruch zu nehmen, oder gegebenenfalls auch mal die Hand der Imperialisten zu drücken.

Gerade hierfür gibt es in der letzten Zeit traurige Beispiele: Während die türkische Regierung den Krieg gegen das kurdische Volk immer brutaler fortsetzt, versucht ein Teil der kurdischen Elite in dem von den Militärs beherrschten türkischen Parlament über Lösungsmöglichkeiten zu verhandeln. Die Führer der ,,Schutzzone" im Nordirak — Baresani, Talebani — schreckten nicht einmal davor zurück, in Direktgesprächen mit Georg Bush — einem der Hauptverantwortlichen für den Völkermord — die Kurdenfrage ,,lösen" zu wollen. Die Führung der sozialdemokratisch orientierten Demokratischen Partei Kurdistan/Iran ist in ihrer praktischen Politik von der Forderung ,,Autonomie für Kurdistan — Demokratie für Iran" längst abgekommen und sucht in Geheimgesprächen mit der islamischen Republik und auf internationaler Ebene die Rettung. Im Juli 1989 fielen der Vorsitzende der Demokratischen Partei Kudistan/Iran — Ghassemlou — sowie sein Stellvertreter bei einem Geheimtreffen mit den Vertretern der islamischen Republik in Wien einem blutigen Anschlag zum Opfer. Im September 1992 kamen sein Nachfolger — Scharafkandi — und weitere drei Personen bei einem politisch motivierten Attentat in Berlin ums Leben. Sie nahmen als geheimgehaltene Gäste am Kongreß der sozialdemokratischen Internationale teil. Die Spur beider Terroranschläge führt nach Teheran.

Angesichts der türkischen, iranischen, irakischen und internationalen Kurdenpolitik drängt sich die Frage auf, ob die Kompromißbereitschaft und die Geheimgespräche der kurdischen ,,Reformkräfte" den Staatsterror der drei Länder und die Interventionsgelüste der imperialistischen Mächte nicht geradezu ermutigen.

Trotz ihrer oft schwerwiegenden Fehler ist die nationale Widerstandsbewegung des kurdischen Volkes in ihrem Kampf für das Selbstbestimmungsrecht im Kern fortschrittlich. Denn die Masse und die treibende Kraft dieser Bewegung sind die untersten Schichten der kurdischen Stadt- und Landbevölkerung — und diese kämpft für radikal-demokratische Veränderungen. Bei jedem Etappensieg, den der kurdische Widerstand erzielt, ist diese Tendenz deutlich erkennbar. In dem kurzen demokratischen Zwischenspiel — nach dem Sturz des Schah-Regimes und vor der endgültigen Etablierung der islamischen Republik im Iran (Ende 80/Anfang 81) — entstanden in den iranischen Kurdengebieten basisdemokratisch geführte Stadt- und Dorfkomitees. Die Komitees wurden gleichberechtigt von Frauen und Männern geführt und hatten die Versorgung, Verteidigung und Verwaltung der von ihnen kontrollierten Siedlungsgebiete übernommen. Diese Komitees befanden sich in der Anfangsphase. Bevor sie sich weiterentwickeln und in ganz Iran Schule machen konnten, wurden sie von den 'Pasdaran' (Wächtern) der islamischen Republik zerschlagen. ■

LOTHAR BAIER

„Ich erkläre mich“

Louis Althussers nachgelassene Autobiographie in Frankreich erschienen

Der Tod des marxistischen Philosophen Louis Althusser ist 1990 von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen worden. Anders ergeht es seiner posthum veröffentlichten Autobiographie. Sie ist in Frankreich zum Renner geworden. Wohl, weil die LeserInnen sich von einem Leben, in dem Kommunismus, Wahnsinn und Verbrechen zusammenkamen, einiges versprechen. Aber Althusser schrieb auch seine Lebensgeschichte gegen den Strich.

Die Meldung, die an einem Novembersonntag des Jahres 1990 in Frankreich über die Agenturticker lief, schreckte anders auf, als eine traurige Neuigkeit zu einem beliebigen Zeitpunkt aufschreckt: Unerwartet, wie sie kam, schien sie auf eine fürchterliche Weise in die verödende intellektuelle Landschaft zu passen. Im Frühjahr war Jean-Paul Sartre gestorben; im Jahr davor hatte Roland Barthes bei einem Unfall das Leben verloren; der marxistiche Philosoph Nicos Poulantzas hatte sich mit einem spektakulären Sprung vom Wolkenkratzer an der Gare Montparnasse das Leben genommen. Während einflußreiche linke Denker verstummten, trat selbstbewußt eine die verstaubten Rassenlehren des Jahrhundertbeginns schick wiederaufbereitende „Neue Rechte“ auf den Plan und okkupierte die Medienszene. Die Nachricht vom 16. November 1990 meldete nicht das Ableben eines weiteren Vordenkers der linken Intelligenz in Frankreich, sondern etwas viel Fürchterlicheres: Louis Althusser, marxistischer Philosoph und bewunderter Lehrer einer Generation künftiger Philosophen, hatte seine Ehefrau Hélène Rytmann umgebracht.

Es wurde zwar rasch hinzugefügt, daß die Tat aller Wahrscheinlichkeit nach in psychotischem Zustand begangen worden war; der nicht vernehmungsfähige Täter wurde nicht in Untersuchungshaft gesteckt, sondern in die Psychiatrie eingeliefert. Die amtlichen psychiatrischen Gutachter bescheinigten Althusser Schuldunfähigkeit zum Zeitpunkt der Tat, so daß es zu keinen Ermittlungen und zu keinem Strafprozeß kam. Während Althusser schwieg, wucherten um so wilder die Spekulationen. Wie kommt es, daß der für sein äußerst diszipliniertes Denken bekannte Philosoph eines Morgens die Frau erwürgt, mit der er dreißig Jahre zusammengelebt hat?

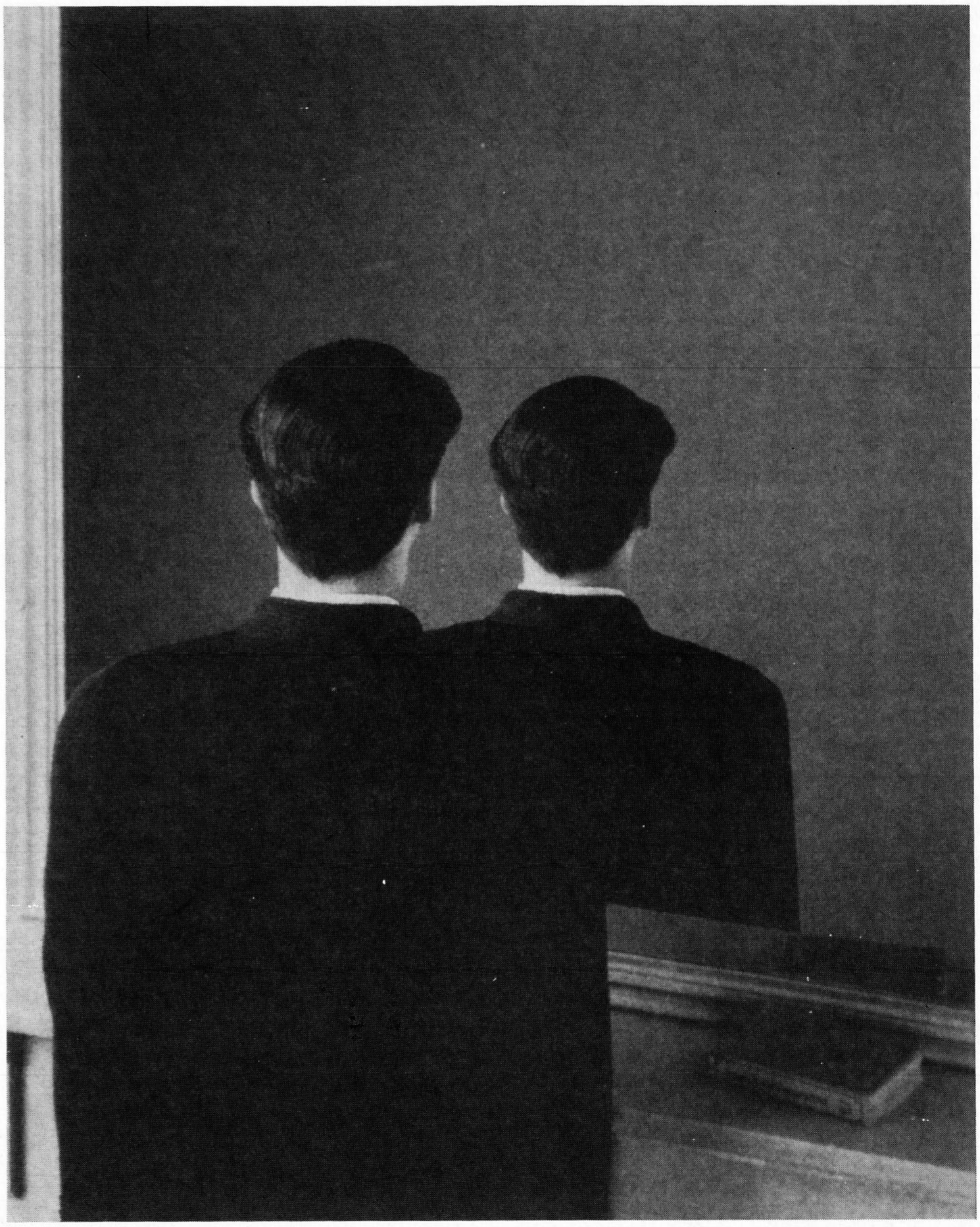
▶ Der Fall „Althusser“ ◀

Wohlwollende Kommentare sprachen von einem Durchbruch der Verzweiflung im Angesicht des ausweglosen Weltzustands, würdigten Althussers Verdienste als Erneuerer des marxistischen Denkens, erwähnten die jahrzehntelange aufopfernde Lehrtätigkeit an der Eliteschule Ecole Normale Supérieure in Paris, aber sie sprachen von ihm so, wie man von einem Toten spricht, in der Vergangenheit. Das Opfer, die Soziologin Hélène Rytmann, aktive Kommunistin seit ihrem Eintritt in die Résistance und seit Ende der vierziger Jahre Lebensgefährtin des ursprünglich christlich geprägten Philosophen, erhielt keinen nennenswerten Nachruf. Der Fall, das war er, Louis wie „L'Humanité“, die Zeitung seiner Partei, der KPF, ihm nachrühmte, das Opfer blieb ein Niemand, ein bloßes Objekt des mysteriösen Akts.

Meist von konservativen Blättern verbreitete Stimmen nahmen die grauenvolle Tat zum Anlaß, langgehegten Ressentiments freien Lauf zu lassen. Kommunismus und marxistische Theorie wurden in die Genese der psychischen Erkrankung miteinbezogen, an der Althusser seit Jahren gelitten hatte, so als müsse ein Kommunist sowieso als potentieller Verrückter gelten. Manche gingen noch einen Schritt weiter und trieben das antiintellektuelle Resentiment auf die Spitze, indem sie die Beschäftigung mit dem Denken überhaupt zum Krankheitssymptom erklärten.

Ein ganz anderes Phantasma machte gleichermaßen die Runde durch die Medien: Es

wollte in der Feststellung der Unzurechnungsfähigkeit im Augenblick der Tat nur einen Trick sehen, den sich ein ganzer universitärer Clan ausgedacht hatte, um einen der Ihren, eine Berühmtheit dazu, der Justiz zu entziehen. Und ,,Justiz'' hieß Anklage wegen Mordes, auf den damals, vor dem Machtantritt der Sozialisten 1981, in Frankreich noch die Todesstrafe stand. Althusser und mit ihm der Marxismus und das theoretische Nachdenken überhaupt unter der Guillotine: Tagtraum eines lang angestauten Intellektuellenhasses. Der Fall Althusser bot die Gelegenheit, ungestraft den Ressentiments freien Lauf zu lassen, da der Betroffene, wie ein Toter, sich nicht mehr wehren konnte, und gleichzeitig war man der Pflicht zu pietätvoller Zurückhaltung entledigt, da der Tote gar nicht verstorben war. Selten ist in den Reaktionen auf ein unbegreifliches Ereignis so hemmungslos hervorgebrochen, was im geistigen Souterrain einer bürgerlichen Gesellschaft rumort, die nicht zögert, sich bürgerlicher Traditionen zu entledigen, wenn dies der Machterhaltung dient. Der 1918 in der Nähe von Algier geborene Louis Althusser ist 1990, zehn Jahre nach der Ermordung Hélène Rytmanns, gestorben, ohne daß die Öffentlichkeit nennenswert Notiz davon nahm. Umgekehrt hat Althusser selbst in diesen Jahren von der Außenwelt durchaus Notiz genommen; nach längerem Aufenthalt in der psychiatrischen Klinik Sainte-Anne war der in den Wochen nach der Tat nicht ansprechbare Althusser soweit wieder hergestellt, daß er sich zeitweilig sogar in seiner kleinen Pariser Wohnung aufhalten konnte. Er konnte dort alles nachlesen, was ihm nachgesagt worden war, als wäre er ein Ding; das Ding war aber weder tot noch stumm. Althusser begann wieder zu schreiben und schrieb unter dem eigenartigen, einem Ausspruch General de Gaulles entnommenen Titel ,,L'avenir dure longtemps'' (,,Die Zukunft hat eine lange Dauer'') das Manuskript einer Autobiographie. Knapp anderthalb Jahre nach seinem Tod ist es, sorgfältig ediert von Olivier Corpet, dem Leiter des Pariser Institut Mémoires de l'edition contemporaine, dem der Althussers Nachlaß anvertraut wurde, und dem Althusser-Biographen Yann Moulier Boutang als Buch auf den Markt gekommen und in Frankreich sogleich zum Renner geworden. Der Voyeurismus suchte zweifellos die Buchhandlungen heim, denn wann sind schon einmal Kommunismus, Verbrechen und Wahnsinn zugleich von innen zu besichtigen; der Voyeurismus dürfte jedoch vielfach frustriert von dannen gezogen sein.



Althusser beginnt seine Niederschrift mit einer minutiösen, an den Stil seiner Marx-Exegesen erinnernden Erörterung des in Frankreich aus dem Jahr 1838 stammenden Strafgesetzparagraphen, der einen im Zustand der ,,Demenz'', des Irreseins, handelnden Täter von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit ausnimmt. Der Autor erkennt durchaus die humane Intention der Vorschrift an, in deren Genuß er selber kam, kritisiert aber die ihr zugrundeliegende überholte Einteilung in eindeutig ,,Normale'' und ,,Verrückte''. Wer für unzurechnungsfähig erklärt ist, hat zwar keine Strafe zu befürchten, muß dafür aber einen hohen Preis bezahlen: Er hat keine Gelegenheit mehr, wie der Strafprozeß sie bietet, sich öffentlich zu erklären. Diese öffentliche Erklärung, um die er sich gebracht sah, wollte Althusser seinen eigenen Worten nach mit seinem autobiographischen Buch nachliefern. Angehörige und Freunde betonen, daß Althusser auf die posthume Publikation drängte und daß er immer wieder bedauerte, um den Strafprozeß gebracht worden zu sein: nicht weil er masochistisch die Bestrafung für seine Tat ersehnte, sondern weil er das erzwungene Schweigen schwer ertrug, zu dem ihn der Spruch der Amtsärzte verurteilt hatte.

Was erklärt Althussers Erklärungsschrift? Was hat aus seiner Sicht in der Tat von 1980 seinen Ausdruck gefunden? Es gibt eine Ebene des fast distanzierten medizinischen Rapports, der eine fatale Verkettung fragwürdiger Behandlungen und unglückseliger Zufälle erkennen läßt. Am Beginn steht eine psychische Krise des dreißigjährigen, nach fünfjähriger deutscher Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Absolventen der Ecole Normale, die als Symptom unheilbaren Wahnsinns diagnostiziert wird und zur auf Dauer angesetzten Zwangseinweisung in die Psychiatrie führt: Nur durch entschlossene Intervention eines einsichtigen Mediziners wird Althusser aus der Hölle der Elektroschocks herausgeholt. Es folgen in längeren Abständen Phasen depressiver Lähmung, kurze Klinikaufenthalte, psychoanalytische Therapien, an denen manchmal auch Hélène Rytmann beteiligt wird, pharmakologische Behandlungen. Im Herbst 1980 verschlimmert sich Althussers Verfassung dramatisch, offenbar im Zusammenhang mit den Nebenwirkungen eines neu eingenommenen Medikamentes: Althusser verschanzt sich in der Dienstwohnung in der Ecole Normale, die er mit Hélène teilt, bricht den Kontakt mit der Außenwelt ab. Sein Analytiker sieht die Zuspitzung kommen, fordert Hélène in einem am Freitag, den 14. November, aufgegebenen Eilbrief dringend auf, die sofortige Klinikeinweisung zu veranlassen, aber der Eilbrief trifft nicht am darauffolgenden Samstag, sondern erst am Montag in der Dienstwohnung ein. Hat der Hausmeister der Ecole Normale den Brief übers Wochenende liegenlassen, oder wurde ihm, wie anderen auch, die Tür nicht geöffnet? Wie auch immer, die Folgen sind

fatal: Als Althusser am Sonntag morgen die Wohnung verläßt, um mit konfusen Worten den diensthabenden Arzt der Ecole zu alarmieren, ist Hélène tot. ,,Hélènes Gesicht ist ruhig und entspannt, ihre geöffneten Augen starren die Decke an. Und plötzlich packt mich der Schrecken: ihre Augen bleiben dauerhaft starr, und vor allem ruht ein kleines Stück ihrer Zunge seltsam und friedlich zwischen Lippen und Zähnen...“

Mit fast unerträglicher Präzision, die gleichzeitig eine eigenartige Zärtlichkeit im Blick des sich später Erinnernden erkennen läßt, rekonstruiert Althusser am Beginn seiner Autobiographie die gespenstische Szene. Er zieht aus den äußeren Umständen den Schluß, daß er die Frau, mit der er seit über dreißig Jahren zusammenlebte, erwürgt haben muß, aber er kann sich an die Tat selbst nicht erinnern. Suizidversuch, der den Umweg über den symbiotisch verbundenen anderen nahm? Was hatte sich in den Stunden davor zwischen dem sich durch manches, in der Autobiographie angedeutete, Purgatorium jagenden Paar abgespielt? Darauf lassen sich, auch nach Lektüre dieses autobiographischen Versuchs, nur hypothetische Antworten geben.

▶ Selbst-Entblößung ◀

Ihr Autor will aber mehr als medizinische Elemente versammeln und sich seinen Erinnerungsfetzen deskriptiv nähern, er will ,,sich erklären“, worunter er vor allem versteht, *sich* erklären. Er biete seinen Lesern und Leserinnen Deutungen des inneren Prozesses an, der zwar nicht notwendig zu der grausigen Tat führen mußte, den er aber hinter allen seinen Krisenausbrüchen am Werk sieht. Bereits über seiner Geburt lag Althussers Deutung zufolge ein Fluch: Sein Vater war nicht der Mann, den die Mutter geliebt hatte, sondern ein Ersatzmann — der Bruder des im Ersten Weltkrieg bei Verdun abgeschossenen geliebten Mannes. Das Produkt dieser Verbindung erhielt auch noch den Vornamen — Louis — des abwesenden Wunschvaters: Althusser betrachtet seinen Vornamen als ein eingebranntes Mal, das ihn dazu verurteilt, ununterbrochen die Erkenntnis mit sich herumzutragen, ,,daß ich nichts anderes als eine Existenz aus Tricks und Betrug war, das heißt eigentlich nichts Authentisches, demnach nichts Wahres und Wirkliches“. Die Autobiographie erwähnt eine Depression im Gefolge der Veröffentlichung des Buchs ,,Pour Marx“ 1965 (deutsche ,,Für Marx“, 1968), das Althusser weltweiten Ruhm als Erneuerer des marxistischen Denkens begründete, und greift zu ihrer Erklärung auf ein identisches Vokabular zurück: Der Autor sah sich von der Angst überwältigt, diese Veröffentlichung würde ihn in seiner ganzen Blöße offenbaren, ,,ganz nackt, das heißt, wie ich war, ein Wesen ganz aus Tricks und Betrug, ein Philosoph, der fast nichts von der Philosophiegeschichte und fast nichts von Marx wußte.“

Es fällt schwer, sich dem suggestiven Sog des Verhängnisvollen zu entziehen, das von dieser Erzählweise ausgeht, aber es meldet sich auch Skepsis gegenüber der Form, der Deutung, die der Autor über seine Lebenserzählung legt. Die Interpretation ist häufig schon zur Stelle, bevor die Erzählung zu ihrem Recht kommt, und nimmt etwas Routiniertes an; ohne Frage ist Althusser seine ,,Urszene“ in zahllosen Analysestunden über viele Jahre hinweg wieder und wieder durchgegangen, so daß ihre Erzählung nicht nur zur Erstarrung in einer einmal bewährten Form tendiert, sondern sich auch mit den von der Analyse angebotenen Interpretationen amalgamiert. Die Lektüre des ersten, bis zum Jahr 1956 reichenden Bandes der gleichzeitig veröffentlichten Biographie von Yann Moulier Boutang, der seine Arbeit mit dem Einverständnis Althussers aufnahm, erlaubt es an vielen Stellen, einen korrigierenden Blick hinter die Kulisse des Althusserschen Deutungsbauwerkes zu werfen.

Doch nicht immer tritt der Autor als der lebenslang gezeichnete Ersatzmann in Erscheinung: Er spricht auch von seiner sozial und kulturell bestimmten Existenz als Kind von ,,pieds-noirs“, das heißt von Algerienfranzosen, die einst aus Armut aus dem Mutterland ausgewandert waren. Als Schüler wurde Althusser zu seinem bäuerlichen Großvater ins französische Morvan geschickt: Dort kam er zum ersten Mal mit den konkreten Dingen des Lebens in Berührung, lernte den Geruch der Erde und die Namen der Pflanzen kennen, erprobte seine Körperkräfte, sprach den lokalen Dialekt, und in der Erinnerung daran bricht etwas wie ein Glücksgefühl durch.

Was für ein Kontrast zu seiner späteren Existenz: Fünfunddreißig Jahre lang, von der Wiederaufnahme des Studiums 1945 bis zur Tat von 1980 lebte er an ein und demselben Ort, der Ecole Normale in der rue d'Ulm in Paris, wie in einem säkularen Kloster, weit entfernt vom konkreten Alltag seiner Zeitgenossen. Die kommunistische Partei Frankreichs — der Althusser 1978 in einer damals aufsehenerregenden Serie von Artikeln die Leviten las — spielte gewiß nicht allein die Rolle der Kirche, die dem Denker eine sichere Enklave anbot, ihn dort aber auf Distanz zum irdischen Treiben hielt. Vorstellbar ist durchaus, daß etwas in Althusser von Zeit zu Zeit gegen die Einsperrung in den goldenen Käfig der Eliteschule rebellieren wollte, sich dann aber die den Lebensrahmen gefährende Rebellion selbst verbot. Bis etwas — aber was letzten Endes? — eines Tages alles zerstörte.

,,L'avenir dure longtemps“ ist keine Autobiographie mit literarischem Anspruch, etwa mit Sartres ,,Die Wörter“ nicht vergleichbar. Althusser hat sich für die Sprünge und sprachlichen Brüche innerhalb des Textes selbst ein Alibi verschafft, indem der die Autobiographie als Genre verwarf, sie kategorisch zum ,,beispiellosen Verfall der Literatur“ erklärte. In seinem fragmentarischen Charakter verlangt das Buch gewissermaßen nach der Abstützung durch die Arbeit des Biographen: Vor dem Hintergrund gewinnt es aber dann die Bedeutung eines einzigartigen Dokuments, das etwas von dem verborgenen dramatischen Subtext des intellektuellen Produzierens zum Vorschein bringt, der sonst im Schein der gegenwärtigen kulturellen Festbeleuchtung unsichtbar bleibt. Ohne Erschütterung wird niemand dieses sowohl erschreckend luzide als auch spurenverwischende Buch beiseite legen können.

Nachzutragen bleibt noch, daß sich erst nach langem Zögern ein deutschsprachiger Verlag, S. Fischer in Frankfurt am Main, bereit gefunden hat, eine Übersetzung in Angriff zu nehmen. Während lateinamerikanische, englischsprachige, italienische und andere Verlage sich um die Übersetzungsrechte rissen, stellt man sich in Deutschland tot: Die Verlage, die einstmals mit Büchern Althussers gute Geschäfte gemacht hatten, zierten sich, als handele es sich bei der Anfrage des Originalverlages um einen unsittlichen Antrag, und die zahlreichen Althussianer von ehedem im Westen und Osten Deutschlands scheinen alle vom Erdboden verschluckt. Ulrike Meinhof hatte nicht unrecht vor zwanzig Jahren, als sie den damaligen Besuchern der Marx-Seminare vorwarf, den Marxismus als Mittel der Privilegierung zu mißbrauchen, jetzt, wo der Kurs der marxistischen Tradition in den Keller gestürzt ist, will es in Deutschland niemand mehr gewesen sein. Wo doch das Land so stolz ist auf sein unbestechliches Gedächtnis. ■

Louis Althusser: L'Avenir dure longtemps, suivi de Les faits, autobiographies. Editions Stock/IMEC. Paris 1992. 356 Seiten, Fr. 43,—. Yann Moulier Boutang: Louis Althusser, une biographie. Band I: La formation du mythe (1918 - 1956). Editions Grasset. Paris 1992. 510 Seiten. Fr. 52,40

Konkrete Utopie

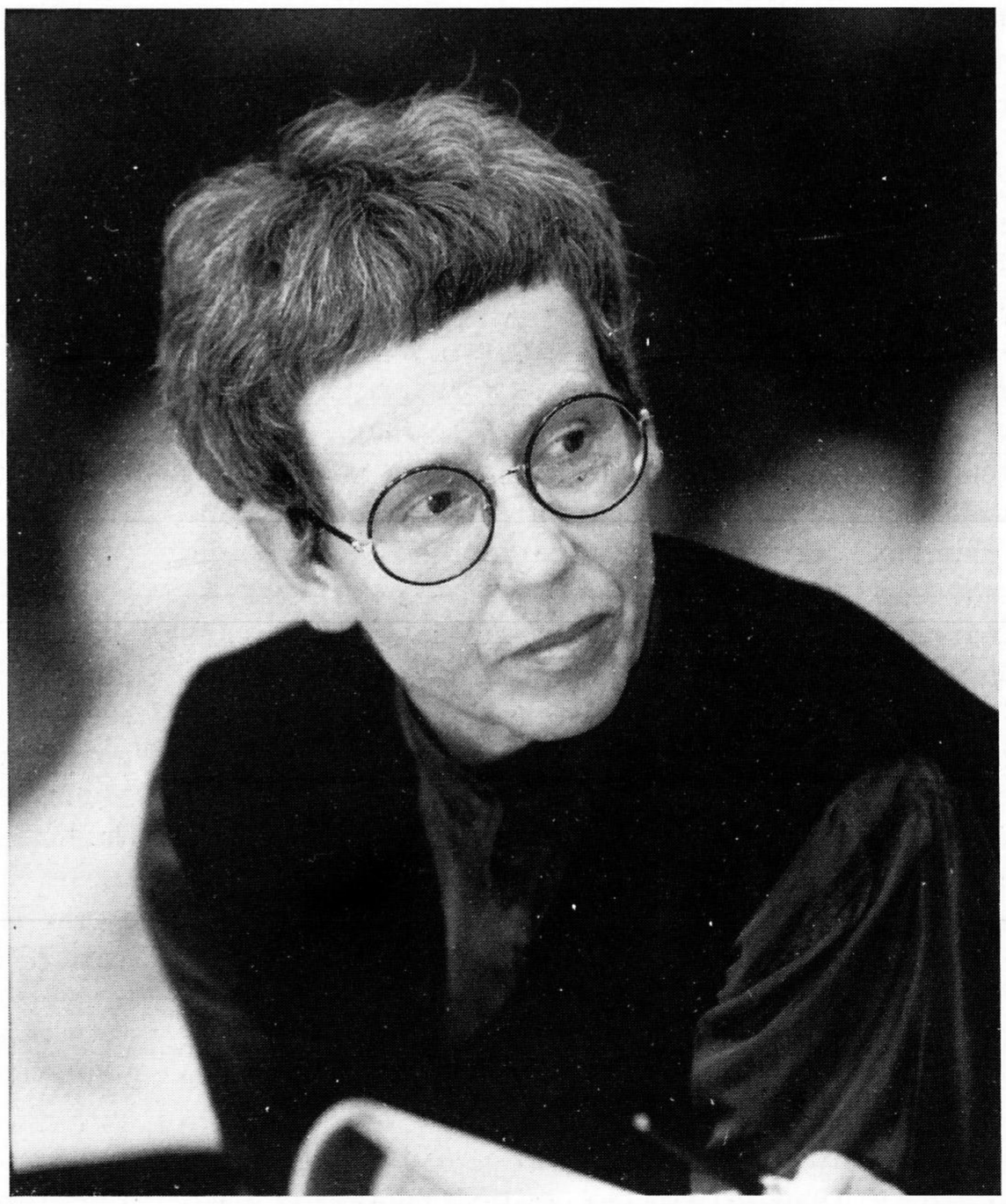
Zur Erinnerung an Renate Damus

Wenn der Tod eintritt und das Leben in seine Bestandteile zerfällt, gehen die Überlebenden daran, das, was in den vielen verstreuten Äußerungen einer Lebensgeschichte vorliegt, aufzunehmen und zu einem Lebenswerk zusammenzufügen.

Renate Damus war in einem eminenten Sinn eine wissenschaftliche und politische Person. Die wissenschaftliche Welt verbindet mit ihrem Namen vor allem die Analyse und Erforschung real-sozialistischer Systeme und insbesondere der DDR. Die politische Welt nahm sie wahr als Mitglied des Bundesvorstandes der Grünen und dann als Sprecherin des Bundesvorstandes. Man kennt die Gegenstände ihrer wissenschaftlichen und politischen Arbeit, aber was war das Thema? Schon auf den ersten Seiten ihres ersten Buches — es ist ihre Dissertation und trägt den Titel: Ernst Bloch — wird es von ihr eingeführt: das Denken der *Utopie*. Die erste Begegnung mit ihrem Thema verläuft rein kritisch, ist Kritik *falschen* utopischen Denkens, *Verbot der abstrakten Utopie*. In diesem 1971 erschienenen Buch schreibt die junge Autorin Renate Damus: „Die abstrakte Utopie wird der Forderung nicht gerecht, daß die Vorstellungen (des Zukünftigen)... an ihrer Zeit orientiert sein müssen, von den jeweils gegenwärtigen Verhältnissen auszugehen haben. Tut sie das jedoch nicht, dann gerät sie in Gefahr ... statt Möglichkeiten zu eröffnen ... Unmöglichkeiten als Möglichkeiten zu beschreiben.“ Zwanzig Jahre später heißt es in einem Aufsatz, der in gewisser Weise die Grundgedanken ihres (nun) politischen Engagements noch einmal zusammenfaßt: „Wir streben eine Gesellschaft an, die Selbstbestimmtheit, Selbstorganisation, das heißt Dezentralität und partizipatorische Demokratie in allen Lebensbereichen, die individuelle, ökonomische und innergesellschaftliche Selbstbegrenztheit ermöglicht.“

Es bedurfte zwanzig Jahre intensiver und unbeirrter Arbeit, um von dem Verbot abstrakter Utopie, das am Anfang steht, schließlich zu dieser Aussage zu gelangen, mit der sie eine *konkrete* Utopie wenigstens andeutet, und dies auch jetzt noch nicht als fertigen Gedanken, sondern als eine immer noch zu lösende Aufgabe. Alles was dazwischen liegt, läßt sich verstehen als ein immer wieder erneut unternommener Anlauf, als eine Kumulation von Anstrengungen, um die Voraussetzungen für das Denken der konkreten Utopie zu schaffen.

Ihr erstes Buch war ein philosophisches und gleichzeitig in mehr als einer Hinsicht ein Abschied von der Philosphie. Wenn sie



den Grundgedanken, den sie in diesem Buch entwickelte, ernst nahm, durfte sie auch kein zweites dieser Art schreiben. Sie hatte Bloch gerade darin kritisiert, daß er die Utopie *philosophisch* behandelte und deswegen abstrakt-utopisch bleiben mußte. Warum Bloch als Bedingung für die Ausbildung utopischen Denkens auf das hinwies, was er den Kältestrom des Marxismus nannte, nämlich die wissenschaftlich nüchterne, kühle Analyse der existierenden gesellschaftlichen Bedingungen, so verlangte die Kritikerin Blochs, diesen Gedanken konsequent zu Ende zu denken. Es war ein und derselbe Akt, wenn Renate Damus einerseits Bloch vorhielt, daß er zum Schaden des utopischen Denkens vor dem Eindringen in die komplizierte Architektur der gesellschaftlichen Prozesse zurückgeschreckt war, und wenn sie andererseits für sich selber die Entscheidung traf, in diesen ‘Kältestrom‘ einzutauchen.

Im selben Jahr, in dem ihr Buch über Bloch veröffentlicht wird, erscheint ein Aufsatz von ihr mit dem Titel ‘Demokratischer Zentralismus im ökonomischen System der DDR‘. Sie betritt das neue Terrain noch unsicher. Es ist, als ob sie, um sich vor einem voreiligen Urteil zu schützen, zunächst nur die auf diesem Feld handelnden Akteure ihre Geschichte erzählen lassen will. Das Utopieverbot kehrt hier spiegelbildlich wieder als Verbot einer nur *abstrakten* Kritik. Sie distanziert sich von denjenigen, die glauben, allein aus allgemeinen Prinzipien, etwa einer Analyse der Wertformproblematik, die Kritik einer Gesellschaft gewinnen zu können. Sie weist darauf hin, daß die Kritik leerläuft, wenn nicht „andere, real gangbare Wege aufgezeigt werden“, und sie verlangt, daß man sich vor jedem Urteil dem Problem der „totalen Verflochtenheit gesellschaftlicher Prozesse“ stellen müsse. Die Aufgabe, die sie sich damit setzt, ist extrem. Zu einem Zeitpunkt, als durch die Studentenbewegung initiiert eine neue Aneignung der Marxschen Theorie stattfindet, aber noch keine konkrete Analyse der DDR erfolgt ist, fängt sie, ganz auf die eigene Kraft vertrauend, an, sich in einem breit angelegten Such- und Rezeptionsprozeß in die Empirie dieser Gesellschaft zu vertiefen. Sie folgt im Detail den einzelnen Schritten der Planerstellung, beschreibt die Prozesse der Mengen- und Preisfestsetzung, beobachtet die Bürokratie des Planungsapparats und das Zusammenwirken seiner verschiedenen Teilorganisationen, verfolgt die Effekte der von ihm eingesetzten Steuerungsinstrumente, stellt Tabellen über die verschiedenen Finanzierungsquellen der Betriebe auf, analy-

siert die Beziehung der Produzenten zu dieser Bürokratie, ihr Konsumverhalten, die Bedeutung der materiellen Arbeitsanreize usw.

Schon 1973 hat sie das gesamte Material, das sie sich in diesem weitverzweigten, in alle Poren des Produktionsorganismus eindringenden Suchprozeß angeeignet hat, so weit durchanalysiert, daß es in zwei Büchern ('Wertkategorien als Mittel der Planung' und 'Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme der DDR-Wirtschaft') und einem wichtigen Aufsatz veröffentlicht werden kann. Auch jetzt noch ist sie in ihrem Urteil extrem vorsichtig, als würde ihr dieser erste Durchgang durch das Material noch nicht für eine definitive Aussage ausreichen. Hat sie ihr Thema, die Frage nach der konkreten Utopie, noch vor Augen?

Die Antwort geben die in den folgenden Jahren geschriebenen Aufsätze und insbesondere das 1978 erschienene Buch 'Der reale Sozialismus als Herrschaftssystem am Beïspiel der DDR'. Das Urteil ist jetzt eindeutig: „Von konkreter Vergesellschaftung kann nicht gesprochen werden, da eine bewußte Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen durch die Betroffenen auch ansatzweise nicht gegeben ist... Die Negation der Herrschaft mittels indirekter Mechanismen schlägt um in Herrschaft mittels direkter Mechanismen, mittels direkten Verfügens über den Entscheidungsapparat."

Die Suche nach der konkreten Utopie löst sich hier endgültig von der Gesellschaftsform des Realen Sozialismus ab. Ganz *andere gesellschaftliche Organisationsprinzipien* werden angedeutet: Von Kommunalisierung ist die Rede, von der Notwendigkeit, die partiellen Interessen zuzulassen, sie nicht zu verdrängen, sie gleichzeitig aber einem Prozeß der Reflexion zu unterwerfen. Erörtert wird die Frage, wie Selbstverwaltung und vertikale und horizontale Verbindungen miteinander kombiniert werden können.

Die Schritte der Ausarbeitung der konkreten Utopie sind damit vorgezeichnet. Aber zunächst kommt es nicht dazu. Inzwischen ist nämlich durch die neuen sozialen Bewegungen die Kritik an den entwickelten Gesellschaften auf eine neue Basis gestellt worden. Ist es nicht unzureichend — so fragen sie —, allein in der ökonomischen Ausbeutung das Grundübel der Moderne zu sehen, ist es nicht die *Industriestruktur* in einem viel grundlegenderen Sinn, die unsere Lebensgrundlagen zu zerstören droht? Renate Damus stellt sich dieser Herausforderung und arbeitet in den folgenden Jahren daran, die Kritik der Industriegesellschaft und damit auch des realen Sozialismus tiefer zu legen. Nun treten ganz neue Autoren in ihr Blickfeld: z.B. Mumford, Fred Hirsch, Illich, Sennett, Fromm. Die Anforderungen, die sie an sich stellt, vervielfältigen sich noch einmal dadurch, daß sie die Analyse nicht auf die ökonomische Kernstruktur der Gesellschaft beschränken kann, sondern nun die 'Pathologie der Normalität' in allen gesellschaftlichen Bereichen aufdecken muß: in der Parlamentarischen Politik, in den Parteien, in der medienvermittelten Massenintegration, in der Familie, in der Wissenschaft und in der psychischen Organisation des einzelnen Individuums.

Das aus diesen Analysen entstehende Buch 'Die Legende von der Systemkonkurrenz' (1986) ist radikaler und, so empfinde ich es, persönlicher geschrieben als die vorangegangenen. Es ist, als hätte sie mit der Darstellung der destruktiven Konsequenzen, die das Eindringen der formalen Rationalität in alle Lebensbereiche erzeugt, eine tief in ihr liegende Erfahrung freigesetzt, die sie in dem engeren Rahmen der früheren Reflexion nicht erreichen konnte. Wie gebannt von dem Schrecken, den sie beschreibt, läßt sie nun auch den kleinsten Verweis auf die konkrete Utopie ausgespart.

Auch aus einem anderen Grund hat dieses Buch eine düstere Grundstimmung. Es handelt davon, wie die Gesellschaft und die Individuen mit den zerstörerischen Folgen, die der Siegeszug der formalen Rationalisierung erzeugt, belastet werden. Während der Arbeit erfährt sie, daß sie selbst von diesen zerstörerischen Folgen eingeholt worden ist. In einer Vorbemerkung schreibt sie: „Dieses Buch wurde im Geiste verfaßt wider die psychisch-physisch-sozial krankmachenden Regeln unserer Kultur. Durch die rationale Erkenntnis bzw. das Schreiben allein konnte ich mich leider nicht vor ihnen bewahren." Sie weiß, daß sie von nun an in einem ganz anderen Sinn als zuvor es mit sich selbst zu tun hat. Kam die Destruktivität nur von außen, gehörte dazu nicht auch eine harte Selbstdisziplinierung, nicht auch der mit ungeheurer Anspannung betriebene Versuch der wissenschaftlichen Klärung, der fortwährende Antrieb zur Produktion neuer wissenschaftlicher Ergebnisse, das einsinnige Verständnis von Selbstbehauptung, das darin lag?

Vielleicht war es gerade dieses Zusammenspiel von Industrialismuskritik, Krankheit und Selbsterfahrung, was sie auf das Feld der *praktischen Politik* und zur Mitarbeit bei den GRÜNEN führte. Konkrete Utopie, das heißt auch, wie sie schrieb, an „den jeweils gegenwärtigen Verhältnissen" anzusetzen, heißt deshalb auch aus den jeweiligen Formen der Bewegungen und Politikentwicklung die historisch spezifischen Chancen einer fundamentalen Veränderung zu gewinnen. Sie betrat das Feld der grünen Politik in einem Augenblick, als dieses Projekt in eine tiefe Krise geraten war. Es fehlte eine Perspektive, die über die falsche Alternative eines die gesellschaftlichen Veränderungen in eine ferne Zukunft projezierenden Fundamentalismus einerseits und eines im Kampf um die kleinen Korrekturen sich verlierenden Pragmatismus andererseits hinausführen konnte. Es war ihr Thema, um das es ging, die Perspektive der konkreten Utopie. Und das war sicher auch einer der Gründe, warum sie so rasch auf die zentralen Positionen der Partei vorrückte.

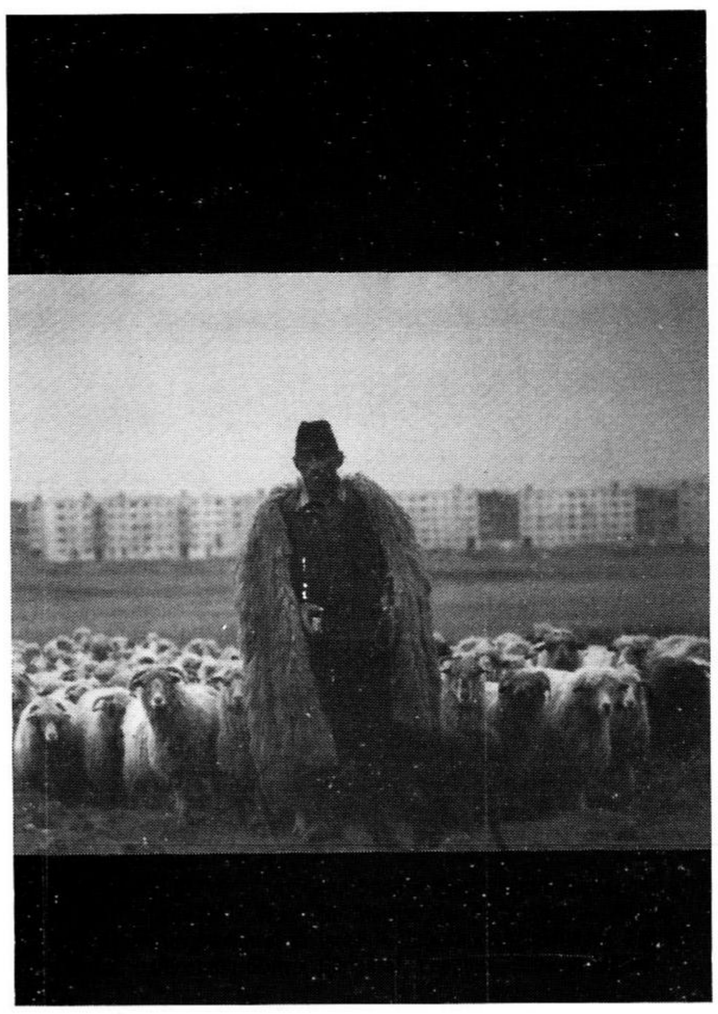
Programmatisch hat sie in den GRÜNEN immer wieder die beiden Momente zusammenzubringen versucht, die Bloch als Wärme- und Kältestrom bezeichnet hatte: den Sinn für die Notwendigkeit einer fundamentalen Veränderung der Gesellschaft und die harte Arbeit in den vorgegebenen Systemstrukturen, weil nur diese die Individuen in ihrer Alltagserfahrung erreicht. Sie idealisierte Politik nicht und anerkannte, daß Politikbetreiben notwendig heißt, *Machtgewinn* anstreben. Aber sie wehrte sich auch gegen alle Tendenzen, die das Mittel des Machtgewinns in einen Zweck an sich zu verwandeln drohten. Selbst die verlorene Bundestagswahl, sicherlich eine ihrer bittersten Erfahrungen, vermochte sie nicht von diesem schwierigen Weg der Vermittlung abzubringen. In einer ihrer letzten programmatischen Äußerungen als Sprecherin der GRÜNEN sagte sie: „Gegen die Versuchungen der Macht kann jedoch nur der hinlänglich geschützt sein, der über klare geistige Grundlagen verfügt, der also weiß, was er strukturell will, ohne in der Addition von einzelnen Maßnahmen aufzugehen." Und eben das war in dieser Situation ihre Forderung an die Grünen: „Einen Grundkonsens hinsichtlich der geistigen Grundlagen des grünen Projekts, einen Grundkonsens hinsichtlich der Richtung, in der der gesellschaftliche Umbau gehen soll", zu erarbeiten. Es war das alte Thema der konkreten Utopie. Fast zwanzig Jahre lang hatte sie daran gearbeitet, sich der Fundamentalkritik an der Industriegesellschaft zu vergewissern, diese Kritik konkret zu machen. Dagegen war, wie sie wußte, die *Anforderung, die Utopie konkret zu denken, immer noch nicht erfüllt*. Darum ihr Appell an die Grünen, die geistigen Grundlagen für das grüne Projekt zu schaffen.

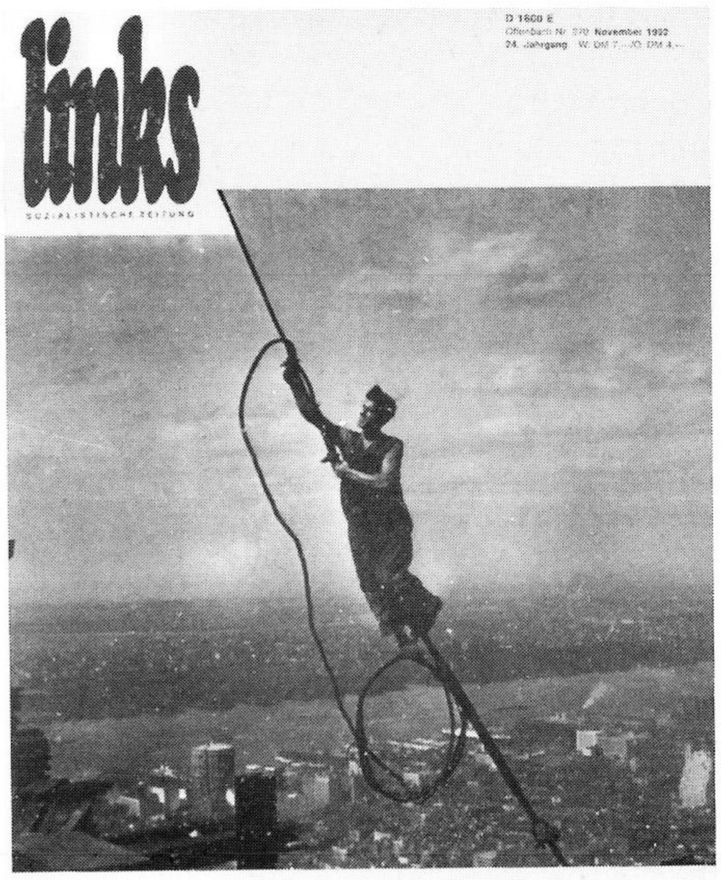
Zuletzt war sie skeptisch, ob die grüne Partei dazu in der Lage sein würde. In gewisser Weise wiederholte sich die Situation von 1970: Wieder setzte sie sich das Ziel, in einer großen Anstrengung sich in die Komplexität des gesellschaftlichen Prozesses hineinzuarbeiten und sich dafür das in sehr unterschiedlichen Forschungszweigen gesammelte Wissen anzueignen. Und auch diesmal stellte sie sich der Aufgabe, indem sie auf ihre eigene Kraft vertraute. Bis in die ersten Monate dieses Jahres hinein hat sie das Projekt verfolgt, das Bild einer Gesellschaft zu konkretisieren, in der neben Plan und Markt die Zivilgesellschaft als dritte große Kraft gesellschaftlicher Ordnung wirksam würde, in der die kommunale Selbsttätigkeit, die horizontalen Beziehungen zwischen den einzelnen Gruppen und vielfältige Strukturen der Beteiligung und Mitbestimmung nicht nur der Verselbständigungstendenzen von Staat und Markt entgegenzuarbeiten, sondern auch die Eindimensionalität des industriegesellschaftlichen Zivilisationsmodells zu überwinden in der Lage wären. Wir wissen nicht, zu welchem Ergebnis sie gelangt ist. Die Destruktivität, gegen die sie schrieb, hatte sie endgültig eingeholt. Die Kraft reichte nicht mehr, um uns eine Nachricht zu hinterlassen. Sie hat uns mit der Aufgabe allein gelassen, die Utopie konkret zu denken.

H.J. GIEGEL

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zu Jugoslawien, Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden R.v. Plottnitz zur Asylfrage, Deutschland im Umbruch, Währungskrise und nationale Machtpolitik, Rassismus, Angola und Internationalismus. Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.





Thema: Das Modell Deutschland im Umbruch
Umwelttag: Institutionalisierung eines Lebensgefühls • Währungskrise und nationale Machtpolitik • Ausländerfeindlichkeit • Wahlen in Angola • Neues zum Internationalismus • US-Wahlkampf • KuKluxKlan

Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung das Buch:

Befreiung denken —
Ein politischer Imperativ
Ein Materialienband zu H. Marcuse
2. Auflage 1990

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1993) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die links soll

☐ 1/2 Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

Studenten-Abonnement

☐ Ich abonniere als StudentIn die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studentenbescheinung.

Förder-Abonement

☐ Ich möchte die *links* fördern.
Wer die Arbeit einer unabhängiggen sozialistishen Zeitung unterstützen will, kann dies mit einem Förder-Abo tun. Mit mindestens DM 100,— im Jahr wird dafür gesorgt, daß die *links* auch die nächsten 15 Jahre erscheinen wird. Auf Wunsch senden wir Einzugsermächtigungen zu.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 4 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,— DM, O: 15,— DM bestellen.

(Bitte zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

AUFRUF

Ausländerfeindlichkeit in Deutschland

Für unverkürztes politisches Asyl, helft Ausländern, Flüchtlingen und Minderheiten...! Zivilcourage und Aktivitäten zivilen Ungehorsams sind vonnöten!

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
liebe gleichgesinnte Bürgerinnen und Bürger!
Der aktuelle Anlaß fordert sein eigenes aktuelles Recht, seine eigene aktuelle Antwort. Vorurteile gehen um in Deutschland, Totschläge, Morde. Die provokatorische Antwort der etablierten Parteien, der Bundesregierung und der Landesregierungen samt ihrer publizistischen Begleitpropaganda lautet: mehr oder minder offene Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes, Beseitigung der angeblichen, von Asylsuchenden und Flüchtlingen geschaffenen Anlässe zum Vorurteil und verstärkte Bestrafung der Deutschen, die als gewalttätige Personen festgemacht worden sind. Kurzum: Die etablierten politischen Kräfte ,,antworten" mit verstärkter Repression nach innen und vor allem vermehrter Abschiebung nach außen. Wer hätte gedacht, daß nach dem Mauerfall zwischen den Deutschen die Deutschen nun beginnen neue Mauern um sich herum hochzuziehen?

Was aber könn(t)en **wir** tun, damit wir uns noch nachdrücklicher gegen den kräftig anhebenden Ausverkauf der Grundrechte wehren?

Unseres Erachtens ist wieder einmal die Zeit gekommen, daß diejenigen, die Menschenrechte und Demokratie ernst nehmen und damit an herausragender Stelle auch das Grundrecht auf Asyl und den so mißbrauchten ersten Satz des Grundgesetzes ,,Die Würde des Menschen ist unantastbar", das Mittel ergreifen, das allein zu Gebote steht, wenn die anderen Möglichkeiten sich erschöpfen: das Mittel des gewaltfreien Zivilen Ungehorsams nämlich.

Erfreulich viele haben sich in Unterschriftenaktionen usw. gegen den Abbau des Grundrechts auf Asyl in Form parlamentarischer, polizeilicher und juristischer Eingriffe gewandt. An der ursprünglich als staatsverordnet gedachten Großdemonstration am 8. November in Berlin haben Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Biedermänner beim Namen genannt, und unübersehbar kam zum Ausdruck, daß die meisten der etwa 300000 Menschen für den Erhalt des Artikels 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes demonstrierten: ,,Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Kurz darauf haben etwa 200000 Menschen an der Bonner Demonstration am 14. November teilgenommen unter den unmißverständlichen Motto ,,Grundrechte verteidigen — Flüchtlinge schützen — Rassismus bekämpfen!" Ungezählte Bürgerinnen und Bürger demonstrierten in den letzten Wochen in hunderten Städten, Gemeinden, an Orten, wo Asylsuchende, Flüchtlinge, Ausländerinnen und Ausländer untergebracht sind, wohnen und bedroht werden, gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß. Diese Protestwelle reißt hoffentlich nicht ab. Zugleich aber

- wird täglich abgeschoben,
- werden inhumane Verträge wider Sinti und Roma mit Bulgarien und Rumänien geschlossen und durchgeführt,
- werden die Asylsuchenden, die schon in der Bundesrepublik weilen, noch schlechter behandelt als schon zuvor und
- wird alles propagandistisch Mögliche bis hin zum Fuchteln mit dem ,,Staatsnotstand" getan, um das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit umzufrisieren (die SPD hat jüngst auf ihrem Sonderparteitag einem solchen Friseurtrick mit überwältigender Mehrheit zugestimmt).

Alles hat seine Zeit, heißt es im ,,Prediger" des Alten Testaments. Wir sind davon überzeugt, nun haben erneut Aktionen gewaltfreien Zivilen Ungehorsams ihre Zeit. Dieselben werden mutmaßlich auch nicht zu Patentlösungen führen (die es sowieso nicht gibt), und sie garantieren auch nicht all die gerade aufgelisteten Maßnahmen einschließlich der geplanten Grundrechtsänderung zu verhindern. Jedoch: Aktionen Zivilen Ungehorsams

- belegen den Ernst, mit dem wir uns gegen diese Maßnahmen und die Grundrechtsänderung wenden;
- sie geben ein politisches Zeichen, das andere heute und später aufgreifen können;
- sie markieren eine Form der Zivilität und der Öffentlichkeit, die gegen die neue innere und äußere ,,Militarisierung" (auch im Sinne der getarnten Blauhelme und der angestrebten Möglichkeiten, die Bundeswehr weltweit militärisch einzusetzen) ihr Recht wahrt und Tradition bilden kann.

Nicht nur die SPD wird nach dem sich selbst verschleiernden Anti-Asylbeschluß anders sein. Die Bundesrepublik wird insgesamt anders werden, wenn das Grundrecht auf Asyl abgeschafft ist. Dagegen hilft nur eins: Neinsagen. Und dies heißt hier unter all den anderen Protestformen auch mögliche Aktionen Zivilen Ungehorsams in Gang setzen.

Solche Aktionen gewaltfreien Zivilen Ungehorsam können lokal, regional und bundesweit sein:

- Einzelnen, die abgeschoben werden sollen, offen oder heimlich Asyl auf Zeit zu gewähren;
- Gruppen, denen Abschiebung droht — das gilt zur Zeit vor allem für Sinti und Roma — schützend zur Seite zu stehen;
- Abfertigungsräume und -stellen in Flughäfen und anderen Plätzen dort gewaltfrei zu blockieren, wo Abschiebungen staatsgewalttätig durchgeführt werden sollen;
- am Tage, da in Bonn das Grundrecht auf Asyl vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit verletzt oder abgeschafft werden soll, mit einer gewaltfreien Belagerung des Deutschen Bundestages — was einer Verletzung der sogenannten Bannmeile gleichkommt — gegen die Grundrechtsverstümmelung zu protestieren und sich nur durch Weggetragen-werden aus dem Dunstkreis des Parlaments ,,entfernen" zu lassen.

Ziviler Ungehorsam heißt: den Grund- und Menschenrechten mehr zu gehorchen als einem Parlament und den etablierten Repräsentanten, die formell ,,rechtsstaatlich" die Substanz des demokratischen Rechtsstaats auszuhöhlen bereit sind. Es wäre schlimm, wenn wir später uns fragen lassen müssen: Habt ihr alles getan, damit diejenigen, die das Asylrecht ändern wollen, auch wissen, was sie tun? Soweit wir uns als aktive Demokraten verstehen, sind wir gefordert, den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, daß sie beraubt werden, indem ihnen dem Anschein nach entgegengekommen wird.

Wer könnte solche nötigen Aktionen mitorganisieren? Welche Gruppe ist kompetent genug, mit dafür zu sorgen, daß Ziviler Ungehorsam geleistet wird? Wie können wir sicherstellen, daß Leute, die an Aktionen des Zivilen Ungehorsams teilnehmen, wenn ihnen hinterher strafrechtliche Folgen aufgezwungen werden, nicht in die Isolierung geraten, sondern Unterstützung finden, wie sie beispielsweise die gewaltfreien Blockiererinnen und Blockierer gegen atomare Mittelstreckenraketen, Giftgaswaffen, Atomenergie- und Plutoniumwirtschaft etc. aus den sozialen Bewegungen erhalten haben.

***

Dieser Brief geht an etwa 3000 Menschen und zahlreiche Gruppen, mit denen wir, wenn es in der Vergangenheit notwendig war, bereits gemeinsam Zivilen Ungehorsam geleistet haben, beziehungsweise von deren Engagement wir wissen. Bitte diskutiert diese Vorschläge, werdet selbst aktiv. Für eine gewaltfreie Belagerung des Deutschen Bundestages bedürfte es der Kooperation vieler Gruppen und Organisationen, ähnlich wie zur Vorbereitung der Bonner Demonstration vom 14. November 1992.

Mit freundschaftlichen, demokratisch-menschenrechtlichen Grüßen

Joachim Hirsch, Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack
Kontaktadresse: Klaus Vack, An der Gasse 1, D — 6121 Sensbachtal